



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

10 | 2023

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Junge Menschen 2022

Bevölkerung 2022

Lebenserwartung im Alter



Fotonachweis

Titelfoto: © anatolycherkas – stock.adobe.com

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2022 waren zehn Prozent bzw. 411 000 der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer im Alter von 15 bis unter 25 Jahren. Die jungen Menschen befanden sich überwiegend noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung. Die Mehrheit der jungen Menschen lebte noch zuhause bei mindestens einem Elternteil.

10 | 2023

STATISTISCHE MONATSHEFTE

76. Jahrgang

kurz + aktuell	613
Industrie ■ Baugewerbe ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Insolvenzen ■ Gewerbeanzeigen ■ Handel ■ Gastgewerbe ■ Tourismus ■ Handwerk ■ Bevölkerung ■ Einkommen ■ Bildung ■ Justiz ■ Umwelt ■ Verkehr	
Aus der amtlichen Statistik	630
Konjunktur aktuell	633
Verbraucherpreise	635
Rheinland-Pfalz in Karten: Bestockte Rebfläche 2022	636
Junge Menschen 2022 – Ein Großteil ist noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung	637
Bevölkerung 2022 – Hohe Zuwanderung sorgt für deutliches Bevölkerungswachstum	647
Lebenserwartung mit und ohne Pflegebedürftigkeit im Alter – Ausgeprägte Unterschiede zwischen den Regionen und Geschlechtern	657
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	671
Neuerscheinungen	686

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2023

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



kurz + aktuell

Industrieproduktion im Juli rückläufig

Die Produktionsleistung der rheinland-pfälzischen Industrie nahm im Juli 2023 ab. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte sank der Produktionsindex gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,2 Prozent.

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen verringerte sich die Güterausbringung. Die Vorleistungsgüterproduzenten und die Hersteller von Konsumgütern mussten jeweils Einbußen von 2,5 Prozent hinnehmen. Der Output der Investitionsgüterindustrie erhöhte sich gegenüber Juni um 1,9 Prozent.

Von den drei umsatzstärksten Industriebranchen verzeichneten zwei einen Produktionsrückgang. Die Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie gehört und die größte Industriebranche ist, drosselte ihre Produktion um 4,3 Prozent. Im Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie zählt und unter den umsatzstärksten Branchen an dritter Stelle steht, sank die Ausbringung leicht um 0,4 Prozent. Die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählt und gemessen an den Umsätzen der zweitgrößte Industriezweig ist, steigerte dagegen ihren Güterausstoß um 6,1 Prozent.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Jul 2023		Jan bis Jul 2023
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	Jun 2023	Jul 2022	Jan bis Jul 2022
Entwicklung der Produktion			
Industrie	-1,2 %	-7,6 %	-8,0 %
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-2,5 %	-13,9 %	-13,8 %
Investitionsgüterproduzenten	1,9 %	0,2 %	3,0 %
Konsumgüterproduzenten	-2,5 %	-2,5 %	-7,7 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-4,3 %	-17,2 %	-20,5 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	6,1 %	-4,8 %	1,0 %
Maschinenbau	-0,4 %	0,6 %	1,9 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	10,7 %	-12,2 %	-27,2 %
Inland	15,9 %	-4,3 %	-29,1 %
Ausland	7,2 %	-17,1 %	-26,0 %
Vorleistungsgüterproduzenten ²	0,9 %	-19,5 %	-27,2 %
Investitionsgüterproduzenten	2,5 %	-6,3 %	-23,9 %
Konsumgüterproduzenten	153,8 %	-7,7 %	-36,3 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	3,3 %	-23,1 %	-35,9 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	12,9 %	-3,2 %	-35,6 %
Maschinenbau	-3,5 %	-12,9 %	-13,5 %
1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.			

1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Die Industrieproduktion lag im Juli 2023 um 7,6 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Der Output der Vorleistungsgüterhersteller ging deutlich zurück, was auf die ver-

ringerte Ausbringung der Chemieindustrie zurückzuführen ist. Auch die Konsumgüterproduzenten verbuchten gegenüber Juli 2022 ein Minus. Die Produktionsleistung der Investitions-

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:





güterindustrie blieb nahezu unverändert (+0,2 Prozent). Während der Güterausstoß im Maschinenbau zulegte, lag der Output der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Anstieg der Auftragseingänge im Juli

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten nahm im Juli 2023 deutlich zu. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex elf Prozent über dem Niveau des Vormonats. Sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland gingen mehr Bestellungen ein als im Juni (+16 bzw. +7,2 Prozent).

Der Anstieg der Nachfrage ist in erster Linie auf die Entwicklung in der Konsumgüterindustrie zurückzuführen. Die Auftragseingänge bei den Konsumgüterherstellern, deren Ordervolumen in den vergangenen Monaten besonders stark schwankte, legten im Juli 154 Prozent zu. Allerdings lagen die preis-, kalender- und saisonbereinigten Bestellungen im Vergleichsmonat Juni auf einem sehr niedrigen Niveau. Bei den Investitionsgüterproduzenten und den Vorleistungsgüterproduzenten war das Wachstum wesentlich moderater (+2,5 bzw. +0,9 Prozent).

Zum Auftragswachstum bei den Investitionsgüterproduzenten trug vor allem die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie bei. Gegenüber dem Vormon-

at verbuchte diese Branche im Juli 13 Prozent mehr neue Aufträge. Das Ordervolumen des Maschinenbaus, der ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählt, ging hingegen um 3,5 Prozent zurück. Die gestiegene Nachfrage bei den Vorleistungsgüterproduzenten ist vor allem auf die Chemieindustrie zurückzuführen, die im Juli 3,3 Prozent mehr Bestellungen erhielt als im Juni.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel die Nachfrage nach Industrieprodukten im Juli 2023 merklich niedriger aus. Die bereinigten Auftragseingänge lagen zwölf Prozent unter dem Niveau von Juli 2022. Sowohl das Inlands- als auch das Auslandsgeschäft liefen schlechter als im Vorjahresmonat. Zu dem Rückgang der Bestellungen trugen alle drei industriellen Hauptgruppen bei. Die stärksten Einbußen musste die Vorleistungsgüterindustrie hinnehmen. Auch in den drei umsatzstärksten Industriebranchen lagen die bereinigten Auftragseingänge deutlich unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Industrieumsätze unter Vorjahresniveau

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe verzeichneten von Januar bis Juli 2023 weniger Umsätze als im Vergleichszeitraum 2022. Ursächlich für diese Entwicklung waren in erster Linie die Umsatzrückgänge in der Chemischen und Pharmazeutischen Industrie. Die Umsätze in der Industrie lagen – trotz allgemein steigender Preise – in den ersten sieben Monaten des Jahres 8,1 Prozent unter denen

des Vorjahreszeitraums (Deutschland: +4,4 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten stieg um 1,4 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent).

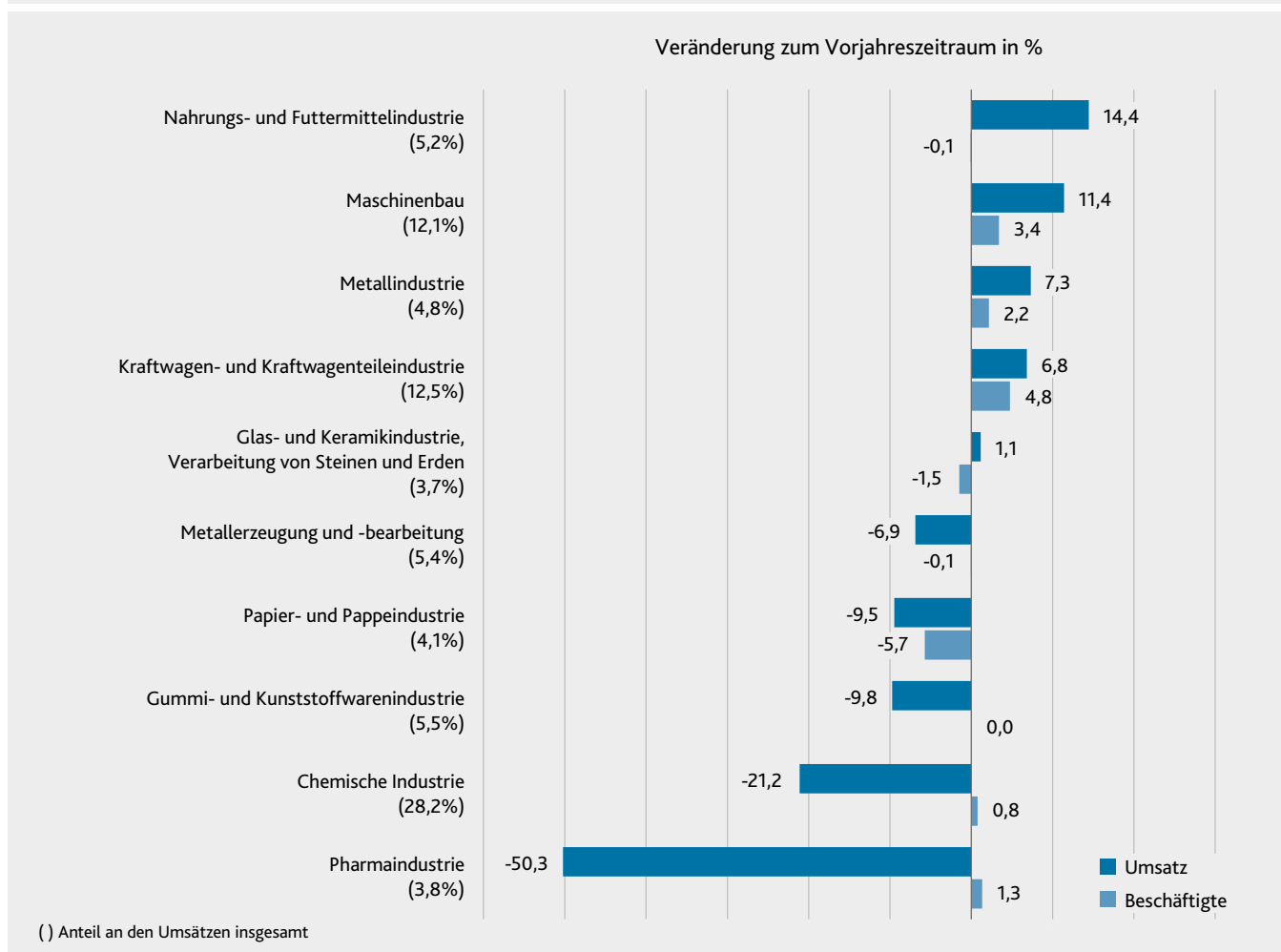
Insgesamt erwirtschafteten die Industriebetriebe in den ersten sieben Monaten 62,7 Milliarden Euro. Die Nachfrage aus dem Ausland belief sich auf 35,1 Milliarden Euro und lag damit 6,9 Prozent niedriger als im Vergleichszeitraum 2022. Die Inlandsumsätze reduzierten sich um 9,5 Prozent. Die Exportquote stieg um 0,7 Prozentpunkte auf 56,1 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland nahmen die Umsätze aus dem Ausland um 7,1 Prozent und die aus dem Inland um 1,7 Prozent zu. Die Exportquote lag bei 51,5 Prozent (+1,3 Prozentpunkte).

Fünf der zehn umsatzstärksten Branchen verzeichneten Umsatzeinbußen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die mit Abstand höchsten Verluste gab es mit –50 Prozent in der Pharmaindustrie. Die umsatzstarke Chemische Industrie unterschritt das Vorjahresniveau um 21 Prozent. Höhere Erlöse erwirtschafteten der Maschinenbau sowie die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+11 bzw. 6,8 Prozent). Die höchsten Umsatzzuwächse erzielten die Nahrungs- und Futtermittelhersteller (+14 Prozent).

Die Industriebetriebe beschäftigten in den ersten sieben Monaten 261 000 Arbeitskräfte; das waren rund 3 500 mehr als im Vergleichszeitraum 2022 (+1,4 Prozent). Acht der zehn umsatzstärksten Branchen meldeten höhere bzw. weitestgehend gleichbleibende Beschäftigtenzahlen.



Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis Juli 2023 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Die höchsten Zuwächse gab es bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie im Maschinenbau (+4,8 bzw. +3,4 Prozent). Die Papier- und Pappehersteller reduzierten dagegen die Belegschaft (-5,7 Prozent).

Die Industriebetriebe erzielten im Juli 2023 rund 8,5 Milliarden Euro; das waren 8,9 Prozent weniger als im Juli des Vorjahres. Die Erlöse aus dem Inland gingen um 8,8 Prozent, die aus dem Ausland um 9,1 Prozent zurück. Deutschlandweit reduzierten sich die

Umsätze um 0,4 Prozent. Der Umsatz aus dem Inland sank um drei Prozent, während der aus dem Ausland um 2,1 Prozent stieg. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 1,1 Prozent auf 262 000 Personen zu (Deutschland: +1,4 Prozent).

Rückgang der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe, Umsätze steigen

Die Betriebe des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes nahmen im Juli 2023 weniger neue Aufträge entgegen

als im Vormonat. Das Ordervolumen war kalender- und saisonbereinigt zwölf Prozent niedriger als im Juni. Die baugewerblichen Umsätze stiegen hingegen um 2,5 Prozent.

Trotz des kräftigen Rückgangs gegenüber dem Vormonat lagen die Auftragseingänge in jeweiligen Preisen 2,8 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die baugewerblichen Umsätze waren 3,3 Prozent höher als im Juli 2022. Preisbereinigte Angaben zu Auftragseingängen und Umsätzen liegen nicht vor. Da die Preise für Bau-

**Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz**

Indikator	Jul 2023		Jan bis Jul 2023
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	Jun 2023	Jul 2022	Jan bis Jul 2022
Auftragseingang	-12,1 % ↓	2,8 % ↑	6,3 % ↑
Hochbau insgesamt	-12,7 % ↓	-15,1 % ↓	1,1 % ↗
Wohnungsbau	25,7 % ↑	-11,1 % ↓	-29,1 % ↓
Gewerblicher Hochbau	-20,9 % ↓	-29,8 % ↓	19,1 % ↑
Öffentlicher Hochbau	-29,7 % ↓	23,8 % ↑	14,9 % ↑
Tiefbau insgesamt	-11,7 % ↓	21,0 % ↑	11,1 % ↑
Gewerblicher Tiefbau	7,9 % ↑	88,7 % ↑	59,9 % ↑
Straßenbau	-28,7 % ↓	-2,4 % ↓	-11,2 % ↓
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	-2,7 % ↓	6,3 % ↑	12,9 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	2,5 % ↑	3,3 % ↑	5,2 % ↑
Hochbau insgesamt	1,8 % ↗	-7,2 % ↓	0,9 % ↗
Wohnungsbau	4,0 % ↑	-11,8 % ↓	-4,1 % ↓
Gewerblicher Hochbau	-0,9 % ↘	-11,9 % ↓	4,9 % ↑
Öffentlicher Hochbau	4,1 % ↑	23,9 % ↑	4,2 % ↑
Tiefbau insgesamt	3,0 % ↑	13,4 % ↑	9,3 % ↑
Gewerblicher Tiefbau	-1,2 % ↘	26,5 % ↑	22,4 % ↑
Straßenbau	4,3 % ↑	11,4 % ↑	7,0 % ↑
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	5,8 % ↑	4,3 % ↑	0,8 % ↗

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

leistungen binnen Jahresfrist deutlich anzogen, dürfte die Entwicklung von Auftragseingängen und Umsätzen real – d. h. um Preisveränderungen bereinigt – schwächer verlaufen sein.

Zum Rückgang des Ordervolumens gegenüber dem Vormonat trugen der Hoch- und der Tiefbau fast gleichermaßen bei. Im Hochbau gingen im Juli 13 Prozent weniger Aufträge ein als im Juni. Den stärksten Rückgang verzeichnete der öffentliche Hochbau, der Aufträge von Körperschaften des öffentlichen Rechts und Organisationen ohne Erwerbszweck umfasst. In diesem Teilbereich, der allerdings im Vormonat von Großauf-

trägen profitieren konnte, schrumpfte das Ordervolumen im Juli um 30 Prozent. Auch im gewerblichen Hochbau verringerten sich die Bestellungen deutlich (-21 Prozent). Im Wohnungsbau stiegen die Auftragseingänge hingegen kräftig (+26 Prozent). Im Tiefbau sank das Ordervolumen im Juli um zwölf Prozent. Ein wesentlicher Grund waren Einbußen im Straßenbau. In diesem Segment schrumpfte die Nachfrage um 29 Prozent, allerdings ausgehend von einem außergewöhnlich hohen Niveau. Im sonstigen öffentlichen Tiefbau gingen ebenfalls weniger Aufträge ein als im Juni (-2,7 Prozent). Der gewerbliche

Tiefbau verbuchte einen Anstieg der Bestellungen um 7,9 Prozent.

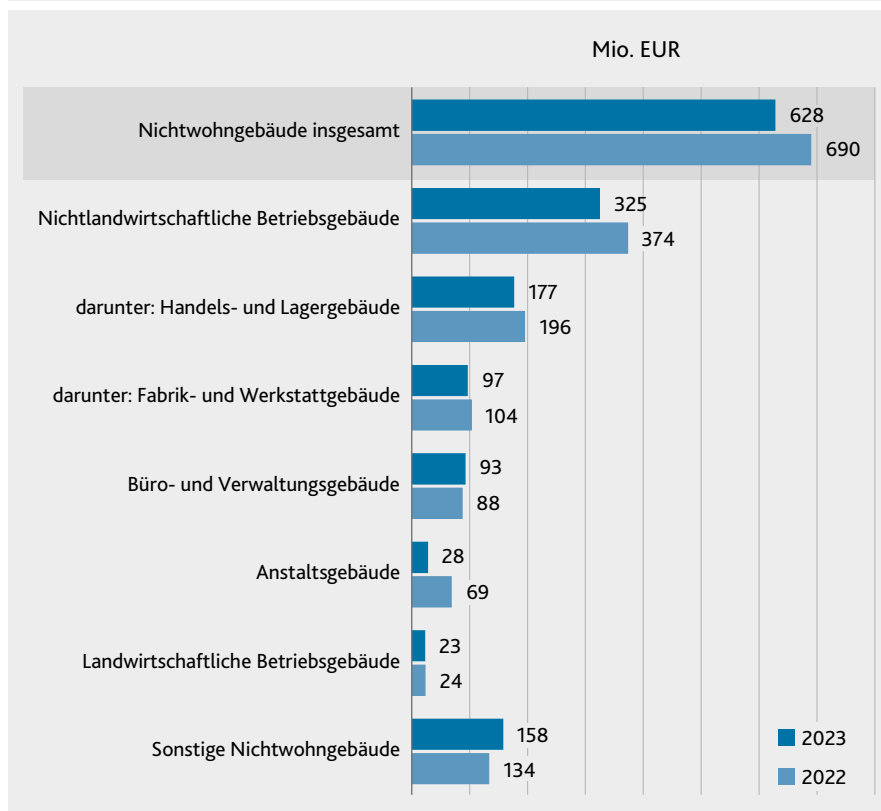
Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren im Hochbau deutliche Einbußen zu verzeichnen; das Ordervolumen war 15 Prozent niedriger als im Juli 2022. Im Tiefbau lagen die Auftragseingänge hingegen 21 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau stiegen im Juli die baugewerblichen Umsätze (+1,8 bzw. +3 Prozent). In zwei der drei Teilbereiche des Hochbaus gab es Zuwächse: Im öffentlichen Hochbau legten die Umsätze um 4,1 Prozent zu; der Wohnungsbau verbuchte ein Umsatzplus von vier Prozent gegenüber dem Vormonat. Der gewerbliche Hochbau musste einen leichten Umsatzrückgang hinnehmen (-0,9 Prozent). Innerhalb des Tiefbaus verzeichnete der sonstige öffentliche Tiefbau die größte Umsatzsteigerung (+5,8 Prozent). Im Straßenbau stiegen die Umsätze ebenfalls (+4,3 Prozent). Im gewerblichen Tiefbau waren die baugewerblichen Umsätze hingegen geringer als im Juni (-1,2 Prozent).

Gegenüber dem Vorjahresmonat waren die Umsätze im Hochbau rückläufig (-7,2 Prozent), was auf Einbußen im Wohnungsbau und im gewerblichen Hochbau zurückzuführen ist. Im Tiefbau nahmen die baugewerblichen Umsätze um 13 Prozent zu; alle drei Teilbereiche verbuchten Zuwächse.



Voraussichtliche Baukosten genehmigter Nichtwohngebäude (Neubau) im 1. Halbjahr 2022 und 2023 nach Gebäudearten



Weniger Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude im ersten Halbjahr

Die Zahl der Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude ist im ersten Halbjahr 2023 zurückgegangen. Die Bauaufsichtsbehörden bewilligten den Bau von 713 neuen Nichtwohngebäuden; das waren knapp sieben Prozent weniger als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Damit sank die Zahl der Genehmigungen im Nichtwohnbau nach zwei Jahren des Zuwachses.

Die veranschlagten Baukosten je Bauvorhaben sanken gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,6 Prozent auf rund 880 000 Euro; die Summe

der Baukosten aller Bauvorhaben reduzierte sich auf rund 628 Millionen Euro (–9 Prozent). Der umbaute Raum lag 22 Prozent, die Nutzfläche 25 Prozent niedriger als im ersten Halbjahr 2022.

Gut zwei Drittel der genehmigten neuen Gebäude waren sogenannte nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude. Hierunter fallen zum größten Teil Handels- und Lagergebäude, aber auch Fabrik- und Werkstattgebäude sowie Hotels und Gaststätten. Die Zahl der Genehmigungen für nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude sank gegenüber dem Vorjahreszeitraum um fünf Prozent auf 485.

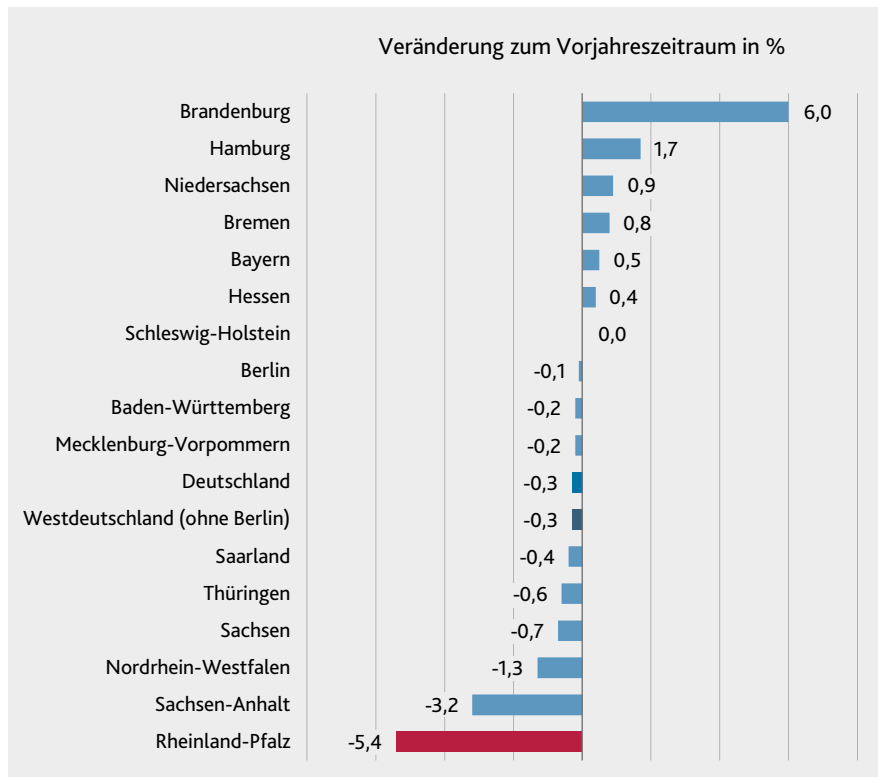
Rund 51 Prozent der Bauherren waren Unternehmen. Die Anzahl der Baugenehmigungen für diese sank um 15 Prozent auf 365. Die zweitstärkste Gruppe bildeten mit rund 37 Prozent die privaten Haushalte; entgegen der rückläufigen Entwicklung stieg hier die Zahl der Genehmigungen um 7,7 Prozent auf 267. Damit setzt sich der Trend der vergangenen Jahre hin zu privaten Investitionen in Nichtwohngebäude fort.

Bruttoinlandsprodukt sinkt im ersten Halbjahr um 5,4 Prozent

Die rheinland-pfälzische Wirtschaftsleistung geht nach dem Rekordwachstum 2021 zurück. Das Bruttoinlandsprodukt sank im ersten Halbjahr 2023 gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres preisbereinigt um 5,4 Prozent. Das ist im Ländervergleich der letzte Platz.

Im Bundesdurchschnitt nahm die Wirtschaftsleistung um 0,3 Prozent ab (Westdeutschland ohne Berlin: ebenfalls –0,3 Prozent). Der im Vergleich zu Deutschland stark überdurchschnittliche Rückgang ist zu einem beträchtlichen Teil auf einzelne Branchen zurückzuführen, die 2021 von der Entwicklung und der Produktion eines Impfstoffes gegen das Coronavirus profitierten.

Die starken Preissteigerungen spiegeln sich in dem großen Abstand zwischen nominaler und realer Entwicklung wider: In jeweiligen Preisen wurde im ersten Halbjahr ein Plus von 1,5 Prozent verzeichnet (Deutschland: +6,6 Prozent; Westdeutschland ohne

**Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 2023 nach Bundesländern**

Berlin: +6,4 Prozent). Die Angaben basieren auf einer ersten, vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Die Industrie, die in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu Deutschland ein überdurchschnittliches Gewicht hat, leistete den größten Beitrag zur negativen Wirtschaftsentwicklung. Der Umsatz der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe mit 50 und mehr Beschäftigten nahm gegenüber den ersten sechs Monaten 2022 in jeweiligen Preisen trotz steigender Preise um 7,9 Prozent ab (Deutschland: +5,2 Prozent). Die Inlandsumsätze sanken mit –9,6 Prozent stärker als die Auslandsumsätze mit –6,6 Pro-

zent (Deutschland: +2,4 bzw. +8 Prozent).

Fünf der zehn umsatzstärksten Branchen erzielten geringere Erlöse als im ersten Halbjahr 2022. Einen massiven Umsatzeinbruch verzeichnete die Pharmazeutische Industrie mit einem Minus von 55 Prozent (Deutschland: –2,2 Prozent). Die umsatzstärkste Branche in Rheinland-Pfalz, die Chemische Industrie, büßte ein Fünftel der Erlöse ein (Deutschland: –15 Prozent). Positive Entwicklungen gab es hingegen insbesondere in der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (+16 Prozent; Deutschland: +13 Prozent) sowie im Maschinenbau (+12 Prozent; Deutschland: ebenfalls +12 Prozent).

Innerhalb des Baugewerbes hat sich vor allem die Umsatzentwicklung im Ausbaugewerbe im ersten Halbjahr günstig entwickelt. Die Erlöse nahmen in Rheinland-Pfalz gegenüber dem ersten Halbjahr 2022 in jeweiligen Preisen um 16 Prozent zu (Deutschland: ebenfalls +16 Prozent). Im Bauhauptgewerbe stiegen die Umsätze in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten um 4,9 Prozent (Deutschland: +5,5 Prozent). Wachstumsimpulse kamen aus dem Tiefbau (+8,5 Prozent) und dort insbesondere aus dem „gewerblichen und industriellen Tiefbau, Bahn und Post“. Im Hochbau legten die Umsätze in den ersten sechs Monaten dagegen nur um 1,7 Prozent zu. Dort stand einem Plus im gewerblichen und industriellen Hochbau ein Rückgang der Umsätze im Wohnungsbau gegenüber. Allerdings ist zu beachten, dass auch die Preise für Bauleistungen erheblich gestiegen sind. Das Baugewerbe trägt rund sechs Prozent zur rheinland-pfälzischen Wertschöpfung bei.

Auch der Dienstleistungssektor, der knapp zwei Drittel der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftet, verzeichnete im ersten Halbjahr 2023 ein Minus. Dazu trug unter anderem der Großhandel bei, dessen Umsätze sich preisbereinigt um 16 Prozent verringerten (Deutschland: –3,7 Prozent). Im Einzelhandel nahmen die Umsätze um 5,3 Prozent (Deutschland: –4,3 Prozent) und im Gastgewerbe um 5,7 Prozent ab (Deutschland: +5,8 Prozent).



Mehr Insolvenzen im ersten Halbjahr

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz ist im ersten Halbjahr 2023 deutlich gestiegen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres stellten 330 Unternehmen einen Insolvenzantrag – rund zwölf Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (295).

Durch die beantragten Unternehmensinsolvenzen gerieten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 1839 Arbeitsplätze in Gefahr; das waren – trotz gestiegener Zahl der Unternehmensinsolvenzen – etwas weniger als im ersten Halbjahr 2022. Das Gesamtvolumen der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger lag mit 551 Millionen Euro um 76 Prozent über dem Vorjahreszeitraum. Damit hatte jedes Unternehmen zum Zeitpunkt der Stellung des Insolvenzantrags durchschnittlich knapp 1,7 Millionen Euro Schulden.

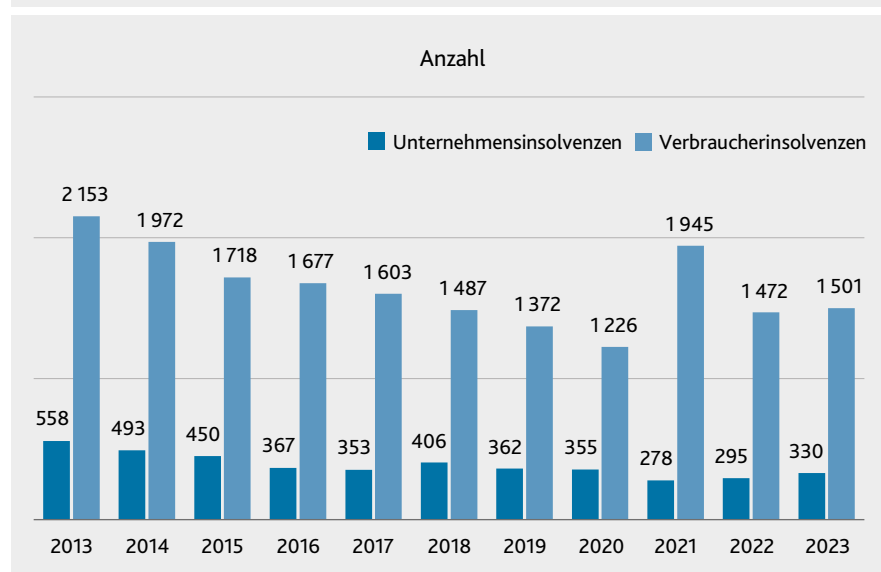
Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Baugewerbe (82 Anträge); die Zahl ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 70 Prozent gestiegen. Es folgten die Wirtschaftsabschnitte „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit 45 sowie „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ mit 37 Fällen.

Die Insolvenzhäufigkeit, also die Zahl der Insolvenzen je 1000 wirtschaftlich aktive Unternehmen, lag in den kreisfreien Städten (2,9) höher als in den Landkreisen (2,1). Den höchsten Wert verzeichnete mit sechs die kreisfreie Stadt Zweibrücken, den niedrigsten die Stadt Landau sowie die Landkreise Alzey-Worms und der Rhein-Hunsrück-Kreis mit je einer Insolvenz je 1000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag mit 1501 um zwei Prozent über dem Niveau des ersten Halbjahres 2022. Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger betrugen rund 75 Millionen Euro; das waren fast 17 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Die meisten Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnete in den ersten sechs Monaten die kreisfreie Stadt Pirmasens mit 21; die wenigsten wiesen die Landkreise Mainz-Bingen und der Rhein-Pfalz-Kreis mit jeweils 1,5 auf. Der Niveauunterschied zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen ist bei den Verbraucherinsolvenzen stärker ausgeprägt als bei den Unternehmensinsolvenzen. In den kreisfreien Städten lag der Durchschnitt bei 5,1, in den Landkreisen bei 3,1 Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

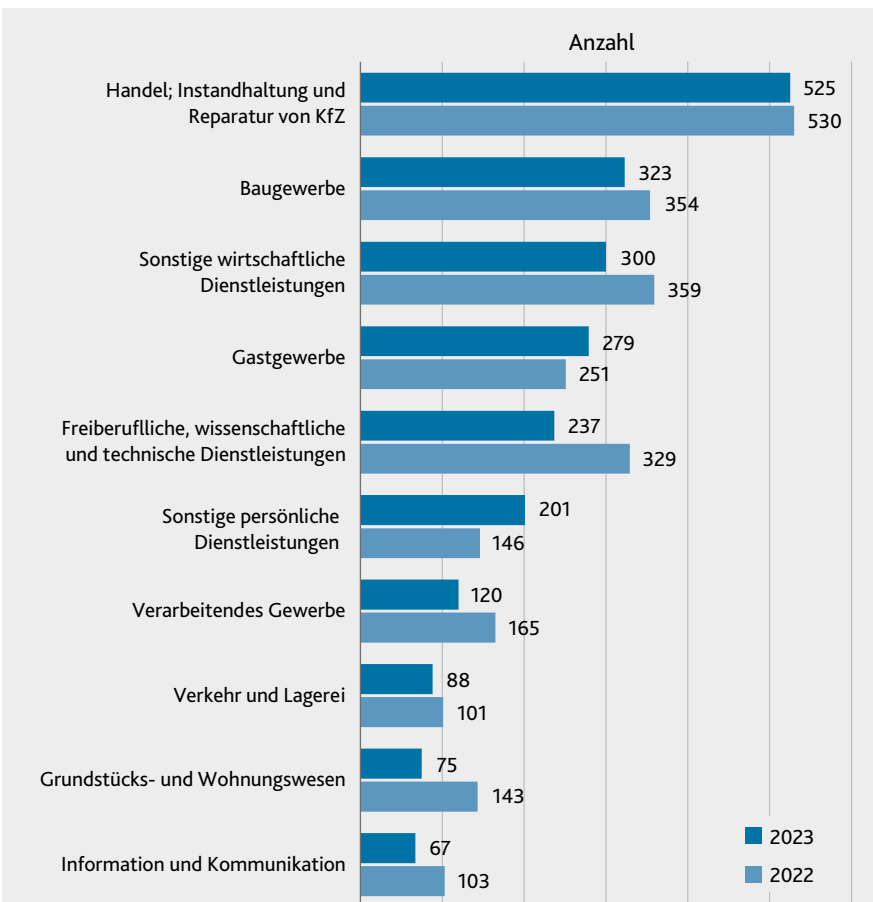
Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1. Halbjahr 2013–2023



Mehr Gewerbeanmeldungen im ersten Halbjahr, darunter deutlich weniger Betriebsgründungen

Im ersten Halbjahr 2023 wurden in Rheinland-Pfalz rund 18 810 Gewerbe angemeldet. Das waren 10,5 Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Gewerbeabmeldungen auf rund 16 100, das waren 15,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Die Zahl der sogenannten Betriebsgründungen war in den ersten sechs Monaten 2023 stark rückläufig; ins-

**Betriebsgründungen¹ im 1. Halbjahr 2022 und 2023 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen**

¹ Kapital- bzw. Personengesellschaft oder Einzelunternehmen mit Handelsregistereintrag, Handwerkskarte oder mindestens einem/einer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

gesamt zählten knapp 2 500 Gewerbebeanmeldungen zu den Betriebsgründungen (–14 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2022). Zu den Betriebsgründungen gehören alle Neugründungen von Betrieben mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit 21 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“. Den zweithöchsten Anteil stellte mit 13 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Baugewerbe“,

gefolgt von den „Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ mit zwölf Prozent.

Die Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner erreichten den höchsten Wert mit zehn in der kreisfreien Stadt Zweibrücken; es folgten Landau mit 9,9 und Ludwigshafen mit 9,2. Den niedrigsten Wert unter den kreisfreien Städten verzeichnete Neustadt mit 5,4. Unter den Landkreisen wies der Rhein-Lahn-Kreis mit 7,5 den höchsten Wert auf, der Kreis Altenkirchen mit 3,1 den niedrigsten.

Neben den Betriebsgründungen gab es im ersten Halbjahr 2023 insgesamt knapp 13 200 sogenannte sonstige Neugründungen. Das waren 19 Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten des Jahres 2022. Zu den sonstigen Neugründungen gehören die Gründung von Kleinunternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, keine Handwerkskarte besitzen und die über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen, sowie die Gründung von Nebenerwerbsbetrieben.

Neben den Neugründungen – Betriebsgründungen und sonstige Neugründungen – gab es im ersten Quartal noch knapp 3 200 weitere Gewerbebeanmeldungen. Hierunter fallen Umwandlungen sowie Zuzüge und Übernahmen.

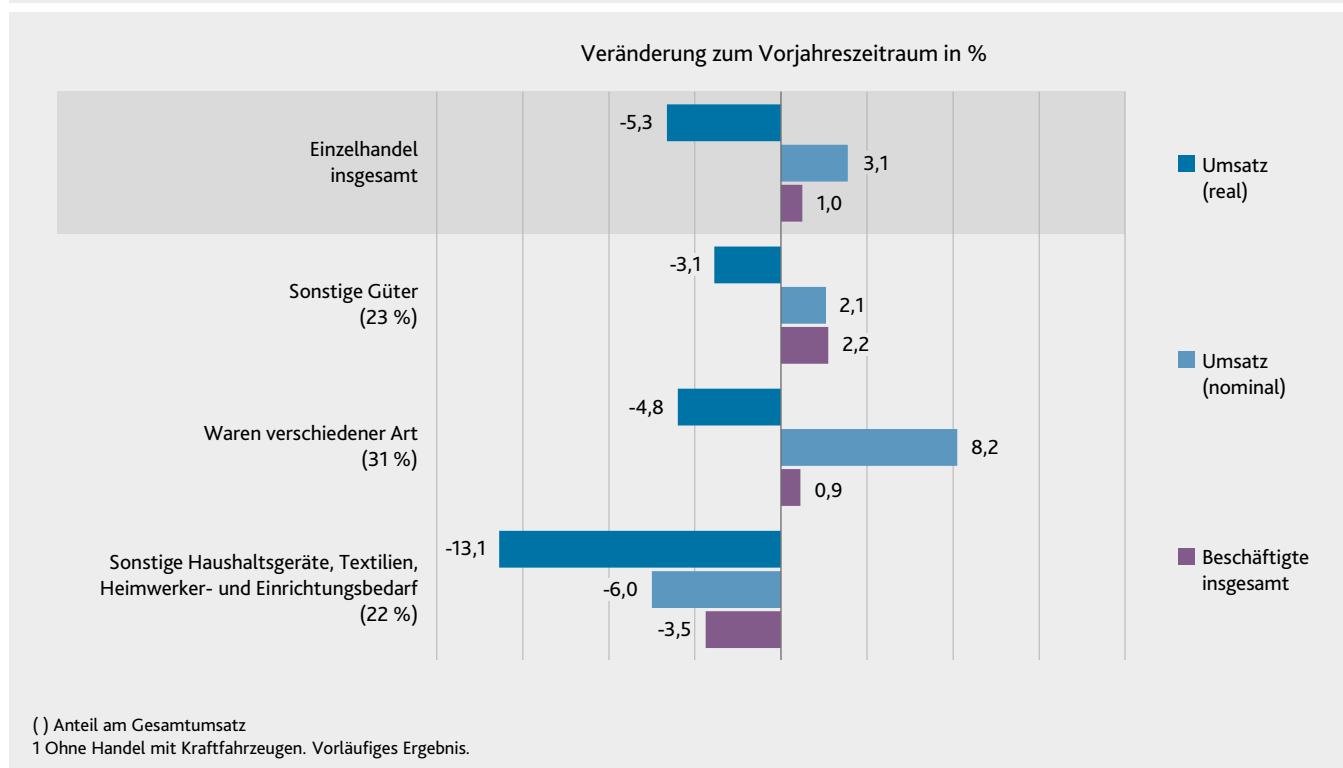
Die deutliche Zunahme bei den Gewerbebeanmeldungen stammt vor allem aus dem Bereich der sonstigen Stilllegungen; betroffen waren also eher kleinere Betriebe. Während die Zahl der Betriebsaufgaben – das Pendant zu den Betriebsgründungen – um 4,9 Prozent auf rund 2 000 zurückging, stieg die der sonstigen Stilllegungen im Vergleich zu Januar bis Juni 2022 um 24 Prozent auf gut 11 000.

Einzelhandel im ersten Halbjahr mit deutlichen Umsatzverlusten

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel setzte im ersten Halbjahr 2023 weniger um als in den ersten sechs Monaten 2022. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die realen, also die um Preisveränderungen bereinigten, Umsätze rund 5,3 Prozent unter denen



Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels¹ von Januar bis Juni 2023



des Vorjahreszeitraums. Nominal bzw. bewertet in jeweiligen Preisen stiegen die Umsätze um 3,1 Prozent. Zum Vergleich: Deutschlandweit erzielten die Einzelhändler real 4,3 Prozent weniger Erlöse (nominal: +3,8 Prozent).

Im Lebensmitteleinzelhandel gingen die realen Umsätze im ersten Halbjahr 2023 um 5,7 Prozent zurück. Aufgrund der deutlichen Preissteigerungen lagen die nominalen Erlöse 7,4 Prozent höher als von Januar bis Juni 2022. Der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln erwirtschaftete dagegen sowohl real als auch nominal weniger Umsätze (real: –5 Prozent; nominal: –0,5 Prozent).

Die größten preisbereinigten Verluste gab es mit –13 Prozent im umsatz-

starken Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (nominal: –6 Prozent). Rückläufige reale Einnahmen verzeichnete auch der Handel mit Waren verschiedener Art in Verkaufsräumen mit dem Schwerpunkt im Lebensmittelhandel, zu dem beispielsweise Supermärkte und Discounter gehören (–4,8 Prozent; nominal: +8,2 Prozent). Die realen Erlöse im Handel mit sonstigen Gütern, zu dem z. B. Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, gingen um 3,1 Prozent zurück (nominal: +2,1 Prozent). Dagegen verbuchte der Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik mehr Umsätze (real: +7,9 Prozent; nominal: +6,9 Prozent).

In den ersten sechs Monaten 2023 stieg die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel um ein Prozent im Vergleich zum ersten Halbjahr 2022. Der Einzelhandel mit Lebensmitteln stockte das Personal um 0,8 Prozent, der mit Nicht-Lebensmitteln um ein Prozent auf. Bundesweit nahm die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel um 0,4 Prozent zu.

Gastgewerbe mit realen Umsatzverlusten im ersten Halbjahr

Die Betriebe des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes erzielten im ersten Halbjahr 2023 weniger reale Umsätze als im Vorjahreszeitraum. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die realen, also die um Preisveränderungen bereinigten, Umsätze um



5,7 Prozent niedriger als in den ersten sechs Monaten 2022. Nominal bzw. bewertet in jeweiligen Preisen stiegen die Erlöse aufgrund der deutlichen Preissteigerungen um 2,9 Prozent.

Zum Vergleich: Deutschlandweit nahmen die Umsätze im Gastgewerbe im ersten Halbjahr preisbereinigt um 5,8 Prozent, in jeweiligen Preisen um 16 Prozent zu.

Die Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, verbuchte im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum sowohl real als auch nominal weniger Erlöse (real: -12 und nominal: -2,7 Prozent). In der speisengeprägten Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen, gingen die realen Umsätze

um 16 Prozent zurück. Dagegen verzeichneten die Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen fünf Prozent mehr Erlöse. Das Beherbergungsgewerbe erzielte gegenüber dem ersten Halbjahr 2022 rund 9,3 Prozent mehr reale Umsätze (nominal: +18 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe erhöhte sich im ersten Halbjahr 2023 gegenüber den ersten sechs Monaten 2022 um zwölf Prozent. In der Gastronomie stieg der Personalbestand um 13 Prozent, in der Beherbergung um 5,8 Prozent.

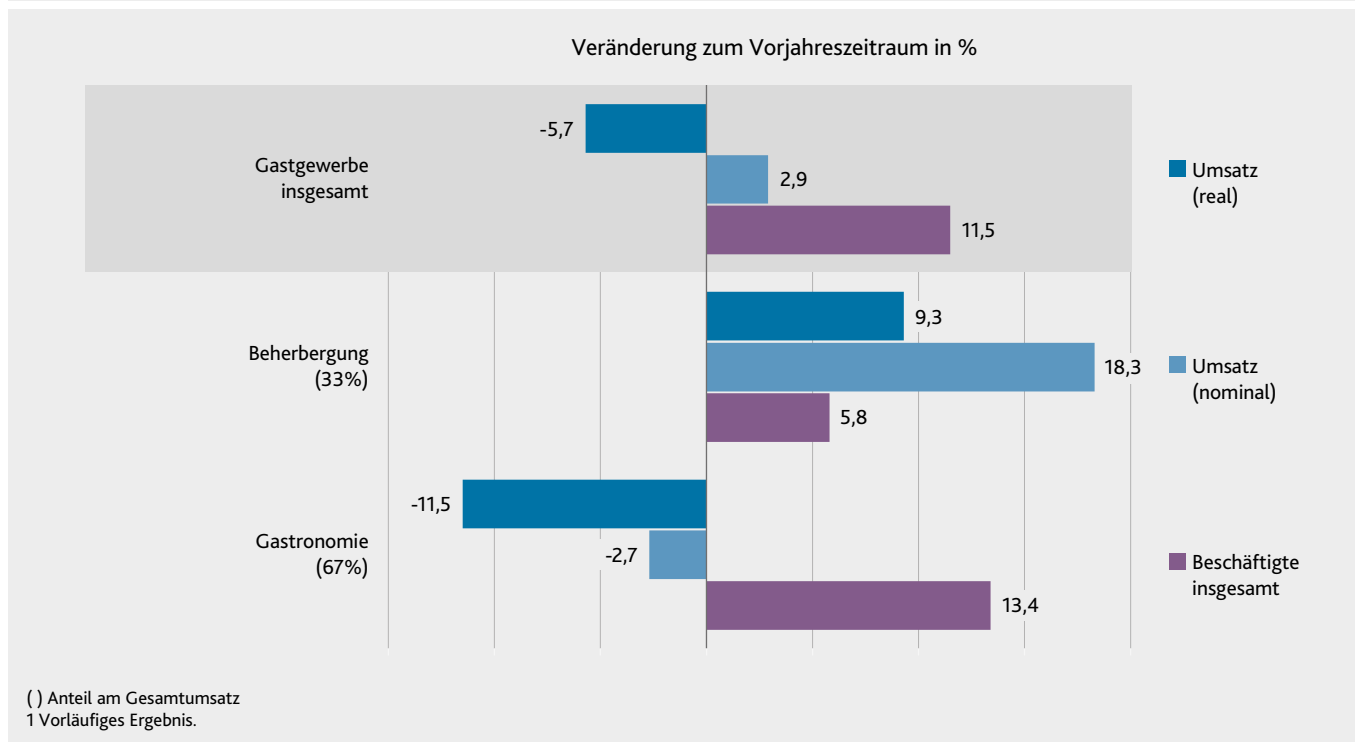
Bis Juli mehr Gäste und Übernachtungen

In den ersten sieben Monaten verbuchten die rheinland-pfälzischen

Tourismusbetriebe mehr Gäste und Übernachtungen als im Vergleichszeitraum 2022. Von Januar bis Juli besuchten insgesamt 4,8 Millionen Gäste Rheinland-Pfalz (+12 Prozent). Die Zahl der Übernachtungen stieg um 9,3 Prozent auf 12,4 Millionen. Gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vor-Corona-Jahr 2019 lag die Zahl der Gäste noch um 4,4 Prozent, die der Übernachtungen um 2,3 Prozent niedriger.

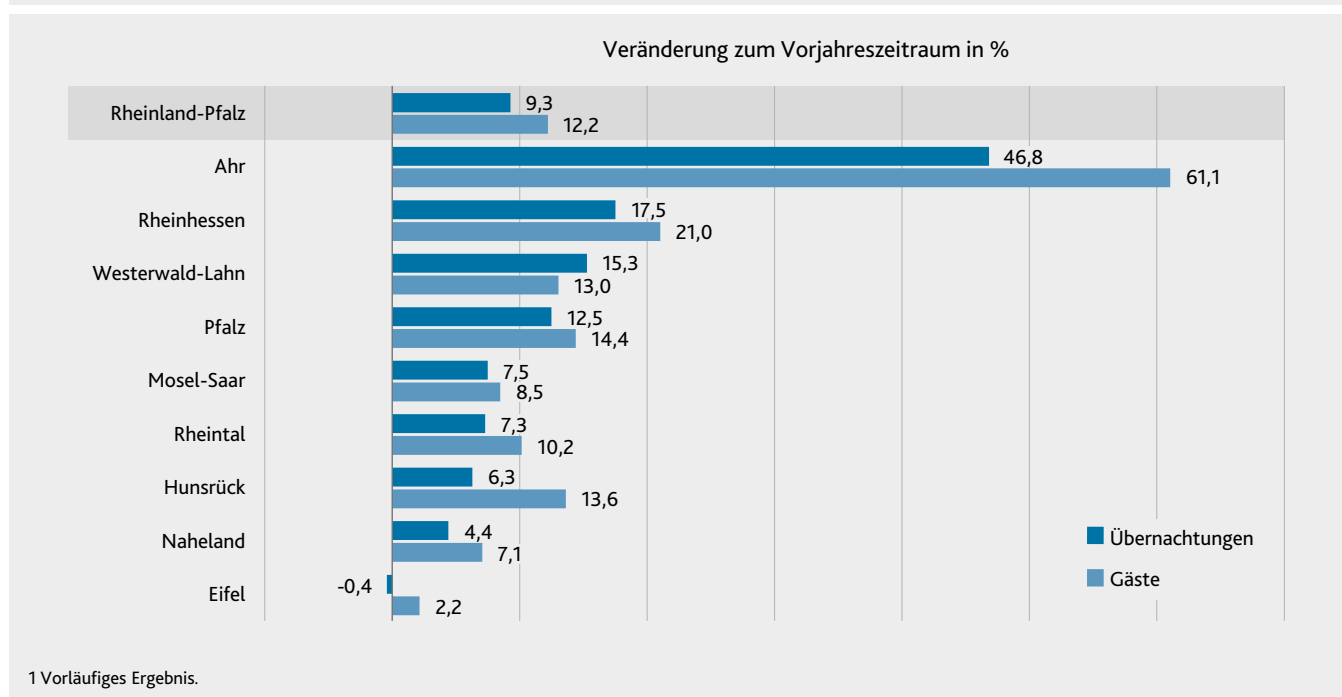
Die Region Mosel-Saar ist – gemessen am Übernachtungsaufkommen – das beliebteste Urlaubsziel im Land. Von Januar bis Juli stiegen hier die Gäste- und Übernachtungszahlen um 8,5 bzw. 7,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Pfalz registrierte 14 Prozent mehr Gäste

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe¹ von Januar bis Juni 2023





Übernachtungen und Gäste von Januar bis Juli 2023¹ nach Tourismusregionen



und 13 Prozent mehr Übernachtungen. Deutliche Zuwächse gab es auch in Rheinhessen: Die Zahl der Gäste nahm um 21 Prozent und die der Übernachtungen um 18 Prozent zu. Vorübergehende Betriebsschließungen in den ersten Monaten des Jahres führten in der Eifel zu rückläufigen Übernachtungszahlen (-0,4 Prozent). Die Gästezahlen lagen um 2,2 Prozent über dem Vorjahreswert.

Die Übernachtungskapazitäten im Ahrtal sind auch zwei Jahre nach der Flutkatastrophe noch nicht auf den ursprünglichen Bestand angestiegen. Von dem niedrigen Vorjahresniveau aus stieg die Zahl der Gäste um 61 Prozent und die der Übernachtungen um 47 Prozent. Im Vergleich zum Vergleichszeitraum des Vor-Corona-Jahres 2019 lagen die Gäste- und Über-

nachtungszahlen noch um 51 bzw. 55 Prozent niedriger.

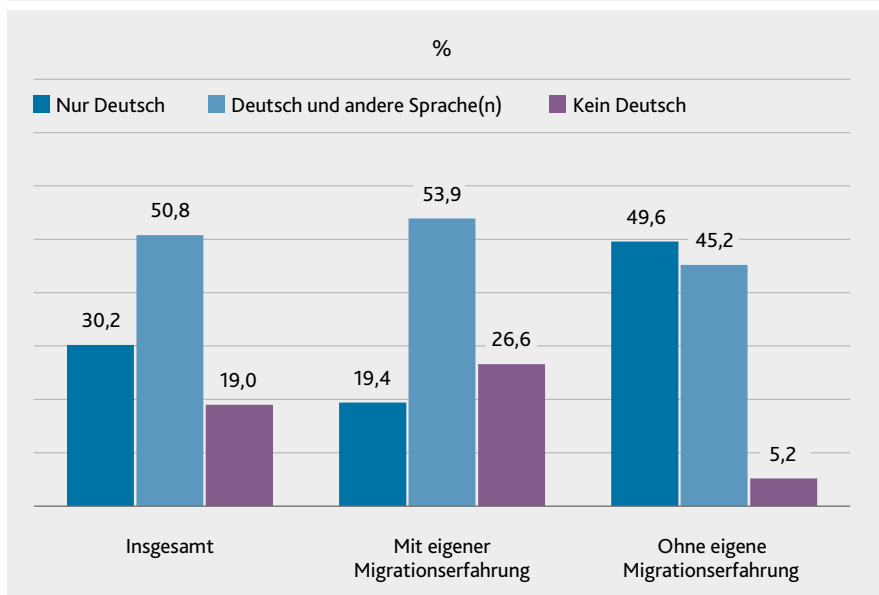
In neun der zehn Betriebsarten stieg die Zahl der Übernachtungen. Knapp 21 Prozent mehr Übernachtungen gab es in den Hotel garnis. Ähnlich hoch, allerdings ausgehend von einem niedrigeren Niveau, lagen die Zunahmen bei den Erholungs-, Ferien- und Schulungsheimen sowie den Jugendherbergen und Hütten (jeweils +20 Prozent). Die Hotels als beliebteste Unterkunftsart verbuchten 9,7 Prozent mehr Übernachtungen. Die Rückgänge bei den Ferienzentren (-15 Prozent) sind unter anderem auf vorübergehende Reduzierungen des Angebots in den ersten Monaten des Jahres zurückzuführen.

Rund 3,9 Millionen Gäste kamen aus dem Inland (+11 Prozent); sie buch-

ten rund 9,7 Millionen Übernachtungen (+7,9 Prozent). Die Ankünfte aus dem Ausland stiegen um 18 Prozent auf 919 000. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland erhöhte sich um 15 Prozent auf 2,6 Millionen.

30 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund sprechen zu Hause ausschließlich Deutsch

Im Jahr 2022 sprachen 30 Prozent der rund 1,2 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit Migrationshintergrund zu Hause ausschließlich Deutsch. Nach Ergebnissen des Mikrozensus waren mehr als die Hälfte dieses Personenkreises deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die in Deutschland geboren wurden (54 Prozent).

**Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2022 nach Migrationserfahrung und vorwiegend zu Hause gesprochener Sprache**

Gut jede bzw. jeder Zweite mit Migrationshintergrund gab an, neben Deutsch mindestens noch eine andere Sprache im häuslichen Umfeld zu nutzen (51 Prozent). Mehr als ein Drittel dieser Personen unterhielt sich in erster Linie auf Deutsch (35 Prozent). Am zweithäufigsten wurde Russisch zur Kommunikation mit Haushaltsangehörigen genutzt (zwölf Prozent), gefolgt von Türkisch (9,4 Prozent) und Arabisch (7,1 Prozent).

Beinahe ein Fünftel der Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz sprach zu Hause kein Deutsch (19 Prozent). Bei diesen Personen handelte es sich größtenteils um Ausländerinnen und Ausländer, die selbst zugewandert sind (81 Prozent). Die Menschen, die zu Hause kein Deutsch sprachen, verständigten sich am häufigsten auf Arabisch (zwölf Prozent), Rumänisch (neun Prozent), Polnisch

(8,9 Prozent) oder Russisch (8,1 Prozent).

Verfügbares Einkommen steigt 2021 in nahezu allen Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2021 nahm das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz in fast allen kreisfreien Städten und Landkreisen zu. Es lag mit rund 100 Milliarden Euro um 1,9 Milliarden Euro oder 1,9 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Damit standen jeder Einwohnerin bzw. jedem Einwohner im Landesdurchschnitt 24 367 Euro zur Verfügung; das waren 423 Euro oder 1,8 Prozent mehr als 2020.

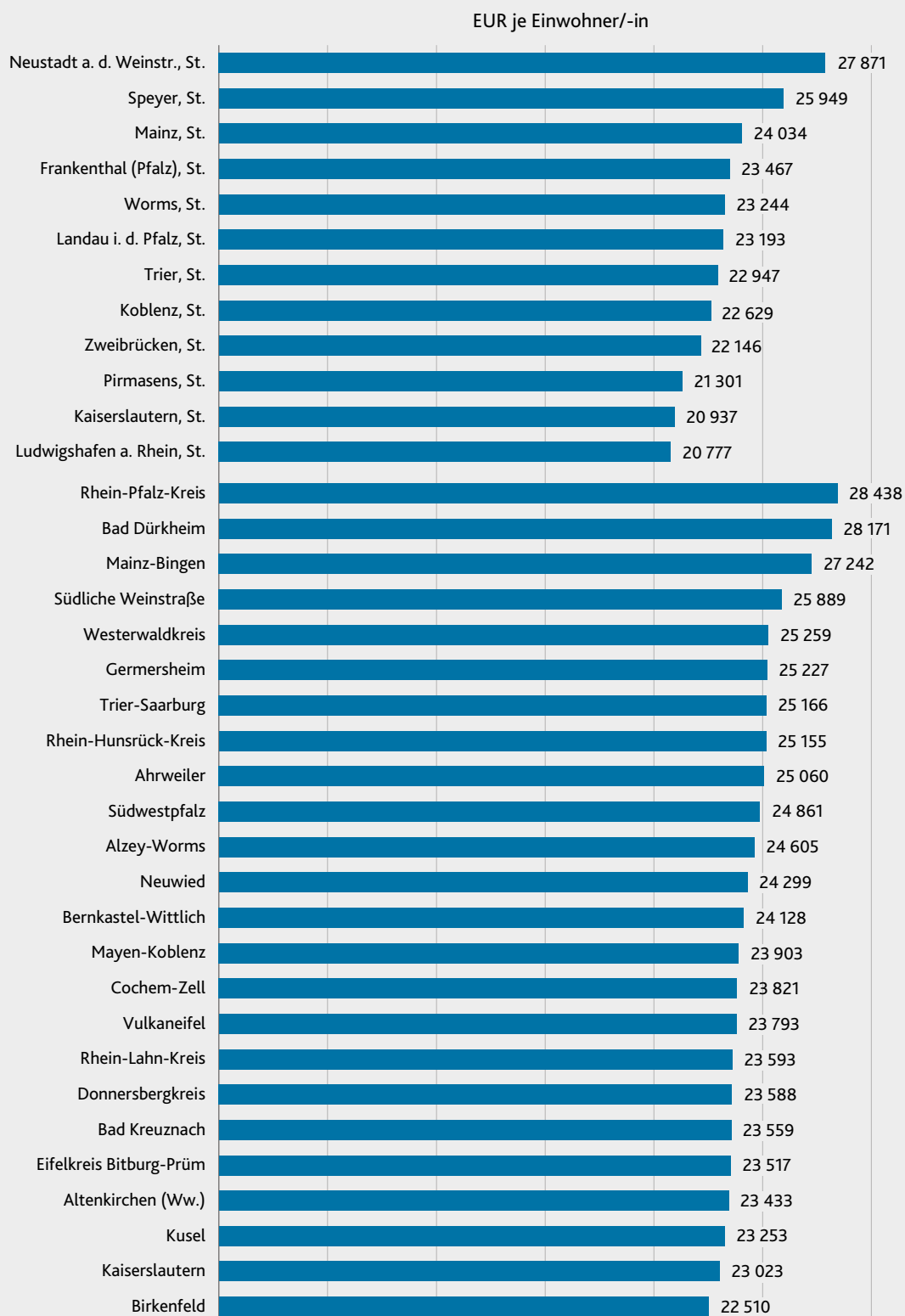
In den Landkreisen war das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohnerin bzw. Einwohner mit durchschnittlich 24 865 Euro höher als in den kreisfreien Städten mit 22 956 Euro. Im Vergleich der Land-

kreise erreichten die Einwohnerinnen und Einwohner im Rhein-Pfalz-Kreis mit 28 438 Euro das höchste Pro-Kopf-Einkommen; in Birkenfeld waren es nur 22 510 Euro. Bei den kreisfreien Städten reichte die Spannweite von 20 777 Euro in Ludwigshafen bis 27 871 Euro in Neustadt an der Weinstraße. Zu beachten ist, dass die regionale Einkommensverteilung in Rheinland-Pfalz stark durch Berufspendlerinnen und -pendler beeinflusst ist. Aus den Landkreisen pendeln viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Arbeit in die kreisfreien Städte. Die von ihnen erbrachte Wirtschaftsleistung wird an ihrem Arbeitsort in den Städten nachgewiesen, das dabei entstehende Einkommen wird dagegen an ihrem Wohnort in den Landkreisen erfasst.

Zwischen 2000 und 2021 stieg das Pro-Kopf-Einkommen in den Landkreisen im Mittel stärker als in den kreisfreien Städten (+59 bzw. +47 Prozent). Das ist sowohl auf die unterschiedliche Entwicklung des verfügbaren Einkommens als auch der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner zurückzuführen. Das verfügbare Einkommen nahm in den Landkreisen um 59 Prozent und in den kreisfreien Städten um 57 Prozent zu. Die kreisfreien Städte verzeichneten zwischen 2000 und 2021 einen Bevölkerungszuwachs von knapp sieben Prozent – insbesondere aufgrund der deutlichen Zunahme der Einwohnerzahlen in den Universitätsstädten Mainz, Landau und Trier. In den Landkreisen stieg die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner im gleichen Zeitraum dagegen nur um 0,2 Prozent.



Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2021 nach Verwaltungsbezirken





Den stärksten Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens gegenüber dem Jahr 2000 verzeichnete unter den kreisfreien Städten Speyer mit +63 Prozent, dicht gefolgt von der Stadt Trier mit +61 Prozent. Mit deutlichem Abstand folgte die Stadt Worms mit +54 Prozent. Dagegen nahm das Einkommen je Einwohnerin und Einwohner in Koblenz und Pirmasens jeweils nur um 39 Prozent zu. Im Vergleich der Landkreise erzielte der Kreis Trier-Saarburg mit +75 Prozent den höchsten Zuwachs beim Pro-Kopf-Einkommen, gefolgt vom Eifelkreis Bitburg-Prüm und dem Rhein-Hunsrück-Kreis mit jeweils +70 Prozent. Bitburg-Prüm, Trier und Trier-Saarburg liegen im Einzugsbereich von Luxemburg. Da in den vergangenen 20 Jahren immer mehr Menschen aus den grenznahen Gebieten dorthin zur Arbeit auspendeln, profitiert die Region von der starken wirtschaftlichen Dynamik des Großherzogtums. Im Landkreis Mainz-Bingen sowie im Rhein-Lahn-Kreis stieg das Pro-Kopf-Einkommen dagegen nur um 45 bzw. 48 Prozent.

Bei dem durchschnittlich zur Verfügung stehenden Pro-Kopf-Einkommen nimmt Rheinland-Pfalz unter den Ländern hinter Bayern, Hamburg, Baden-Württemberg, Hessen und Schleswig-Holstein Rang sechs ein. Das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen liegt 48 Euro unter dem Bundesdurchschnitt von 24 415 Euro.

Der Durchschnittswert des Pro-Kopf-Einkommens in einem Land oder in einer Region ist eine Kennzahl der

Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die als Indikator für den monetären Wohlstand der Bevölkerung des Landes oder der Region verwendet wird. Sie gibt keine Auskunft darüber, wie gleichmäßig oder ungleichmäßig das Einkommen auf die Einwohnerinnen und Einwohner in einer Region verteilt ist.

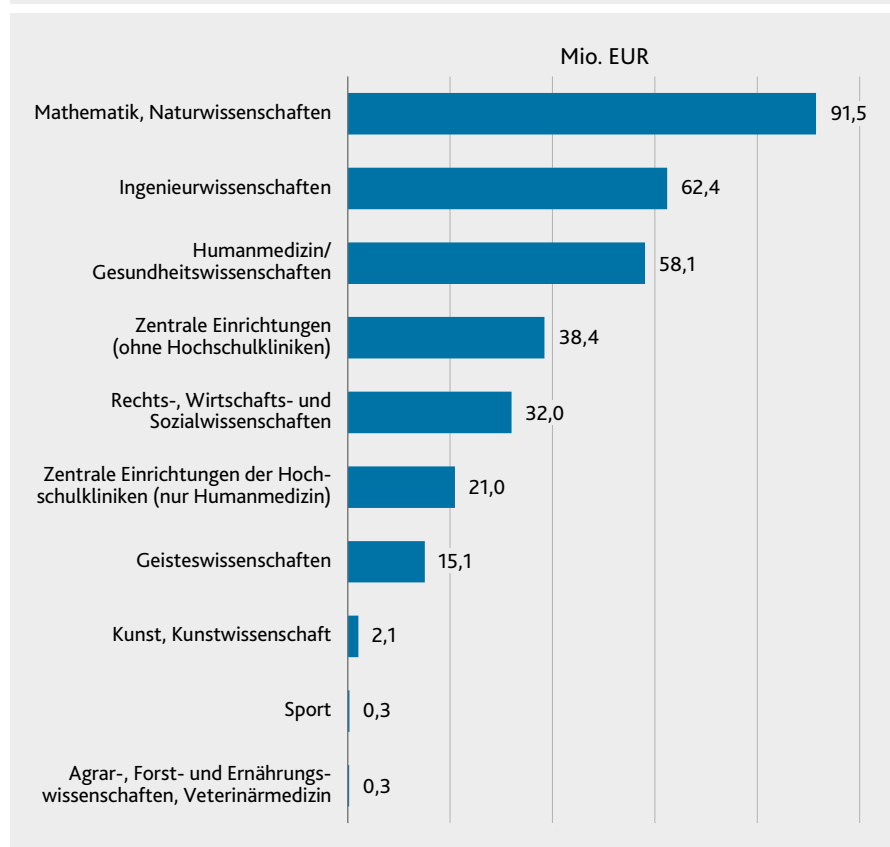
Hochschulen werben insgesamt 321 Millionen Euro an Drittmitteln ein

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz nahmen im Jahr 2021 insgesamt 321 Millionen Euro an Drittmitteln ein. Das waren knapp 34 Millionen Euro mehr als im Vorjahr (+12 Prozent).

Drittmittel sind Einnahmen, die zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt eingeworben werden. Der Bereich der Mathematik und der Naturwissenschaften nahm mit 91,5 Millionen Euro die meisten Gelder ein. Die Fächergruppe der Ingenieurwissenschaften lag mit 62,4 Millionen Euro auf Platz zwei, gefolgt von der Fächergruppe „Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften“ mit 58,1 Millionen Euro.

Die Johannes-Gutenberg-Universität Mainz warb mit 99,2 Millionen Euro die meisten Drittmittel unter den wissenschaftlichen Hochschulen ein; das

Drittmiteleinnahmen der Hochschulen 2021 nach Fächergruppen





waren 22 Prozent mehr als im Vorjahr. Die zweithöchsten Einnahmen verbuchte die Universitätsmedizin Mainz mit 78,2 Millionen Euro (+19 Prozent), die dritthöchsten die Technische Universität Kaiserslautern mit 66,5 Millionen Euro (+0,4 Prozent). Zusammen kamen alle wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz auf rund 283 Millionen Euro (+13 Prozent).

Innerhalb der Hochschulen für angewandte Wissenschaften erzielten die Hochschule Trier (10,9 Millionen Euro; –6,6 Prozent), die Hochschule Kaiserslautern (8,5 Millionen Euro; +0,3 Prozent) sowie die Hochschule Koblenz (6,8 Millionen Euro; +3,2 Prozent) die meisten Drittmittel. In Summe nahmen alle rheinland-pfälzischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften rund 37,9 Millionen Euro ein (+1,1 Prozent).

Die höchsten Drittmiteleinahmen je Professorin bzw. Professor wurden für die Universitätsmedizin Mainz ermittelt. Die Einnahmen stiegen dort um 18 Prozent auf 597 000 Euro. Innerhalb der wissenschaftlichen Hochschulen folgte die Technische Universität Kaiserslautern. Hier entfielen rechnerisch 309 200 Euro auf jede Professorin bzw. jeden Professor. Im Durchschnitt kamen die rheinland-pfälzischen wissenschaftlichen Hochschulen (inkl. Unimedizin Mainz) auf 230 800 Euro je Professorin bzw. Professor (+12 Prozent).

Bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften belegte die Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung mit rund 128 600 Euro je

Professorin bzw. Professor den ersten Platz (+190 Prozent), gefolgt von der Hochschule Trier mit 62 900 Euro (–6,1 Prozent). Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften kamen in Rheinland-Pfalz zusammen auf einen Durchschnitt von 40 300 Euro je Professorin bzw. Professor (+1,5 Prozent).

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern werben die Professorinnen und Professoren an den rheinland-pfälzischen Hochschulen seit Jahren unterdurchschnittlich Drittmittel ein. Auch 2021 belegte Rheinland-Pfalz mit rund 148 000 Euro je Professorin bzw. Professor den letzten Platz. Zum Vergleich: Im Durchschnitt aller Bundesländer wurden 189 000 Euro je Professur erzielt; das sind rund 28 Prozent mehr als in Rheinland-Pfalz.

Zahl der Verurteilungen nimmt 2022 leicht ab

Im Jahr 2022 wurden in Rheinland-Pfalz annähernd 29 900 Personen rechtskräftig verurteilt. Das waren 843 Verurteilungen bzw. 2,7 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Die Zahl der verurteilten Personen ist damit schon seit mehreren Jahren in Folge rückläufig. Gegenüber dem letzten Höchststand im Jahr 2005 mit mehr als 43 500 Verurteilungen ging sie um mehr als 31 Prozent zurück.

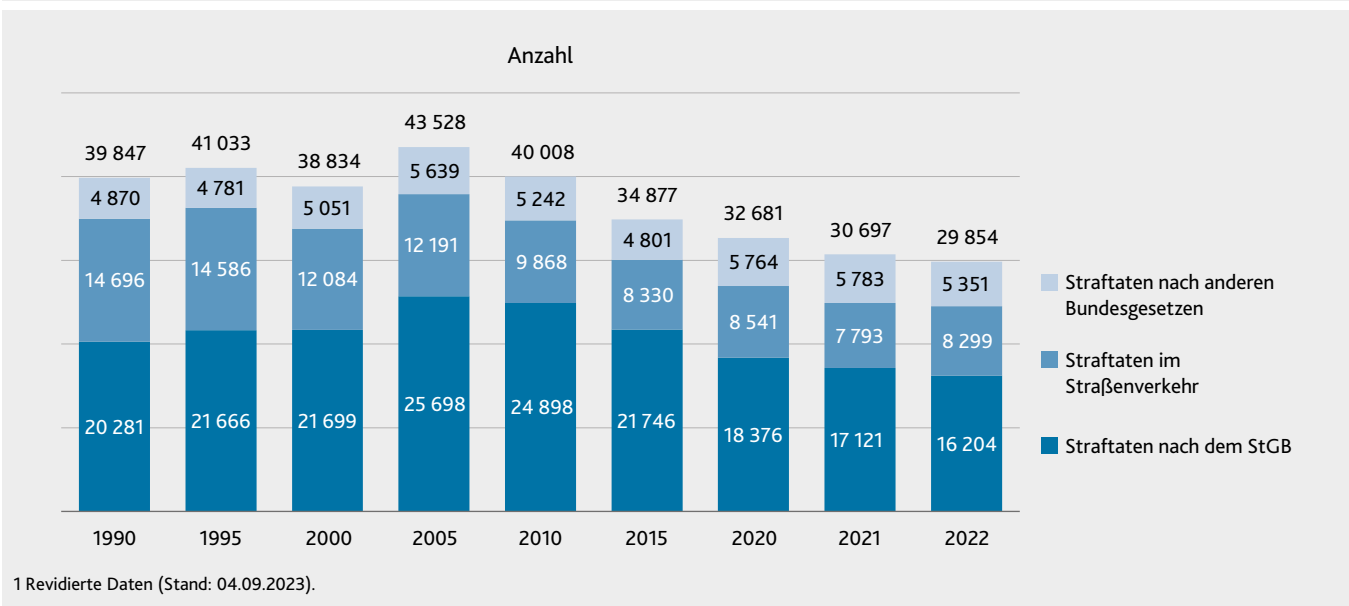
Wie schon in den Vorjahren waren mehr als 80 Prozent der Verurteilten Männer. Rund 31 Prozent der Verurteilten hatten nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.

Insgesamt 16 200 Verurteilungen bzw. rund 54 Prozent waren sogenannte „klassische Delikte“ aufgrund eines Verbrechens oder Vergehens gegen Vorschriften des Strafgesetzbuches; dieser Anteil war in den vergangenen Jahren leicht rückläufig.

Mit 8 300 Verurteilungen bzw. einem Anteil von 28 Prozent bildeten die Straftaten im Straßenverkehr wie Trunkenheit im Verkehr, Fahren ohne Fahrerlaubnis oder das unerlaubte Entfernen vom Unfallort. Dieser Anteil lag rund zwei Prozentpunkte höher als in den vergangenen beiden Jahren.

Weiterhin kam es 2022 zu knapp 5 400 Verurteilungen im Rahmen von Verstößen, die auf den Strafvorschriften eines anderen Bundes- oder Landesgesetzes beruhen; das waren z. B. Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz (knapp 3 900 Verurteilungen) sowie Verstöße gegen das Pflichtversicherungsgesetz (954 Verurteilungen). Auch der Anteil der dieser Deliktgruppe zuzurechnenden Verurteilten ist in den vergangenen Jahren annähernd stabil geblieben.

Die Verurteiltenziffer, in der die Zahl der Betroffenen auf 100 000 der Bevölkerung gleichen Alters bezogen wird, sank angesichts rückläufiger Verurteiltenzahlen gegenüber dem Vorjahr um knapp drei Prozent auf 835. Bezogen auf einzelne Personengruppen kommen rechtskräftige Verurteilungen traditionell am häufigsten in der Gruppe der Heranwachsenden im Alter von 18 bis 20 Jahren vor. Hier verminderte sich die Kennzahl im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozent

**Verurteilte Personen¹ 1990–2022 nach Deliktgruppen**

auf 1 647. Dessen ungeachtet liegt sie immer noch deutlich über den Werten für Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren (667) bzw. für Erwachsene ab 21 Jahren (813).

31 Millionen Kubikmeter Klärgasgewinnung im Jahr 2022

Im Jahr 2022 gewannen 91 rheinland-pfälzische Kläranlagen knapp 31 Millionen Kubikmeter Klärgas. Damit nahm das Klärgasvolumen gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Prozent ab.

Mit über 82 Prozent bzw. 26 Millionen Kubikmetern des gewonnenen Gases setzten die Kläranlagen den größten Anteil direkt in den eigenen Stromerzeugungsanlagen ein; das waren 1,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Rund sieben Prozent des Klärgases diente dem Einsatz zu reinen Heiz- und Antriebszwecken wie beispielsweise Heizkessel zur Faul-

turmerwärmung und Gebläse zur Drucklufterzeugung. Damit nahm das Volumen um zwei Prozent bzw. rund 36 000 Kubikmeter auf 2,2 Millionen Kubikmeter ab. Auf Fackel- und sonstige Verluste entfielen 2,6 Millionen Kubikmeter bzw. 8,4 Prozent des gewonnenen Klärgases (+6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Im Jahr 2022 gaben die Kläranlagen 2,3 Prozent des gewonnenen Klärgases ab (–18 Prozent).

Aus dem eingesetzten Klärgas wurden insgesamt rund 71 Millionen Kilowattstunden Wärme erzeugt (–2 Prozent gegenüber 2021). Diese kam vollständig in den eigenen Kläranlagen zum Einsatz.

Zusätzlich konnten aus dem Klärgas rund 50 Millionen Kilowattstunden Strom gewonnen werden; das waren 2,3 Prozent weniger als 2021. Den Großteil (97 Prozent) des so erzeug-

ten Stroms, knapp 48 Millionen Kilowattstunden, verbrauchten die Kläranlagen selbst. Folglich speisten sie in das Stromnetz zur allgemeinen Versorgung gut 1,8 Millionen Kilowattstunden Strom ein. Im Vergleich zu 2021 reduzierte sich dieser Anteil um rund 460 000 Kilowattstunden (–26 Prozent).

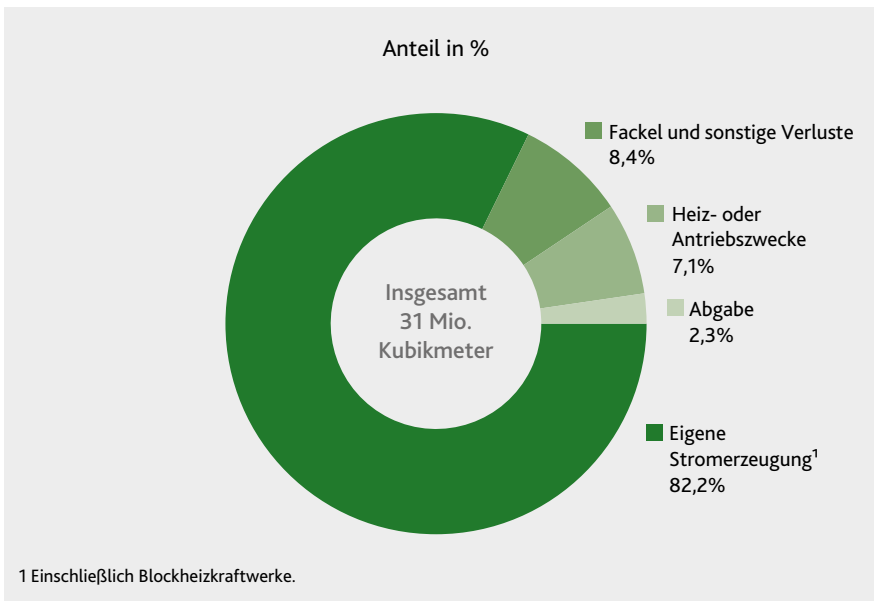
Weniger Getötete und Schwerverletzte im Straßenverkehr

In den ersten sieben Monaten 2023 starben weniger Menschen bei Straßenverkehrsunfällen in Rheinland-Pfalz als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Von Januar bis Juli verloren 73 Personen bei Verkehrsunfällen ihr Leben – das waren 14 weniger als im Vorjahreszeitraum.

Die Polizei registrierte in den ersten sieben Monaten 80 590 Verkehrsunfälle, davon 7 849 mit Personenschä-



Verwendung von Klärgas 2022



den und 72741 mit nur Sachschaden. Die Zahl der Unfälle insgesamt lag um 4319 bzw. 5,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Bei den Unfällen mit Personenschaden lag die Anzahl geringfügig unter den Vorjahreswerten. Die Zahl der Schwerverletzten ging im Vergleich zu den ersten sieben Monaten des Vorjahres um elf Prozent auf 1493 zurück, die

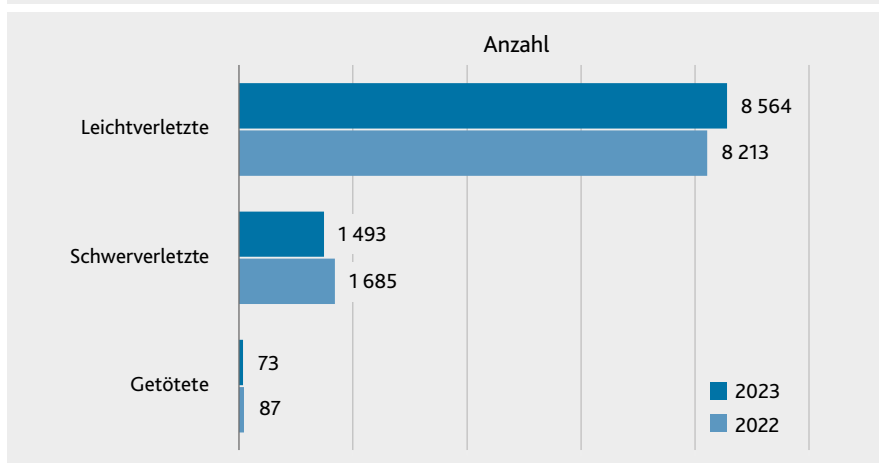
der Leichtverletzten stieg um vier Prozent auf 8564.

Die Unfallzahlen von Januar bis Juli 2023 liegen etwa vier Prozent über dem Mittelwert der zurückliegenden zehn Jahre. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in den Vergleichszeiträumen der Coronajahre deutlich weniger Verkehrsunfälle gezählt wurden

als in den Jahren zuvor. In den ersten sieben Monaten 2023 bewegten sich die Unfallzahlen knapp unter dem Niveau des Vergleichszeitraums der Vor-Corona-Jahre 2016 bis 2019. Die Zahl der Verunglückten, d. h., der Menschen, die bei Unfällen getötet oder verletzt wurden, liegt mit 10130 um rund zwei Prozent unter dem zehnjährigen Mittelwert.

Im Juli dieses Jahres verloren elf Menschen ihr Leben, das waren drei weniger als im Juli des Vorjahres; 261 Unfallbeteiligte wurden schwer und 1558 leicht verletzt. Insgesamt ereigneten sich 12224 Unfälle (2,5 Prozent gegenüber Juli 2022).

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Juli 2022 und 2023



Statistischer Landesausschuss: Neues Veröffentlichungskonzept, Geheimhaltung und zentrales Datenerhebungsportal

Das Statistische Landesamt plant, sein Veröffentlichungsprogramm neu aufzustellen. Die Ergebnisse der Erhebungen sollen in Zukunft über das Auswertungs- und Analysetool MATS (Modernes Analyse Tool Statistik) für jedermann verfügbar sein. Präsident Marcel Hürter stellte das Projekt am Mittwoch dem Statistischen Landesausschuss auf dessen 57. Tagung in Bad Ems vor. Gemeinsam mit den Statistischen Ämtern Berlin-Brandenburg und Nord (Hamburg und Schleswig-Holstein) wird aktuell ein Business-Intelligence-System an die Bedürfnisse der amtlichen Statistik angepasst. „Die gängigen BI-Tools decken viele der Anforderungen der amtlichen Statistik schon gut ab“, erläuterte Hürter. Es seien aber einige statistikspezifische Anpassungen erforderlich. „Wir wollen mit MATS sowohl unsere bisherige Datenbank LIS ablösen als auch die Standardveröffentlichungen von PDF-Dateien in ein interaktives System aus Dashboards und Tabellen überführen.“ Ein solches Projekt könne das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz nicht allein stemmen. Durch die Kooperation mit den beiden Partnerämtern ergäben sich neben der Aufteilung der Kosten vielfältige Synergieeffekte. So wird die Erstellung der Datenmodelle und Veröffentlichungen arbeitsteilig erfolgen. „Rheinland-Pfalz übernimmt beispielsweise die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Berlin Brandenburg die Bevölkerung und Nord den Tourismus“, so Hürter. Auf diese Weise werden vom kommenden Jahr an sukzessive die Statistiken in das neue System überführt. Neben den Veröffentlichungen für alle Nutzenden sollen mit MATS individuelle Anwendungen beispielsweise für Ministerien entwickelt werden.

In den Bevölkerungsstatistiken greift vom kommenden Jahr an eine neue Geheimhaltungsmethode. Die amtliche Statistik ist gesetzlich dazu verpflichtet, nur Ergebnisse zu veröffentlichen, mit denen keine persönlichen oder sachlichen Verhältnisse einem Betroffenen zugeordnet werden können. Mit der so genannten Cell-Key-Methode steht ein

zeitgemäßes Verfahren zur Verfügung, um die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen. Die Daten werden über ein komplexes Verfahren geringfügig verändert. „Das ist mit einem hohen Implementierungsaufwand verbunden und könnte bei den Nutzerinnen und Nutzern auf Akzeptanzprobleme stoßen“, erklärte Marcel Hürter. So entspreche durch die Datenveränderung die Summe der Teilergebnisse nicht mehr der Gesamtsumme. Hürter plädierte dafür, die statistische Geheimhaltung mit Bedacht anzuwenden und auf den Kern der wirklich schützenswerten Informationen zu reduzieren. „Die Methodenkompetenz liegt beim Statistischen Bundesamt. Unser vor Jahren gestarteter Vorstoß für eine Geheimhaltung mit Augenmaß war bisher leider nicht erfolgreich“, erklärte Hürter und warb bei den Mitgliedern des Statistischen Landesausschusses um Unterstützung.

Der Verbund der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird Ende 2023 ein neues zentrales Erhebungsportal produktiv setzen und im kommenden Jahr alle Meldewege auf dieses Portal umziehen. „Damit erhöhen wir die Anwendungsfreundlichkeit und kommen den Verpflichtungen des Onlinezugangsgesetzes nach“, erläuterte Hürter.

Ein Methodenvortrag über Mikrosimulation von Landesausschuss-Mitglied Prof. Dr. Ralf Münnich von der Universität Trier sowie eine Präsentation zur Entwicklung des Mindestlohns als Beispiel für das Analysepotenzial der neuen Verdiensterhebung rundeten die Tagung ab.

Der Statistische Landesausschuss berät das Statistische Landesamt und die Landesregierung in Grundsatzfragen der Statistik. Er besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien, des Rechnungshofes, des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, der kommunalen Spitzenverbände, der Kammern, der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände, der Gewerkschaften sowie der Wissenschaft. Der Ausschuss tagt einmal im Jahr.

Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich: Kleine Klassen im Primarbereich, wenige Studienabsolvierende in MINT-Fächern



Mit durchschnittlich weniger als 19 Kindern pro Klasse gab es in Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer 2021 die kleinsten Grundschulklassen. Das ist eines der Ergebnisse der Veröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“. Der von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder her-

ausgegebene Kennzahlenband ergänzt die OECD-Veröffentlichung „Education at a Glance“ auf internationaler Ebene um Kennzahlen auf Ebene der Bundesländer.

Obgleich Rheinland-Pfalz mit vergleichsweise kleinen Klassen gute Lehr- und Lernbedingungen in der Primarstufe ermöglicht, lag die durchschnittliche Klassengröße in der Sekundarstufe I mit 24 Schülerinnen und Schülern pro Klasse über dem Bundesdurchschnitt und höher als in den meisten anderen Bundesländern. Nur das Saarland, Hamburg und Nordrhein-Westfalen wiesen eine durch-

schnittlich höhere Schülerzahl je Klasse in der Sekundarstufe I auf.

Nur etwa 17 Prozent der rheinland-pfälzischen Hochschulabsolventinnen legten in 2021 die Abschlussprüfung in einem Fach aus dem MINT-Bereich ab, zu dem unter anderem die Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften zählen. Deutschlandweit waren es rund 19 Prozent. Der Anteil männlicher Studienabsolventen in einem MINT-Fach fiel mit rund 47 Prozent im Vergleich zum Frauenanteil zwar höher aus, lag jedoch fünf Prozentpunkte unter dem Bundeswert (Deutschland: 52 Prozent).

Diese und weitere nationale Vergleichszahlen aus dem Bildungswesen bietet die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebene Gemeinschaftspublikation „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“:

www.statistikportal.de/de/veroeffentlichungen/internationale-bildungsindikatoren-im-laendervergleich-ausgabe-2023



Aktualisiertes Dashboard zeigt Kennzahlen zur nachhaltigen Entwicklung in den Bundesländern

Die Europäische Nachhaltigkeitswoche soll die Bürgerinnen und Bürger auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die 17 internationalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals bzw. SDGs) der Vereinten Nationen aufmerksam machen. Die SDGs beziehen sich auf Themen wie Geschlechtergerechtigkeit, verantwortungsvollen Konsum oder Naturschutz.

In dem aktualisierten Dashboard des Arbeitskreises „Nachhaltige Entwicklung“ der Statistischen Ämter der Länder wird zu jedem SDG eine Auswahl an Indikatoren grafisch dargestellt.

Ein Indikator für die Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5) ist z. B. die Väterbeteiligung beim Elterngeld. Für 39 Pro-

zent der 2020 geborenen Kinder gab es in Rheinland-Pfalz mindestens einen männlichen Leistungsbezieher. In den Bundesländern lag dieser Wert zwischen 34 Prozent im Saarland und 55 Prozent in Sachsen.

Kennzahlen zum Verkehr sind von Bedeutung für das Ziel „Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen“ (SDG 12). Hierzu gehört die Pkw-Dichte. Sie lag am 1. Januar 2023 in Rheinland-Pfalz bei 629 Pkw je 1000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner. In den Bundesländern variierte sie zwischen 331 Pkw (Berlin) und 655 Pkw je 1000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner (Saarland).

Eine weitere Zielvorgabe der Agenda 2030 ist es, die nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldarten voranzutreiben



(SDG 15.2). Der Anteil der Waldfläche an der Gesamtfläche der Bundesländer zeigt, wie bedeutend der Wald auch in Deutschland ist. Dabei ist Rheinland-Pfalz mit 41 Prozent das walddominanteste Bundesland. Als Stadtstaat weist Bremen mit einem Prozent den geringsten Waldanteil aus.

Weitere Indikatoren zu den 17 SDGs stehen im gemeinsamen Statistikportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bereit:

www.statistikportal.de/de/nachhaltigkeit





Konjunktur in Rheinland-Pfalz im zweiten Quartal 2023

Wirtschaftsleistung sinkt im zweiten Quartal um 0,6 Prozent

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist im zweiten Quartal 2023 geschrumpft. Der Wert aller erzeugten Waren und Dienstleistungen sank gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,6 Prozent. Verglichen mit dem Vorjahresquartal nahm die Wirtschaftsleistung um 5,8 Prozent ab. Das ergaben indikatorgestützte Berechnungen des Statistischen Landesamtes in Bad Ems.

Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete im zweiten Quartal einen preis-, kalender- und saisonbereinigten Rückgang der Bruttowertschöpfung um drei Prozent. Diese Entwicklung ist auf die Vorleistungs- und Konsumgüterproduzenten zurückzuführen, die kräftige nominale Umsatzeinbußen hinnehmen mussten. Die nominalen Umsätze der

Investitionsgüterproduzenten nahmen im zweiten Quartal zu.

Auch in den Dienstleistungsbereichen sank die Bruttowertschöpfung im zweiten Vierteljahr preis-, kalender- und saisonbereinigt, aber nur leicht um 0,5 Prozent. Einen Umsatzrückgang gegenüber dem Vorquartal verzeichnete der Großhandel und das Gastgewerbe. Die preisbereinigten Erlöse des Einzelhandels und des Kfz-Handels stiegen gegenüber dem Vorquartal.

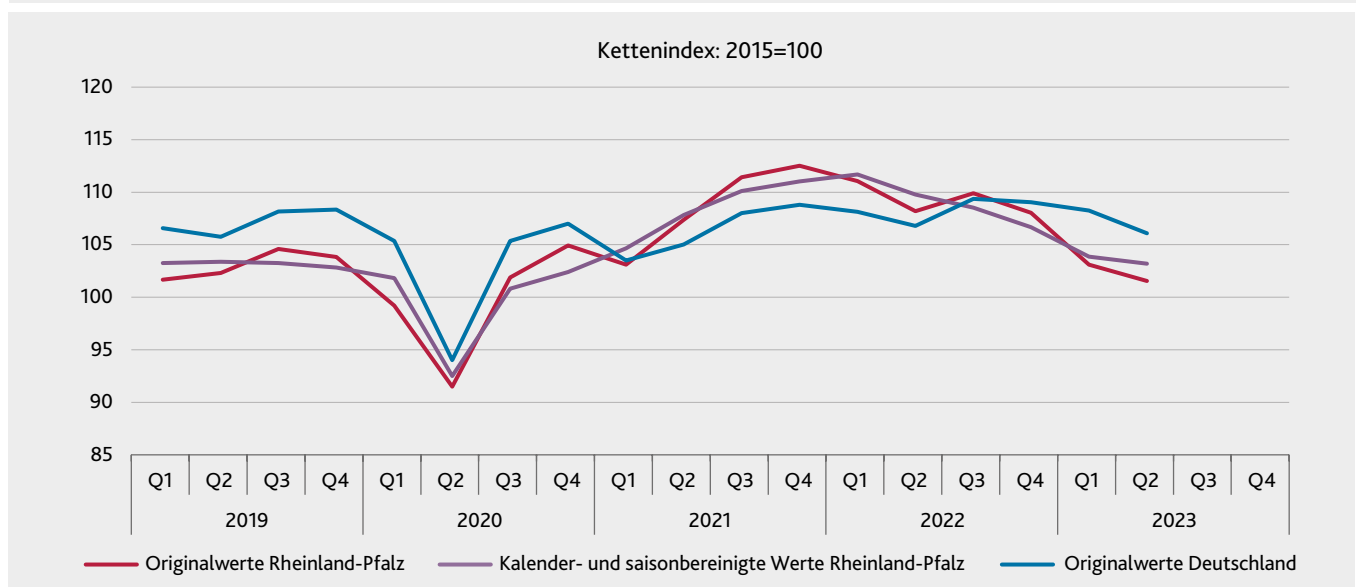
Die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe schrumpfte im zweiten Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt ebenfalls (minus 0,9 Prozent). Hohe Preise für Roh- und Baustoffe sowie hohe Zinsen für Baukredite dürften weiterhin die Nachfrage nach Bauleistungen hemmen.

Konjunkturberichterstattung

Kern der Konjunkturberichterstattung ist die Quartalswachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts, die mit einem statistischen Verfahren indikatorgestützt geschätzt und anschließend kalender- und saisonbereinigt wird. Jahresergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ berechnet. Die Quartalergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz beruhen auf einer ökonometrischen Schätzung, bei der die vom Arbeitskreis ermittelten Jahresergebnisse mithilfe von quartalsweise vorliegenden Indikatoren aus den Unternehmensstatistiken (z. B. Umsätze und Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen) auf die Quartale verteilt werden.

Eine detaillierte Betrachtung der konjunkturellen Lage und Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Baugewerbe, Handel und ausgewählte sonstige Dienstleistungsbereiche) enthält der Bericht „Konjunktur aktuell“. Der Bericht wird vierteljährlich aktualisiert und kann unter www.statistik.rlp.de/de/gesamtwirtschaft-umwelt/konjunktur-aktuell kostenfrei als PDF heruntergeladen werden.

Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2019–2023 nach Quartalen





Daten zur Konjunktur

Indikator	Q4 2022	Q1 2023	Q2 2023	Q4 2022	Q1 2023	Q2 2023
	Veränderung zum Vorquartal in %			Veränderung zum Vorjahresquartal in %		
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	-1,7 ↘	-2,5 ↓	-0,6 ↘	-3,8 ↓	-6,7 ↓	-5,8 ↓
Erwerbstätige	0,2 ↗	0,1 ↗	...	0,9 ↗	0,6 ↗	...
Originalwerte						
Arbeitsmarkt ^{1,2}						
Arbeitslose	-2,8 ↓	7,0 ↑	-1,1 ↘	4,1 ↑	9,2 ↑	8,0 ↑
Gemeldete Stellen	-9,7 ↓	0,4 ↗	-2,3 ↓	3,3 ↑	-3,2 ↓	-9,2 ↓
Verbraucherpreisindex ²						
Insgesamt	0,5	2,4	0,6	7,9	7,4	6,4
ohne Nahrungsmittel und Energie ³	1,2	1,6	1,0	5,2	5,8	5,7
Betriebe und Unternehmen						
Betriebsgründungen	-23,5 ↓	46,2 ↑	-14,9 ↓	-35,0 ↓	-12,7 ↓	-15,9 ↓
Betriebsaufgaben	0,6 ↗	31,5 ↑	-34,7 ↓	-18,9 ↓	-0,6 ↘	-10,8 ↓
Unternehmensinsolvenzen	2,0 ↑	6,6 ↑	3,7 ↑	29,9 ↑	16,5 ↑	7,7 ↑
Außenhandel ⁴						
Ausfuhr	-4,8 ↓	10,2 ↑	-4,4 ↓	6,6 ↑	4,4 ↑	-2,4 ↓
Einfuhr	-1,3 ↘	-1,1 ↘	1,9 ↗	5,4 ↑	1,0 ↗	-5,4 ↓
Gästeübernachtungen ⁵	-42,1 ↓	-32,0 ↓	117,0 ↑	13,0 ↑	25,2 ↑	6,8 ↑
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Auftragseingänge (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	-11,1 ↓	-10,4 ↓	0,7 ↗	-29,4 ↓	-33,4 ↓	-27,6 ↓
Inland	-8,7 ↓	-17,5 ↓	7,8 ↑	-27,9 ↓	-40,5 ↓	-29,1 ↓
Ausland	-12,7 ↓	-5,7 ↓	-3,2 ↓	-30,6 ↓	-28,8 ↓	-26,7 ↓
Chemische Industrie	-12,3 ↓	-16,7 ↓	2,5 ↑	-29,7 ↓	-40,4 ↓	-35,3 ↓
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	-18,6 ↓	5,3 ↑	1,2 ↗	-57,2 ↓	-49,8 ↓	-23,7 ↓
Maschinenbau	-2,2 ↓	-6,3 ↓	7,7 ↑	-18,6 ↓	-21,3 ↓	-7,3 ↓
Bauhauptgewerbe ⁶	13,4 ↑	-2,5 ↓	-1,9 ↘	12,4 ↑	5,8 ↑	4,3 ↑
Produktionsindex (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	-2,6 ↓	-3,1 ↓	-1,4 ↘	-5,5 ↓	-8,0 ↓	-8,3 ↓
Chemische Industrie	-16,7 ↓	7,3 ↑	0,2 ↗	-30,4 ↓	-22,5 ↓	-17,0 ↓
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	-3,6 ↓	1,6 ↗	-5,9 ↓	11,9 ↑	19,9 ↑	-7,1 ↓
Maschinenbau	0,2 ↗	0,1 ↗	-1,0 ↘	3,5 ↑	4,0 ↑	1,9 ↗
Umsatz (nominal)						
Bauhauptgewerbe	-1,6 ↘	-0,4 ↘	1,6 ↗	8,5 ↑	6,8 ↑	3,4 ↑
Ausbaugewerbe ⁷
Sonstige Dienstleistungsbereiche ⁷
Umsatz (preisbereinigt) ⁴						
Großhandel	-0,8 ↘	1,0 ↗	-1,5 ↘	1,0 ↗	1,4 ↗	-0,5 ↘
Einzelhandel	-1,9 ↘	-1,5 ↘	0,2 ↗	-3,4 ↓	-5,8 ↓	-5,6 ↓
Kfz-Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	1,3 ↗	-0,4 ↘	0,8 ↗	1,1 ↗	-0,9 ↘	4,2 ↑

1 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. – 2 Veränderung am Quartalsende. – 3 Die Veränderung dieses Index wird auch als Kerninflation bezeichnet. –

4 Vorläufige Ergebnisse. – 5 Einschließlich Privatquartiere, ohne Camping. – 6 Nominale Auftragseingänge. – 7 Aus methodischen Gründen sind zurzeit keine Angaben möglich.

Die Veränderung beträgt 2% und mehr (↑), zwischen 0 und 2% (↗), zwischen –2 und 0% (↘), –2% und mehr (↓) oder 0 (→).

Stand der Daten: September 2023



Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im September 2023

Der Verbraucherpreisindex lag im September 2023 um 4,5 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Inflationsrate war damit deutlich niedriger als im August (+5,6 Prozent). Teilweise ist der Rückgang auf den Wegfall von Sondereffekten zurückzuführen, die in den vergangenen Monaten die Entwicklung beeinflusst hatten. Im Jahr 2022 wirkte sich das „Neun-Euro-Ticket“ im öffentlichen Personennahverkehr sowie eine verringerte Energiesteuer auf Kraftstoffe („Tankrabatt“) von Juni bis August dämpfend auf die Preise aus. In den Monaten Juni bis August 2023 wurden die Preise für Kraftstoffe und Nahverkehrstickets mit den ermäßigten Preisen des Vorjahres verglichen. Ab September entfällt dieser Einfluss.

Die Preise für Energie lagen im September nur 0,9 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats und stiegen damit weit schwächer als der Verbraucherpreisindex insgesamt. Dazu trug der Rückgang der Kraftstoffpreise bei (-3,4 Prozent). Die Preise

für Haushaltsenergie lagen hingegen 4,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Nahrungsmittelpreise waren wesentlich höher als im Vorjahresmonat (+7,3 Prozent) und wirkten weiterhin inflationstreibend. Besonders stark stiegen die Preise für Zucker, Marmelade, Honig und andere Süßwaren (+16 Prozent). Nur Speisefette und -öle wurden deutlich günstiger (-18 Prozent). Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, belief sich auf +4,6 Prozent. In allen zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindex lagen die Preise über dem Niveau des Vorjahresmonats.

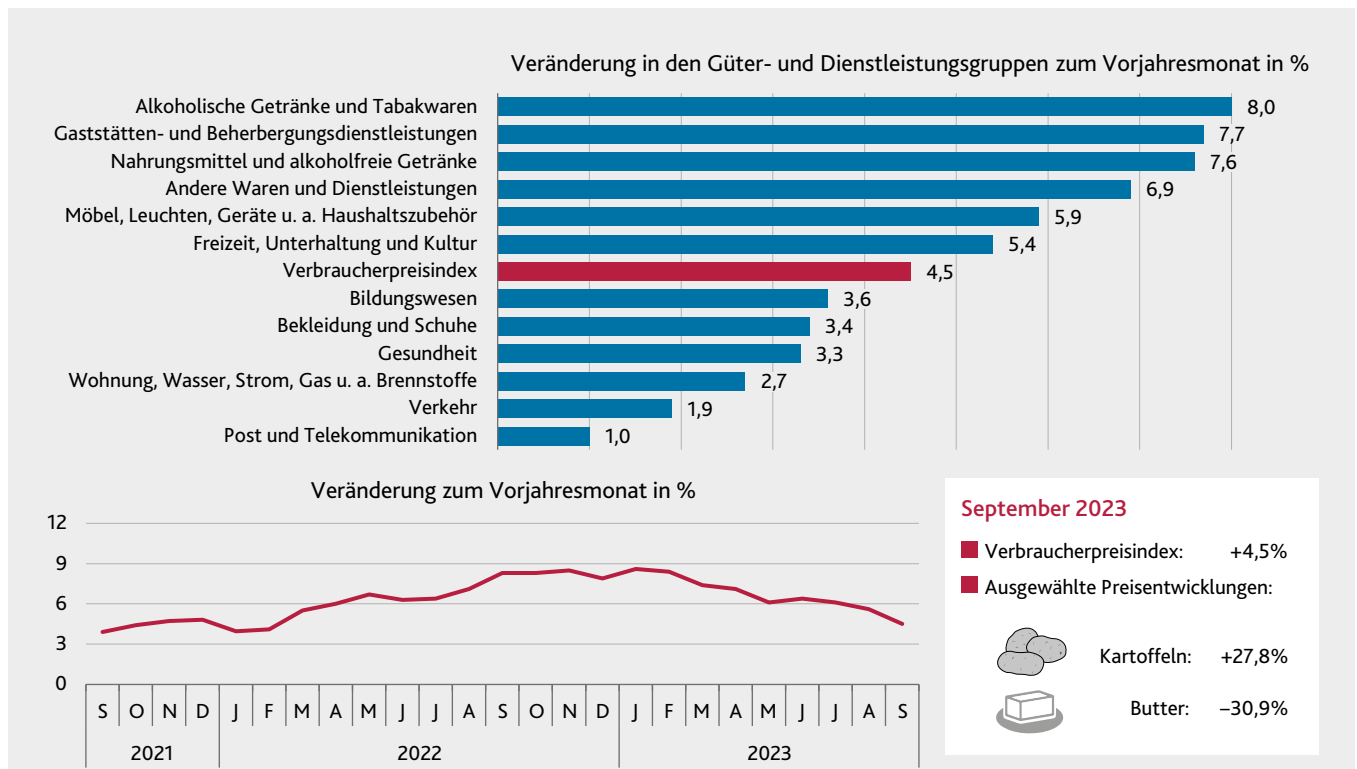
Zum Anstieg des Verbraucherpreisindex um 0,3 Prozent im Vergleich zum Vormonat trugen sieben der zwölf Abteilungen bei. Spürbare Preissteigerungen waren saisonal bedingt bei Bekleidung und Schuhen zu verzeichnen (+3,7 Prozent). Merkbliche Preissenkungen gab es bei „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (-1,1 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in elf rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden 23 Preisermittelnde im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im September 2023



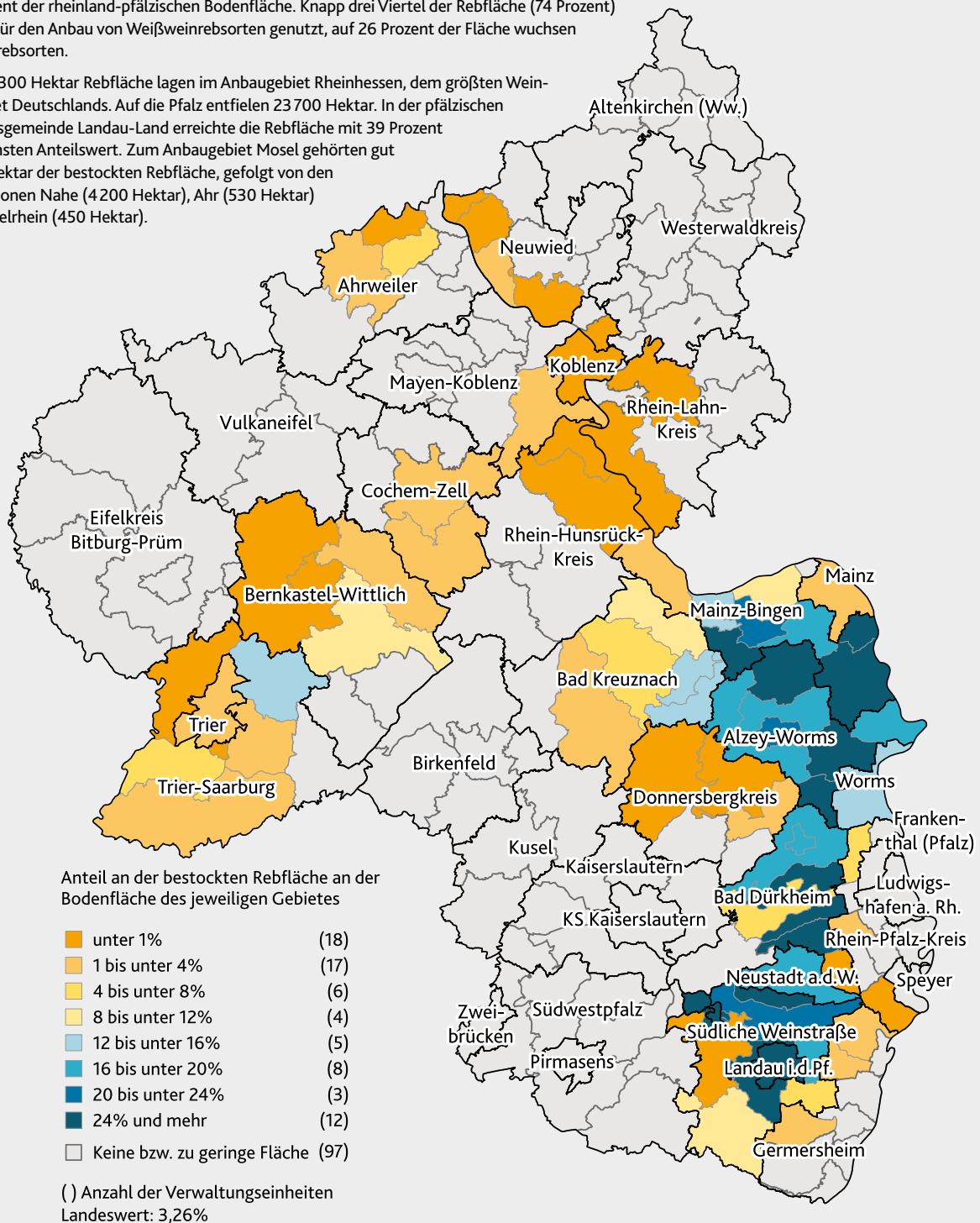


Bestockte Rebfläche 2022

Rund 64 700 Hektar Rebfläche

Rheinland-Pfalz verfügte 2022 über eine bestockte Rebfläche von gut 64 700 Hektar, das entspricht 3,3 Prozent der rheinland-pfälzischen Bodenfläche. Knapp drei Viertel der Rebfläche (74 Prozent) wurden für den Anbau von Weißweinrebsorten genutzt, auf 26 Prozent der Fläche wuchsen Rotweinrebsorten.

Rund 27 300 Hektar Rebfläche lagen im Anbaugebiet Rheinhessen, dem größten Weinbaugebiet Deutschlands. Auf die Pfalz entfielen 23 700 Hektar. In der pfälzischen Verbandsgemeinde Landau-Land erreichte die Rebfläche mit 39 Prozent den höchsten Anteilswert. Zum Anbaugebiet Mosel gehörten gut 8 400 Hektar der bestockten Rebfläche, gefolgt von den Weinregionen Nahe (4 200 Hektar), Ahr (530 Hektar) und Mittelrhein (450 Hektar).





Junge Menschen 2022

Ein Großteil ist noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung



Von Dr. Julia Stoffel

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2022¹ waren knapp 411 000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer im Alter von 15 bis unter 25 Jahren; das entsprach zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund war unter den jungen Menschen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung zwar höher, eigene Migrati-

onserfahrung hatten sie jedoch verhältnismäßig seltener. Die jungen Menschen befanden sich überwiegend noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung, weswegen sie häufig von ihren Eltern oder anderen Angehörigen finanziell abhängig waren. Zudem standen junge Erwerbstätige überdurchschnittlich oft in einem befristeten Arbeitsverhältnis. Die Mehrheit der jungen Menschen lebte noch zu Hause bei mindestens einem Elternteil. Sind sie bereits flügge geworden, lebten sie meistens allein.

Junge Menschen² machen zehn Prozent der Bevölkerung aus

411 000
Rheinland-
Pfälzerinnen
und Rheinland-
Pfälzer zwi-
schen 15 und
25 Jahre alt

Von den gut vier Millionen Menschen, die nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2022 in Hauptwohnsitzhaushalten in Rheinland-Pfalz lebten, waren knapp 411 000 im Alter von 15 bis unter 25 Jahren. Somit lag der Anteil der Jugendlichen dieses Alters an der Gesamtbevölkerung bei zehn Prozent, wobei Jungen und Männer leicht in der Überzahl waren (214 000 bzw. 52 Prozent; Mädchen und Frauen: 197 000 bzw. 48 Prozent).

¹ Erstergebnisse.

² In diesem Beitrag: Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 25 Jahren (stellenweise auch als Jugendliche bezeichnet).

Rund 27 Prozent der jungen Menschen zwischen 15 und 25 Jahren waren noch minderjährig, 30 Prozent im Alter von 18 bis unter 21 Jahren und 43 Prozent gehörten der Gruppe der 21- bis unter 25-Jährigen an.

27 Prozent
minderjährig

Das durchschnittliche Heiratsalter zum Zeitpunkt der ersten Eheschließung belief sich in Rheinland-Pfalz 2022 auf 34,3 Jahre (Männer) bzw. 31,8 Jahre (Frauen).³ Es verwundert also nicht, dass die weit überwiegende Mehrheit der 15- bis unter 25-Jährigen ledig war (96 Prozent), vier Prozent waren bereits verheiratet.

96 Prozent
ledig

³ Die Angaben zum durchschnittlichen Heiratsalter stammen aus der Statistik der Eheschließungen.



85 Prozent Deutsche

Der Großteil der jungen Menschen besaß (auch) die deutsche Staatsangehörigkeit (85 Prozent), 15 Prozent waren Ausländerinnen und Ausländer. Der Ausländeranteil war demzufolge unter den jungen Menschen etwas höher als in der Gesamtbevölkerung (13 Prozent).

37 Prozent mit Migrationshintergrund

Nach der Definition des Mikrozensus hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt. Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählten 2022 knapp 154 000 der 15- bis unter 25-Jährigen. Fast 41 Prozent dieser Jugendlichen wurden im Ausland geboren und waren selbst zugewandert. Die übrigen 59 Prozent wurden in Deutschland geboren, sie hatten demnach keine eigene Migrationserfahrung. Zwar war der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in der Gruppe der 15- bis unter 25-Jährigen mit 37 Prozent etwas höher als in der Gesamtbevölkerung (29 Prozent), eigene Migrationserfahrung hatten die Jugendlichen jedoch verhältnismäßig seltener (41 Prozent gegenüber 64 Prozent).

Ein Drittel der jungen Menschen mit Migrationshintergrund sprach zu Hause ausschließlich Deutsch (33 Prozent), 90 Prozent von ihnen wurden in Deutschland geboren. Etwas mehr als die Hälfte der Jugendlichen mit Migrationshintergrund nutzte im häuslichen Umfeld neben Deutsch mindestens noch eine andere Sprache (51 Prozent). Und gut 15 Prozent der 15- bis unter 25-Jährigen mit Migrationshintergrund sprachen zu Hause kein Deutsch. Hierbei handelte es sich in erster Linie um Personen, die im Ausland geboren wurden und selbst zugewandert waren (95 Prozent).

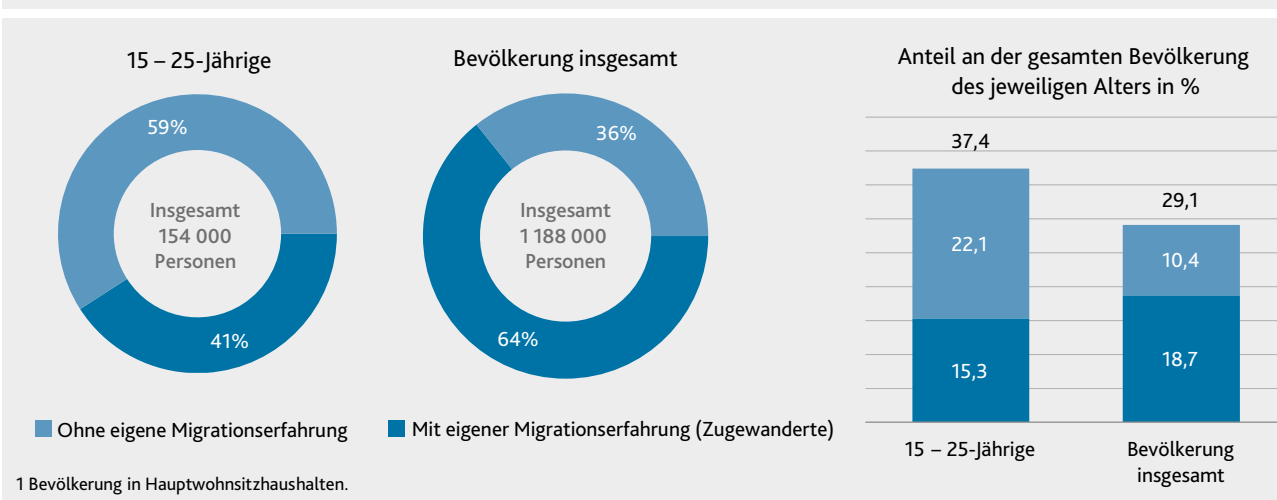
85 Prozent der jungen Menschen mit Migrationshintergrund sprechen zu Hause (auch) deutsch

Mehrheit der jungen Menschen noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung

Während einer von drei Jugendlichen noch die Schulbank drückte – sich also noch in schulischer Ausbildung befand (33 Prozent) – konnten 63 Prozent bereits einen allgemeinbildenden Schulabschluss vorweisen. Die Hälfte derer mit allgemeinem Schulabschluss erwarb die Fachhochschulreife oder das Abitur (50 Prozent). Am zweithäufigsten wurde die Mittlere Reife oder ein gleichwertiger

Ein Drittel noch in schulischer Ausbildung

G1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund¹ 2022 nach Migrationserfahrung und Alter





T1 Junge Menschen¹ 2022 nach Migrationshintergrund

Bevölkerungsgruppe	Bevölkerung	
	1 000	Anteil in %
Menschen ohne Migrationshintergrund	257	62,6
Menschen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne	154	37,4
Zugewanderte (Menschen mit eigener Migrationserfahrung)	63	15,3
Ausländer/-innen mit eigener Migrationserfahrung	53	12,9
Deutsche mit eigener Migrationserfahrung	(10)	(2,3)
Nicht Zugewanderte (Menschen ohne eigene Migrationserfahrung)	91	22,1
Ausländer/-innen ohne eigene Migrationserfahrung	/	/
Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung	83	20,1
Insgesamt	411	100
/ keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
() Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher		
1 Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.		

Abschluss erreicht (33 Prozent), gut 17 Prozent hatten einen Hauptschulabschluss. Der Anteil der jungen Menschen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss belief sich 2022 auf 4,5 Prozent, wobei Jugendliche mit Migrationshintergrund in dieser Gruppe überproportional vertreten waren.

Gut ein Fünftel mit Berufsabschluss

Neben dem Drittel, das noch die Schule besuchte, befanden sich fast nochmal so viele Jugendliche in beruflicher Ausbildung. Das heißt, die Mehrheit der 15- bis unter 25-Jährigen war 2022 noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung (63 Prozent). Gleichwohl verfügte mehr als ein Fünftel der jungen Menschen über einen berufsqualifizierenden Abschluss (21 Prozent): Die Berufsausbildung war hierbei der mit großem Abstand häufigste Bildungsabschluss unter den jungen Menschen (16 Prozent). Einen Fachschulabschluss konnten 2,6 Prozent vorweisen, und drei Prozent der 15- bis unter 25-Jährigen hatten bereits einen akademischen Abschluss erlangt. Allerdings waren unter den Jugend-

lichen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren auch 15 Prozent ohne Berufsabschluss, die sich weder in schulischer noch in beruflicher Ausbildung befanden. Mehr als die Hälfte von ihnen hatte einen Migrationshintergrund (52 Prozent).

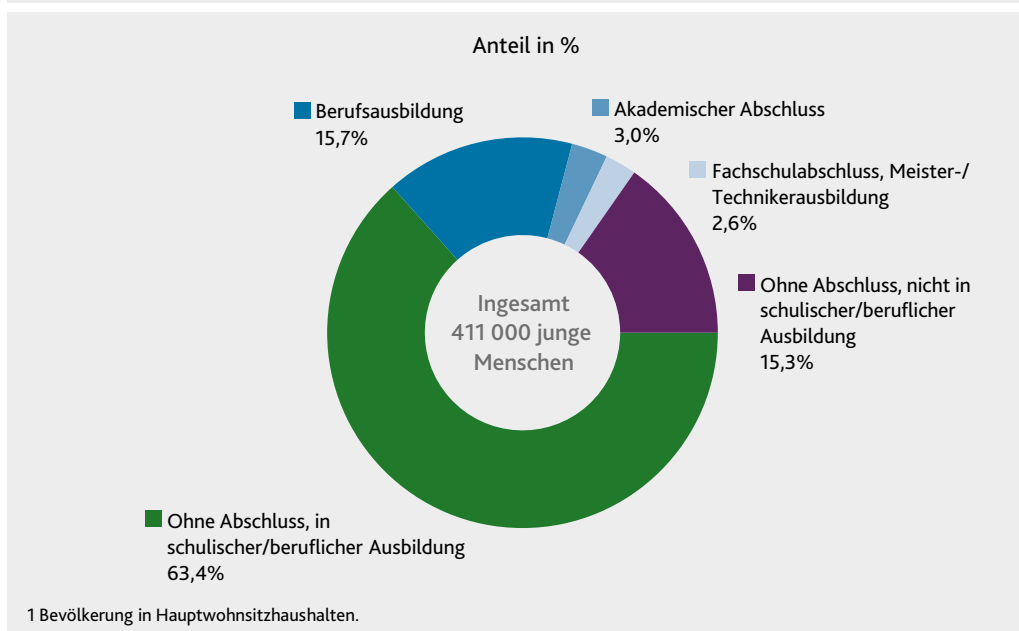
Die Hälfte der Jugendlichen lebt hauptsächlich vom Einkommen Angehöriger

Dass sich die meisten jungen Menschen noch in Schule, Studium oder Ausbildung befinden, schlägt sich auf ihre finanzielle Situation nieder. Jeder zweite Jugendliche im Alter von 15 bis unter 25 Jahren lebte hauptsächlich vom Einkommen der Eltern oder anderer Angehöriger (52 Prozent). Die eigene Erwerbstätigkeit war für 38 Prozent der jungen Menschen die Hauptquelle zur Finanzierung des Lebensunterhalts; sie verdienten ihr Geld also überwiegend selbst. Etwa jeder zehnte junge Mensch bezog sein Haupteinkommen aus öffentlichen Leistungen (9,8 Prozent), wie beispielsweise Sozialgeld, BAföG oder Elterngeld.

38 Prozent verdienen ihr Geld selbst



G2 Junge Menschen¹ 2022 nach beruflichem Bildungsabschluss



Mehr als jeder zweite junge Mensch erwerbstätig

Zweithöchste Erwerbstätigenquote im bundesweiten Vergleich

Grundsätzlich ist das Alter eine wichtige Determinante für die Erwerbstätigkeit. Die Tatsache, dass sich viele der 15- bis unter 25-Jährigen noch in schulischer Ausbildung oder im Studium befinden, spiegelt sich auch in der Erwerbsbeteiligung der jungen Menschen wider. Annähernd 218 000 junge Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer gaben 2022 an, erwerbstätig zu sein. Hierzu zählen beispielsweise auch Schülerinnen und Schüler sowie Studierende, die neben der Schule bzw. dem Studium einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Erwerbstätigenquote, also der Anteil der erwerbstätigen Jugendlichen an der Gesamtzahl der 15- bis unter 25-Jährigen, belief sich auf 53,1 Prozent. Im Bundesländervergleich verzeichnete Rheinland-Pfalz die zweithöchste Erwerbstätigenquote, nur in Bayern waren anteilmäßig mehr Jugendliche erwerbstätig (55,3 Prozent; Deutschland: 50,2 Prozent).

Mit einem Anteil von rund 99 Prozent waren fast alle jungen Erwerbstätigen abhängig beschäftigt. Mehr als die Hälfte von ihnen stand in einem Angestelltenverhältnis (58 Prozent), 29 Prozent waren Auszubildende und 8,6 Prozent zählten zu den Arbeiterinnen und Arbeitern. Der Anteil der Beamtinnen und Beamten belief sich auf vier Prozent.

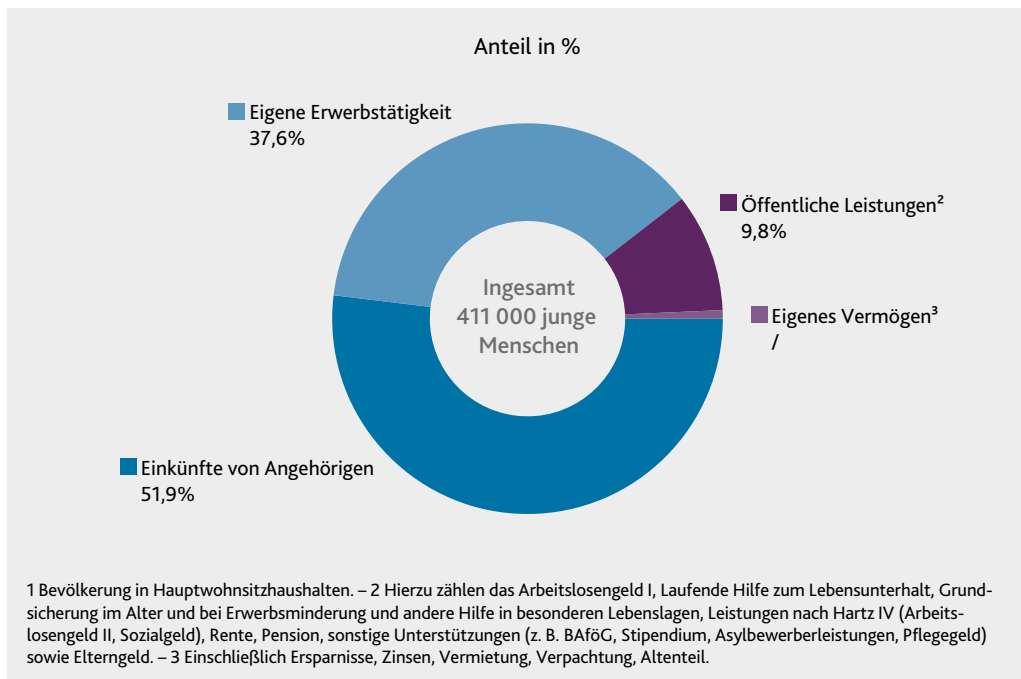
Von den knapp 215 000 abhängig Beschäftigten im Alter von 15 bis unter 25 Jahren gingen gut zwei Drittel einer Vollzeitbeschäftigung nach (69 Prozent), knapp ein Drittel war teilzeitbeschäftigt (31 Prozent).⁴ Das Verhältnis von Vollzeit- zu Teilzeitbeschäftigung unter jungen Menschen entsprach dem Verhältnis aller abhängig Beschäftigten ohne Alterseinschränkung (Vollzeit: 68 Prozent; Teilzeit: 32 Prozent).

Ein Drittel arbeitet in Teilzeit

⁴ Teilzeitbeschäftigte sind Personen, die wöchentlich weniger Stunden arbeiten als in einer in ihrer Branche bzw. in ihrem Betrieb üblichen Vollzeitbeschäftigung. Die Ergebnisse zur Voll- und Teilzeit beruhen auf der Selbsteinschätzung der Befragten.



G3 Junge Menschen¹ 2022 nach überwiegendem Lebensunterhalt



Gründe für
Teilzeitarbeit
variieren

Unterschiede gab es jedoch hinsichtlich der Geschlechterverteilung und den Gründen für die Teilzeittätigkeit. Während 58 Prozent der Teilzeitbeschäftigten zwischen 15 und 25 Jahren weiblich waren, belief sich der Frauenanteil unter allen Teilzeitbeschäftigten auf 80 Prozent. Nach dem Hauptgrund für die Teilzeitarbeit befragt, gaben 71 Prozent der jungen Teilzeitbeschäftigten die Schulausbildung, das Studium oder sonstige Aus- und Fortbildungen an (Teilzeitbeschäftigte insgesamt: zwölf Prozent). Für die Gruppe der Teilzeitbeschäftigten insgesamt waren vor allem der Wunsch, Teilzeit zu arbeiten, sowie die Betreuung von Kindern die häufigsten Gründe für eine Teilzeittätigkeit.

Junge Menschen verhältnismäßig oft atypisch beschäftigt

Kernerwerbstätige sind Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die sich

nicht in schulischer oder beruflicher (Aus-) Bildung oder in einem Freiwilligendienst bzw. im freiwilligen Wehrdienst befinden. Neben den abhängig Erwerbstätigen in Normalarbeitsverhältnissen bzw. in atypischer Beschäftigung zählen hierzu auch Selbstständige und mithelfende Familienangehörige. Atypisch Beschäftigte sind – in Abgrenzung zu Normalarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern – abhängig Beschäftigte, auf deren Haupttätigkeit mindestens eines der folgenden Kriterien zutrifft: Teilzeitbeschäftigung mit bis zu 20 Arbeitsstunden je Woche, geringfügig oder befristete Beschäftigung sowie Zeitarbeitsverhältnisse.

Junge Menschen relativ oft befristet beschäftigt

Von den 218 000 Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren zählten 88 000 zu den Kernerwerbstätigen. Fast ein Drittel dieser Beschäftigten war atypisch beschäftigt

Formen der
atypischen
Beschäftigung
sind nicht
trennscharf



Beteiligung am Erwerbsleben

Nach dem im Mikrozensus angewandten Labour-Force-Konzept der International Labour Organisation (ILO) gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) und Nichterwerbspersonen.

Erwerbstätige sind alle Personen im Alter ab 15 Jahren, die im Berichtszeitraum mindestens eine Stunde gegen Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (Arbeitnehmer/-innen einschließlich Soldatinnen und Soldaten), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben, einen freien Beruf ausüben oder als mithelfende Familienangehörige im Betrieb eines Familienmitglieds mitarbeiten, ohne dafür Lohn oder Gehalt zu beziehen. Daneben gelten auch Personen als erwerbstätig, die vorübergehend nicht arbeiten, sofern sie formell mit ihrem Arbeitsplatz verbunden sind (z. B. wegen Urlaub oder Krankheit).

Erwerbslose sind Personen ohne Erwerbstätigkeit, die sich in den letzten vier Wochen

aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie bei einer Arbeitsagentur als Arbeitslose gemeldet sind. Bei Zeitvergleichen ist zu beachten, dass das Verfügbarkeitskriterium bei den veröffentlichten Erwerbslosenzahlen der Mikrozensusdaten erst ab 2005 berücksichtigt wird.

Nichterwerbspersonen sind Personen, die nach dem ILO-Konzept weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind. Es handelt sich um Personen, die keine – auch keine geringfügig – auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen. Personen unter 15 Jahren zählen grundsätzlich zu den Nichterwerbspersonen.

Die **Erwerbstätigenquote** ist der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung (der gleichen Altersgruppe).

Die **Erwerbslosenquote** gibt den Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an.

Mehr als ein Fünftel hat befristeten Arbeitsvertrag

(31 Prozent). Damit lag der Anteil der atypisch Beschäftigten in der jungen Altersgruppe wesentlich höher als bei allen Beschäftigten unabhängig vom Alter (21 Prozent). Dies lag vor allem daran, dass die befristete Beschäftigung unter jungen Menschen deutlich weiter verbreitet war als unter abhängig Beschäftigten insgesamt. Mehr als ein Fünftel der 15- bis unter 25-jährigen abhängig Beschäftigten hatte 2022 einen befristeten Arbeitsvertrag (21 Prozent) gegenüber 6,8 Prozent der abhängig Beschäftigten insgesamt.

Jugenderwerbslosigkeit auf bundesweitem Niveau

Rund 15 000 der 15- bis unter 25-jährigen waren 2022 ohne Erwerbstätigkeit, hatten aber nach einer auf Erwerb gerichteten Tätigkeit gesucht. Bezogen auf die Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) derselben Altersgruppe ergab sich eine Jugenderwerbslosenquote der 15- bis unter 25-jährigen von 6,3 Prozent. Damit lag die Jugenderwerbslosigkeit nur minimal über dem bundesweiten Durchschnitt (6,2 Prozent).

6,3 Prozent der 15- bis unter 25-jährigen erwerbslos



T2 Junge Erwerbstätige¹ 2022 nach einzelnen Erwerbsformen

Erwerbsform	Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 25 Jahren
Insgesamt	218
Kernerwerbstätige ^{2,3}	88
darunter:	
Abhängig Beschäftigte	86
Normalarbeitnehmer/-innen	59
Atypisch Beschäftigte	27
und zwar:	
Befristet Beschäftigte	18
Teilzeitbeschäftigte mit bis zu 20 Wochenstunden	(10)
Geringfügig Beschäftigte	(7)
Zeitarbeitnehmer/-innen	/
Sonstige Erwerbstätige in Bildung oder Ausbildung	130
/ Keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug	
() Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher	
¹ Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten. – ² Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ohne Personen in Bildung oder Ausbildung und ohne Personen im freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst. – ³ Einschließlich Selbstständige und mithelfende Familienangehörige.	

Wie leben junge Menschen?

Die meisten Kinder leben in Familien mit verheirateten Eltern

Der Großteil der jungen Menschen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren lebte 2022 als Kind⁵ mit mindestens einem Elternteil in einer Familie (73 Prozent) zusammen.⁶ Fast drei Viertel der rund 298 000 Kinder wuchsen bei Ehepaaren auf (73 Prozent), gut ein Fünftel lebte bei einem alleinerziehenden Elternteil (21 Prozent), und 5,4 Prozent der Kinder wurden in einer Lebensgemeinschaft groß.

Zwei Drittel der Kinder wächst mit Geschwistern auf

Rund zwei Drittel der Kinder im Alter von 15 bis unter 25 Jahren lebte mit mindestens einem Bruder oder einer Schwester zusammen in einem Haushalt (68 Prozent). Dabei spielt es keine Rolle, ob es leibliche Geschwis-

ter, Adoptiv- oder Stiefgeschwister sind; außerhalb des Haushalts lebende Geschwister werden hingegen nicht betrachtet. Die meisten Kinder hatten genau ein Geschwisterkind (44 Prozent), 15 Prozent hatten zwei Geschwister. In einer großen Familie mit drei und mehr Geschwistern wuchsen 8,7 Prozent der Kinder auf. Fast ein Drittel der 15- bis unter 25-jährigen Kinder lebte ohne Geschwister im Haushalt der Eltern (32 Prozent).

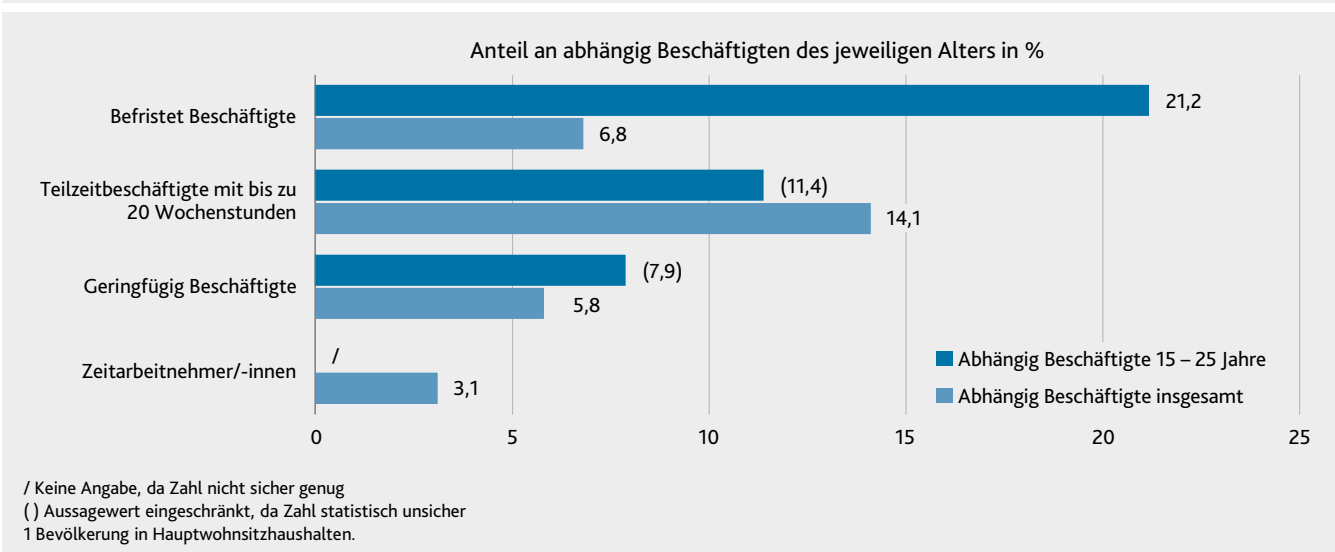
Mit dem Alter der jungen Menschen sinkt der Anteil derer, die zu Hause leben

Es liegt auf der Hand, dass insbesondere minderjährige Kinder noch im Haushalt der Eltern wohnen; von den 15- bis unter 18-jährigen traf dies auf 98 Prozent zu. Für viele junge Menschen gehört jedoch früher oder später der Auszug aus dem Elternhaus zum Erwachsenwerden dazu. Mit dem Alter der jungen Menschen sinkt der Anteil derer, die noch im elterlichen Haushalt wohnen

98 Prozent der 15- bis unter 18-jährigen leben bei den Eltern

⁵ Kinder sind Personen ohne Lebenspartnerin oder Lebenspartner und ohne eigene Kinder im Haushalt, die mit mindestens einem Elternteil in einer Familie zusammenleben. Als Kinder gelten im Mikrozensus – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder, sofern die zuvor genannten Voraussetzungen vorliegen.

⁶ Diese und die folgenden Auswertungen beziehen sich auf die Bevölkerung in Familien/Lebensformen in Hauptwohnsitzhaushalten.

G4 Kernerwerbstätige¹ 2022 nach Formen der atypischen Beschäftigung und Alter

bzw. steigt der Anteil derjenigen, die außerhalb des eigenen Elternhauses leben.

Mit 18 Jahren lebten noch 93 Prozent der gerade Volljährigen als Kind bei den Eltern. Mit 21 Jahren wohnten weniger als zwei Drittel (62 Prozent) und mit 23 Jahren deutlich weniger als die Hälfte (40 Prozent) der jungen Menschen noch im Elternhaus.

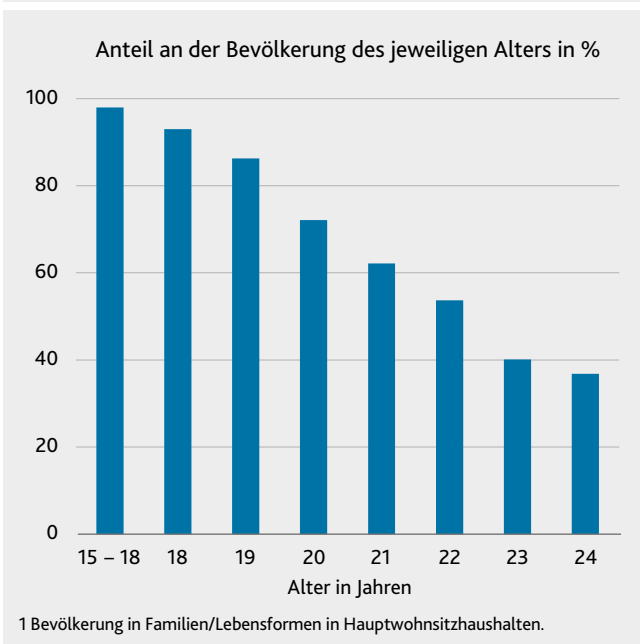
Töchter verlassen das Elternhaus früher als Söhne

Insgesamt war gut ein Viertel der 15- bis unter 25-Jährigen bereits bei den Eltern ausgezogen (27 Prozent), wobei es deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern gab. Während 30 Prozent der Frauen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren bereits das Elternhaus verlassen hatten, belief sich dieser Anteil unter den gleichaltrigen Männern auf 25 Prozent. Demnach zogen Töchter durchschnittlich früher von zuhause aus als Söhne.

Jeder Zehnte junge Mensch wohnt allein

Wenn junge Menschen flügge werden, in welchen Lebensformen leben sie? Am häufigsten wohnten die 15- bis unter 25-Jährigen, die

G5 Junge Menschen¹, die im Haushalt der Eltern leben 2022 nach Alter



bereits zu Hause ausgezogen waren, allein, d. h. in einem Einpersonenhaushalt⁷. Im Jahr 2022 traf dies auf jeden zehnten Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren zu (zehn Prozent). Dies bedeutet jedoch nicht

3,9 Prozent der 15- bis unter 25-Jährigen sind Eltern

⁷ Personen, die allein wohnen und wirtschaften.



Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus“ stellt als Ein-Prozent-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Neben der seit 1996 integrierten europäischen Arbeitskräfteerhebung wird seit dem Erhebungsjahr 2020 auch die bisher separat durchgeführte europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen im Mikrozensus erhoben. Die Befragung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten ist seit dem Erhebungsjahr 2021 ebenfalls Bestandteil des Mikrozensus. Durch die Integration dieser neuen Bestandteile ergeben sich viele neue Auswertungsmöglichkeiten. Der neugestaltete Mikrozensus ist jedoch auch mit methodischen Änderungen verbunden. Neben dem Fragenprogramm wurden die Konzeption der Stichprobe, sowie mit der Einführung eines Online-Fragebogens auch die Form der Datengewinnung verändert.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zur Erwerbstätigkeit und zum Bildungsstand. In vierjährigen Abständen werden zudem themenspezifische Zusatzprogramme (u. a. zum

Pendlerverhalten und zur Wohnsituation der Bevölkerung) erhoben.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 20 000 Haushalte mit rund 42 000 Personen in die Erhebung einbezogen, die zum Teil zweimal pro Jahr befragt werden.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse, denen eine geringe Fallzahl zugrunde liegt (70 oder weniger), nicht veröffentlicht und Ergebnisse, denen 71 bis unter 120 Fälle zugrunde liegen, in veröffentlichten Tabellen in Klammern gesetzt.

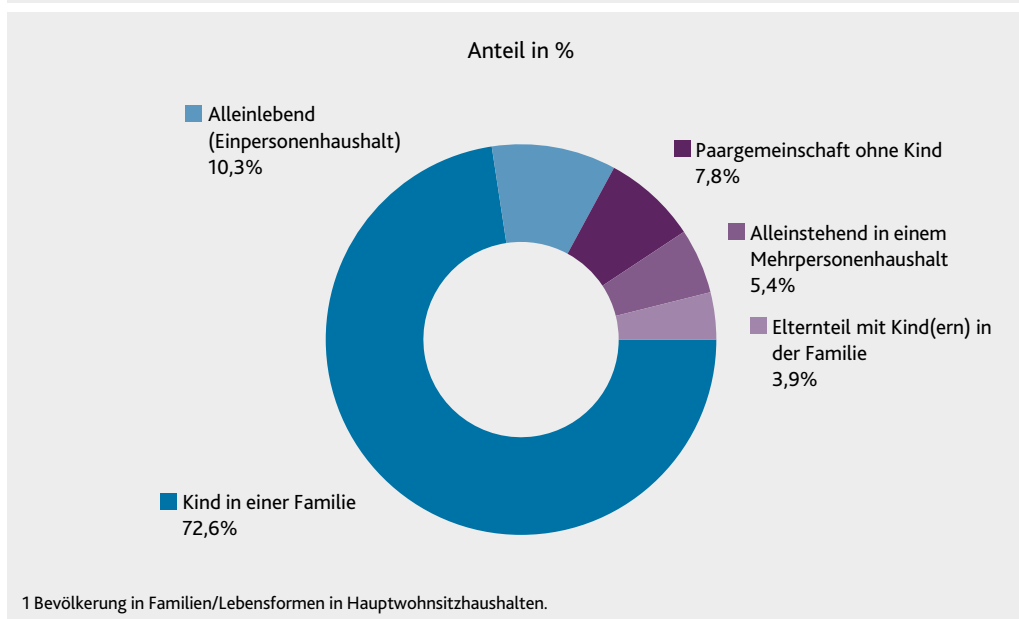
Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung. Die Entwicklungen von Haushalten und Lebensformen der Bevölkerung folgen im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen.

Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte waren bis zum Mikrozensus 2015 Fortschreibungen der Volkszählung 1987 (für die alten Bundesländer) und des zentralen Einwohnerregisters der DDR 1990 (für die neuen Bundesländer). Seit 2016 basiert die Auswahl der Stichprobe auf den fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen des Zensus 2011. Darüber hinaus werden Veränderungen des Gebäudebestandes in Folge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Die aktuelle gesetzliche Grundlage des Mikrozensus ist das Mikrozensusgesetz (MZG), das am 1. Januar 2017 in Kraft



G6 Junge Menschen¹ 2022 nach Lebensformen



notwendigerweise, dass diese Menschen partnerlos waren. So können sich zwei Menschen als Paar betrachten, aber in getrennten Haushalten leben. In einer Paargemeinschaft ohne Kind (und einem gemeinsamen Haushalt) lebten 7,8 Prozent der jungen Menschen. Als Alleinstehende bzw. als Alleinstehender in einem Mehrpersonenhaushalt⁸ wohnten 5,4 Prozent der 15- bis unter 25-Jährigen. Als Elternteil – in einer Ehe oder Lebensgemeinschaft bzw. alleinerziehend – mit Kind bzw. Kindern in der Familie lebten 3,9 Prozent der jungen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer.

Fazit

Die amtliche Statistik verfügt mit dem Mikrozensus über eine wichtige Datenquelle zu den Lebens- und Arbeitsverhältnissen der Bevölkerung.

⁸ Zusammen wohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft.

Im Jahr 2022 waren in Rheinland-Pfalz 411 000 Menschen und damit zehn Prozent der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 25 Jahren. Die Mehrheit der jungen Menschen befand sich noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung, was sich unter anderem in der finanziellen Abhängigkeit von Eltern oder anderen Angehörigen widerspiegelte. Gleichwohl ging mehr als die Hälfte der Jugendlichen einer Erwerbstätigkeit nach. Der Anteil der atypisch – insbesondere befristet – Beschäftigten war unter den jungen Menschen überdurchschnittlich hoch.

Der Großteil der jungen Menschen lebte noch als Kind mit mindestens einem Elternteil in einer Familie. Die meisten von ihnen wuchsen mit Geschwistern im Haushalt auf. Waren die jungen Menschen bereits von zu Hause ausgezogen, lebten sie am häufigsten allein.

Dr. Julia Stoffel ist Referentin im Referat „Private Haushalte“.

Bevölkerung 2022

Hohe Zuwanderung sorgt für deutliches Bevölkerungswachstum



Von Britta Müller

Ende 2022 lebten 4 159 150 Personen in Rheinland-Pfalz. Wie in den Vorjahren überstieg im Jahresverlauf die Zahl der Sterbefälle die Geburtenzahl. Im gleichen Zeitraum sind deutlich mehr Menschen ins Bundesland zu- als fortgezogen. Der sich daraus ergebende Wanderungsüberschuss, der zu einem großen Teil auf Zuwanderung aus der Ukraine zurückzuführen ist, konnte das Geburtendefizit mehr als ausgleichen. Dadurch ergibt sich binnen Jahresfrist ein Bevölkerungszuwachs von 1,3 Prozent. Bevölkerungsgewinne waren in allen kreisfreien Städten und Landkreisen zu verzeichnen.

Bevölkerungszahl zum elften Mal in Folge gestiegen

Knapp 52 700 Menschen mehr gegenüber dem Vorjahr

Ende des Jahres 2022 lebten 4 159 150 Personen mit alleinigem Wohnsitz bzw. Hauptwohnsitz in Rheinland-Pfalz. Das sind so viele Einwohnerinnen und Einwohner wie noch nie zuvor in der 75-jährigen Landesgeschichte. Die Einwohnerzahl ist damit zum elften Mal in Folge gestiegen. Die Bevölkerungszahl liegt um 52 665 Personen über dem Vorjahreswert (+1,3 Prozent). Seit dem Zensus 2011 hat sich die Zahl der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer um 4,2 Prozent erhöht. In den Jahren 2015 und 2022 gab es die deutlichsten Zuwächse.

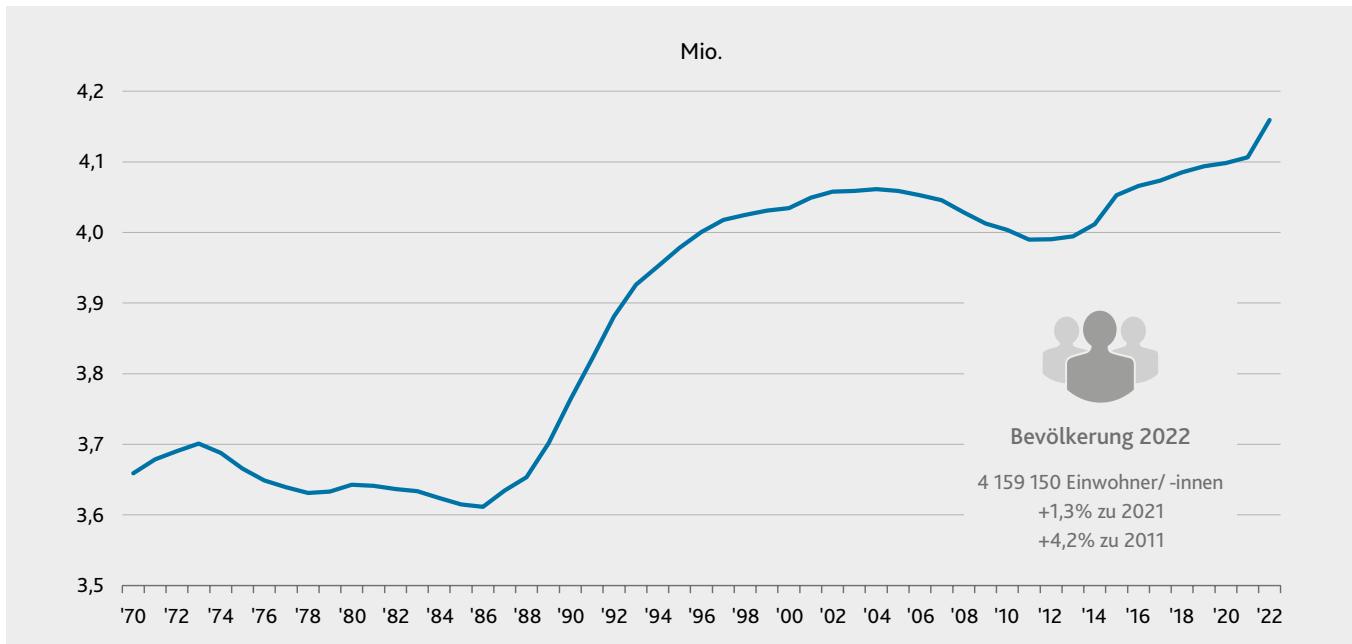
Die statistische Ermittlung der Bevölkerungszahl am Ende eines Jahres erfolgt auf Basis

der monatlichen Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. Bei dieser sind die im Monatsverlauf stattgefundenen natürlichen Bevölkerungsbewegungen (Geborene und Gestorbene) und räumlichen Bevölkerungsbewegungen (Wanderungen, d. h. Zu- und Fortzüge) einschließlich der von den Meldebehörden eingehenden Korrekturmeldungen zu berücksichtigen, mit denen in Vormonaten bzw. -jahren erfolgte Mitteilungen ergänzt bzw. berichtigt werden. Nur in größeren Zeitabständen werden die Bevölkerungszahlen im Rahmen von Großzählungen, dem sogenannten Zensus, festgestellt. Deren Ergebnisse dienen dann gewissermaßen als inventurbereinigte Basis für die laufende Fortschreibung in den Folgemonaten und -jahren bis zum nächsten Zählungstichtag.

Ermittlung der Bevölkerungszahl basiert auf laufender Fortschreibung des Bevölkerungsstands



G1 Bevölkerungsentwicklung 1970–2022



Zensus 2011 ist
zurzeit noch
Fortschrei-
bungsgrund-
lage

Zurzeit bildet noch der Zensus 2011 die Grundlage für die monatliche Bevölkerungsfortschreibung. Dieser Zählungsbestand wurde unter Verrechnung der seit dem 9. Mai 2011 stattgefundenen Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungen inzwischen bis Ende 2022 laufend fortgeschrieben. Im Jahr 2022 erfolgte mit Stichtag 15. Mai erneut ein Zensus. Dieser wird künftig, nach Auswertung und Feststellung der Ergebnisse, die Grundlage für eine Bevölkerungsberechnung bieten. Im Zuge der Umstellung der Bevölkerungsfortschreibung auf eine neue Datenbasis werden auch die zurzeit vorliegenden Bevölkerungsbestandszahlen, die diesem Beitrag zugrunde liegen, revidiert. Diese Revision der 2022er-Bestandszahlen wird sukzessive nach der Veröffentlichung der neuen Zensusergebnisse voraussichtlich ab Frühjahr 2024 erfolgen. Betroffen hiervon sind allerdings nur die Angaben zu den Bevölkerungsbeständen, nicht aber Ergebnisse zu den im Jahresverlauf stattgefundenen

Geburten, Sterbefällen, Zu- und Fortzügen. Über diese wird im Folgenden berichtet.

Wie in den vorangegangenen Jahren auch, lag die Zahl der im Jahr 2022 Gestorbenen deutlich über der Zahl der Lebendgeborenen. Das Geburtendefizit betrug rund 17 200 Personen und hat sich damit gegenüber dem Vorjahreswert (rund 11 900) stark erhöht. Diesem negativen Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung steht ein positiver Wanderungssaldo gegenüber. Im Jahr 2022 sind knapp 70 500 Personen mehr nach Rheinland-Pfalz zugezogen als über die Landesgrenzen fortzogen. Der Zuwanderungsüberschuss fiel damit deutlich höher aus als jeweils in den Vorjahren. Er lässt sich vor allem auf Zuwanderung aus dem Ausland, insbesondere aus der Ukraine, zurückführen. Der Wanderungssaldo übertraf das Geburtendefizit um rund 53 300 Personen und sorgte binnen Jahresfrist für einen erheblichen Bevölkerungszuwachs.

Wanderungs-
überschuss
übertrifft Ge-
burtendefizit
deutlich



Am Jahresende lebten hierzulande neben 3 593 124 Menschen deutscher auch 566 026 Menschen nicht deutscher Staatsangehörigkeit. Dies sind 64 888 nicht deutsche Personen mehr als im Jahr 2021 (+13 Prozent). Ihr Anteil an der Bevölkerung ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Prozentpunkte auf 13,6 Prozent gestiegen. Der Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung lag Ende 2022 demnach bei 86,4 Prozent. Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner mit deutscher Staatsangehörigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozent verringert (–12 223).

Eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Komponenten der Bevölkerungsfortschreibung nach Nationalität zeigt, dass der Bevölkerungszuwachs 2022, wie auch schon in den Vorjahren, im Wesentlichen auf die Zuwanderung nicht deutscher Personen sowie auf die Altersstruktur und das Geburtenverhalten dieser Bevölkerungsgruppe zurückzuführen ist. Hierauf wird im Folgenden näher eingegangen.

Weiterhin mehr Gestorbene als Geborene

Zahl der Lebendgeborenen geht zurück

Im vergangenen Jahr brachten rheinland-pfälzische Frauen deutscher sowie nicht deutscher Nationalität 36 731 Kinder zur Welt. Die Zahl der Neugeborenen lag damit deutlich unter der des Vorjahres (–5 Prozent). Eine Ursache für den im Vorjahresvergleich starken Rückgang der Geborenenzahlen ist, dass im Jahr 2021 die höchste Neugeborenenzahl seit über zwanzig Jahren vermeldet wurde. Kinder, die 2021 zur Welt gekommen sind, wurden überwiegend im Jahr 2020 zu Beginn der Coronapandemie gezeugt. Neugeborene des Jahres 2022 hingegen im zweiten oder dritten Coronajahr. Es

ist nicht auszuschließen, dass sich die andauernde Pandemie und unter anderem die damit verbundene angespannte wirtschaftliche Lage negativ auf die Familienplanung ausgewirkt hat. Die Zahl der im Jahr 2022 Neugeborenen lag nicht nur deutlich unter dem Vorjahreswert, sondern auch unter den Geburtenzahlen der der Pandemie vorausgegangenen Jahre, jedoch über den Werten der Jahre 2001 bis 2015.

Die Geburtenzahl wird durch zwei Faktoren bestimmt: die Geburtenneigung und die Zahl der Frauen im sogenannten gebärfähigen Alter (Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren). Diese Zahl der „potenziell Gebärenden“ nimmt seit Mitte der 1990er-Jahre tendenziell ab. Ursächlich für diesen Trend ist die seit Ende der 1960er-Jahre deutlich gesunkene Geburtenrate. Die im Vorfeld zur Welt gekommenen „Babyboomer“, d. h. die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre, sind inzwischen längst aus ihrer reproduktiven Phase herausgewachsen. Die nachfolgenden Alterskohorten sind wegen der in den Folgejahrzehnten gesunkenen Anzahl der Geburten wesentlich schwächer besetzt. In den vergangenen 20 Jahren hat sich infolge dessen die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter um rund 14 Prozent verringert. Allerdings hat sich der Abwärtstrend in den letzten Jahren etwas abgeschwächt. In den Jahren 2015, 2018 und 2021 nahm die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter jeweils leicht zu. Einerseits sind die Töchter der „Babyboomer“ nun selbst im gebärfähigen Alter, andererseits wanderten Frauen dieser Altersgruppe aus dem Ausland zu. Für das Jahr 2022 ist ein deutlicher Anstieg (+13 841) der Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren zu verzeichnen. Dieser ist überwiegend auf die Zuwanderung von Geflüchteten aus der Ukraine zurück-

Mehr Frauen im gebärfähigen Alter



zuführen und bildet demnach voraussichtlich keine Grundlage für eine dauerhafte Trendumkehr.

Neben der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter ist für die Geburtenzahl auch die Geburtenneigung entscheidend. Diese lässt sich statistisch mittels der Geburtenrate beschreiben. Dieser Indikator gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Durchschnitt im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 44 Jahren im jeweils betrachteten Jahr. Um den Bestand der Bevölkerung zu erhalten, müsste jede Frau durchschnittlich 2,1 Kinder gebären. Seit Anfang der 1970er-Jahre liegt die Geburtenrate aber deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau. Sie schwankte ab Mitte der 1970er-Jahre zunächst um Werte von rund 1,4 Kindern je Frau, stieg dann zwischen 2011 und 2016 auf einen Wert von rund 1,6 Kindern je Frau an und verharrt seither in etwa dieser Größenordnung. Für das Jahr 2022 ergibt sich eine Geburtenrate von rund 1,5 Kinder je Frau.

Höhere
Geburtenrate
bei Frauen mit
ausländischer
Staatsbürgerschaft

Eine Differenzierung nach Nationalität zeigt hinsichtlich der Geburtenneigung große Unterschiede zwischen Frauen mit deutscher und ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Seit dem Jahr 2014 bewegt sich die Geburtenrate der Rheinland-Pfälzerinnen mit deutscher Staatsbürgerschaft zwischen 1,4 und 1,5 Kindern je Frau. Für das Jahr 2022 ergibt sich für diese Personengruppe ein Wert von 1,4 Kindern je Frau. Dieser liegt deutlich unter der Geburtenrate der Frauen ausschließlich nicht deutscher Staatsbürgerschaft (2,1 Kinder je Frau). Über die letzten zehn Jahre gesehen weisen Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit eine deutlich höhere Geburtenneigung auf als deutsche Frauen. Insbesondere in den Jahren 2015 und 2016 ist ein deutli-

cher Anstieg der Geburtenrate nicht deutscher Frauen zu verzeichnen. Dies ist wohl in erster Linie damit zu begründen, dass ein großer Teil der in den letzten Jahren zugewanderten Frauen aus Gesellschaften mit besonders hohen Geburtenraten kommt. Auf die als Folge des Ukraine-Krieges zugewanderten Frauen im gebärfähigen Alter trifft dies jedoch nicht zu. Die Geburtenhäufigkeit von Ukrainerinnen lag seit 2017 sogar noch etwas niedriger als die Geburtenhäufigkeit deutscher Rheinland-Pfälzerinnen.¹ Daher ist durch die Zuwanderung ukrainischer Frauen, selbst wenn diese mittelfristig hier ansässig bleiben, nicht mit einem Anstieg der Geburtenrate zu rechnen.

Im Jahr 2022 starben landesweit 53 936 Menschen. Die Zahl der Sterbefälle ist im Vergleich zum Vorjahr um 3 367 Personen (+6,7 Prozent) gestiegen. Wie die Geburtenzahl wird auch die Zahl der Gestorbenen, soweit keine vorzeitige Sterblichkeit durch Grippe- oder sonstige pandemische Wellen ausgelöst wird, maßgeblich durch die Altersstruktur der Bevölkerung bestimmt, insbesondere durch die steigende Anzahl älterer Menschen. Beispielsweise nahm die Zahl der 80-Jährigen und Älteren seit 2012 um fast 33 Prozent zu.

Rund 3 400
mehr Gestorbene
als im
Vorjahr

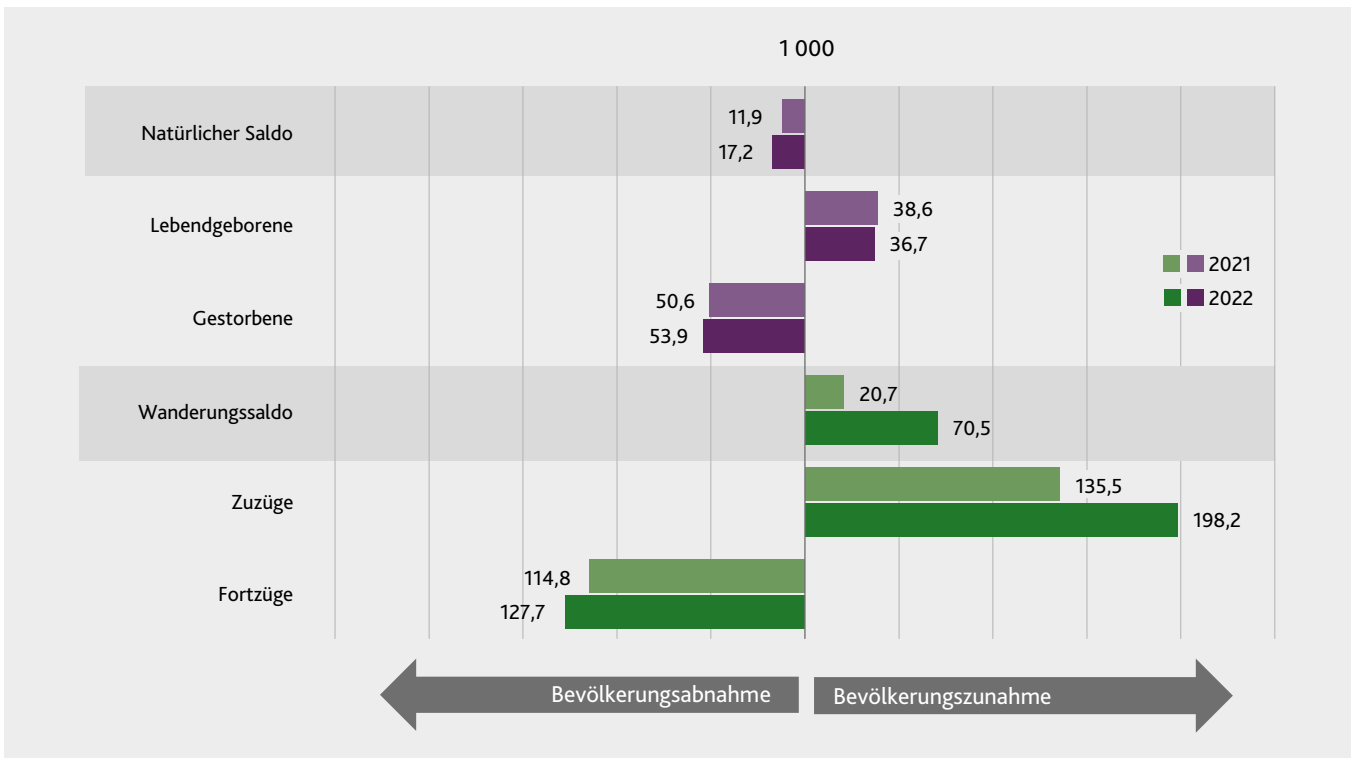
In der Summe übertraf die Zahl der Gestorbenen die Zahl der Lebendgeborenen um rund 17 200 Personen. Das Geburtendefizit hat sich damit gegenüber dem Vorjahr (rund 11 900) deutlich erhöht. Bereits seit 1972 ist die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung – mit nur einer Ausnahme Anfang der 1990er-Jahre – negativ, d. h. seitdem sterben in Rheinland-Pfalz Jahr für Jahr mehr Menschen als Kinder geboren werden.

Geburten-
defizit von
rund 17 200

¹ <https://databank.worldbank.org/reports.aspx?source=2&series=SP.DYN.TFRT.IN&country=UKR>
[abgerufen am: 04.10.2023]



G2 Natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegungen 2021 und 2022



Deutlich mehr Zu- als Fortzüge

Wanderungssaldo
höher als
2015

Im Jahr 2022 zogen 198 156 Personen über die Landesgrenzen nach Rheinland-Pfalz zu. Das sind 46 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch die Zahl der Fortzüge über die Landesgrenzen erhöhte sich gegenüber dem Jahr 2021, und zwar um elf Prozent auf 127 657. Daraus ergibt sich ein positiver Wanderungssaldo von 70 499 Personen. Der Zuwanderungsgewinn übertrifft damit den bisherigen Spitzenwert von 52 129 Personen aus dem Jahr 2015, dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise.

Während im vergangenen Jahr mehr Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit aus Rheinland-Pfalz fort- als zugezogen sind (-811), wiesen die Ausländerinnen und Ausländer einen positiven Wanderungssaldo auf (+71 310). Der Wanderungsüberschuss im Jahr 2022 ist somit ausschließlich auf die

Wanderungsbilanz der Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft zurückzuführen.

In andere Regionen Deutschlands zog es im vergangenen Jahr 68 421 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer deutscher und nicht deutscher Nationalität. Dem stehen 71 712 Zuzüge aus anderen Bundesländern gegenüber. Aus diesen innerdeutschen Wanderungen resultiert dementsprechend ein Plus von 3 291 Personen. Die innerdeutsche Wanderungsbilanz fällt seit 2016 jedes Jahr positiv aus. Zwischen 2007 und 2015 waren jährlich mehr Personen von Rheinland-Pfalz in das restliche Bundesgebiet fortgezogen als von dort zugezogen.

Positiver innerdeutscher
Wanderungssaldo

Weit stärker als durch die innerdeutschen Wanderungen war die Gesamtbilanz der räumlichen Bevölkerungsbewegung auch im vergangenen Jahr durch die Zuwanderun-



gen aus dem Ausland geprägt. Im Jahr 2022 zogen 126 444 Menschen über die Bundesgrenzen nach Rheinland-Pfalz zu. Die Zahl der Fortzüge ins Ausland betrug 59 236². Sowohl die Zu- als auch die Fortzüge haben im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Der Wanderungssaldo mit dem Ausland betrug 67 208 Personen. Mehr als 92 Prozent der Zuzüge aus dem Ausland (116 633 Personen) entfielen auf Personen mit ausschließlich nicht deutscher Staatsbürgerschaft. Gleichzeitig waren 45 219 Fortzüge ausländischer Personen über die Bundesgrenzen zu verzeichnen. Im Saldo wanderten damit 71 414 Nichtdeutsche mehr aus dem Ausland zu als dorthin fortzogen. Der Saldo hat sich im Vergleich zum Vorjahr (20 832 Personen) mehr als verdreifacht und fiel auch deutlich höher aus als im Jahr 2015.

Größte
Zuwanderer-
gruppe bilden
Ukrainerinnen
und Ukrainer

Der deutliche Anstieg der Zuzüge aus dem Ausland im vergangenen Jahr ist hauptsächlich auf Personen mit ukrainischer Staatsbürgerschaft zurückzuführen, die aufgrund des seit Februar 2022 andauernden Krieges ihr Land verlassen mussten. Die fast 50 000 zugewanderten Ukrainerinnen und Ukrainer machen rund 43 Prozent der Zuzüge nicht deutscher Personen aus dem Ausland aus. Die zweitgrößte Zuwanderungsgruppe bildeten im Jahr 2022 Rumäninnen und Rumänen (12 073 Zuzüge), gefolgt von Personen mit bulgarischer (5 331 Zuzüge) und syrischer Staatsangehörigkeit (5 325 Zuzüge). An fünfter Stelle stehen Polinnen und Polen mit rund 5 000 Zuzügen. Mit Ausnahme der Ukraine waren diese Nationalitäten auch in den Vorjahren unter den am häufigsten aus dem Ausland zugewanderten Nationalitäten vertreten.

² Die genannten Werte zu Zu- und Fortzügen über die Bundesgrenze beinhalten auch Wanderungsfälle mit unbekanntem Herkunfts- oder Zielgebiet.

Deutlicher Bevölkerungszuwachs in Rheinland-Pfalz

Für das Jahr 2022 beträgt die Summe der Salden der natürlichen und der räumlichen Bevölkerungsbewegung 53 294 Personen. Dieser positive Gesamtsaldo hat sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als versechsfacht.

Neben Daten der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung fließen in die Bevölkerungsfortschreibung auch Korrekturen einschließlich Rücknahmen von Wanderungsdaten ein, die sich nicht in der laufenden Aufbereitung der Bewegungsdaten des jeweiligen Berichtsjahres und deren Salden niederschlagen. Im Rahmen dieser sogenannten Bestandskorrekturen werden vorwiegend Korrekturdatenlieferungen zu Meldefällen verarbeitet, die von den meldenden Stellen laufend zugeliefert werden. Die Verarbeitung dieser Korrekturmeldungen hat zur Folge, dass sich die tatsächliche Bevölkerungsveränderung im Verlaufe eines Jahres nicht allein aus dem Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der räumlichen Bevölkerungsbewegung ergibt. Unter Berücksichtigung dieser Bestandskorrekturen stieg die rheinland-pfälzische Bevölkerung gegenüber dem Vorjahr um 52 665 Personen.

Bestands-
korrekturen bei
der laufenden
Fortschreibung
des Bevölke-
rungsstandes

Zahl der älteren Menschen nimmt weiter zu

Für die stattgefundene und die künftige Bevölkerungsentwicklung ist neben der Veränderung des Bevölkerungsstands unter anderem auch die Altersstruktur von besonderer Relevanz. Durch den Anstieg der Lebenserwartung nahm die Anzahl älterer Menschen in den letzten Jahren stetig zu. Die Geburtenzahlen befinden sich seit Jahrzehnten auf einem niedrigen Niveau, sodass sich das



Verhältnis älterer Menschen zu Kindern und Jugendlichen zunehmend in Richtung der Älteren verschiebt.

Betrachtung
nach Alters-
gruppen

Zur Veranschaulichung der bisherigen Entwicklung lässt sich die Gesamtbevölkerung in drei Hauptaltersgruppen unterteilen. Dabei wird der erwerbsfähige und üblicherweise erwerbstätige Teil der Bevölkerung (20- bis 64-Jährige) von den normalerweise noch nicht (unter 20-Jährige) sowie den potenziell nicht mehr erwerbstätigen Personen (65-Jährige und Ältere) abgegrenzt. Die Anzahl der 65-Jährigen und Älteren hat seit dem Jahr 2017 um 7,2 Prozent (rund 63 300 Personen) zugenommen. Im gleichen Zeitraum ist die Bevölkerungsgruppe der Menschen unter 20 Jahren um 4,2 Prozent (rund 31 100 Personen) gewachsen. Die Zahl der 20- bis 64-Jährigen ist im Fünfjahreszeitraum um 0,4 Prozent zurückgegangen (–8 895).

Eine Betrachtung nach Nationalität zeigt unter den Nichtdeutschen in den letz-

ten Jahren Bevölkerungszuwächse in allen drei Hauptaltersgruppen, während sowohl die Anzahl der unter 20-Jährigen als auch die der 20- bis 64-Jährigen Deutschen seit 2017 zurückgeht. Der Bevölkerungszuwachs bei den unter 20-Jährigen insgesamt, ist somit ausschließlich auf Personen nicht deutscher Staatsbürgerschaft zurückzuführen. Auch hier spielt die Zuwanderung aus der Ukraine eine entscheidende Rolle. In der Altersgruppe der Seniorinnen und Senioren hingegen nahm sowohl die Anzahl der Nichtdeutschen als auch der Deutschen zu.

Unter-
schie-
de in
der Alters-
struktur von
Deutschen
und Nicht-
deutschen

Deutliche altersstrukturelle Unterschiede zwischen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern mit deutscher und ohne deutsche Staatsangehörigkeit zeigen sich auch in der Besetzung der Hauptaltersgruppen, vor allem unter den 65-Jährigen und Älteren. Dieser Altersgruppe gehörten Ende 2022 in der deutschen Bevölkerung 24,8 Prozent an, wohingegen nur 8,2 Prozent der Nichtdeut-

Ein Viertel der
deutschen
Bevölkerung
65 Jahre und
älter

T1 Bevölkerung am 31. Dezember 2022 nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen

Alter in Jahren	Insgesamt		Deutsche		Nichtdeutsche	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Unter 10	397 339	9,6	332 228	9,2	65 111	11,5
10 – 20	379 317	9,1	323 287	9,0	56 030	9,9
20 – 30	462 319	11,1	365 410	10,2	96 909	17,1
30 – 40	526 363	12,7	415 398	11,6	110 965	19,6
40 – 50	485 390	11,7	389 366	10,8	96 024	17,0
50 – 60	643 904	15,5	572 276	15,9	71 628	12,7
60 – 70	593 783	14,3	554 651	15,4	39 132	6,9
70 – 80	374 172	9,0	352 918	9,8	21 254	3,8
80 – 90	253 691	6,1	245 982	6,8	7 709	1,4
90 und älter	42 872	1,0	41 608	1,2	1 264	0,2
Unter 20	776 656	18,7	655 515	18,2	121 141	21,4
20 – 65	2 443 319	58,7	2 044 765	56,9	398 554	70,4
65 und älter	939 175	22,6	892 844	24,8	46 331	8,2
Insgesamt	4 159 150	100	3 593 124	100	566 026	100



schen zu dieser Gruppe der potenziell nicht mehr Erwerbstätigen zählte.

Alterung der
Bevölkerung
schreitet fort

Die strukturelle Alterung der Bevölkerung wird weiter voranschreiten. Dies zeigt auch ein Blick auf die Besetzungszahlen der jüngeren Alterskohorten in der Bevölkerungspyramide. Die in den vergangenen Jahren stattgefundenene Zuwanderung überwiegend jüngerer Menschen sowie der leichte Anstieg der Geburtenzahlen haben diese Entwicklung nur etwas abgebrems.

Bevölkerungsgewinne in allen kreisfreien Städten und Landkreisen

Überall mehr
Sterbefälle als
Geburten

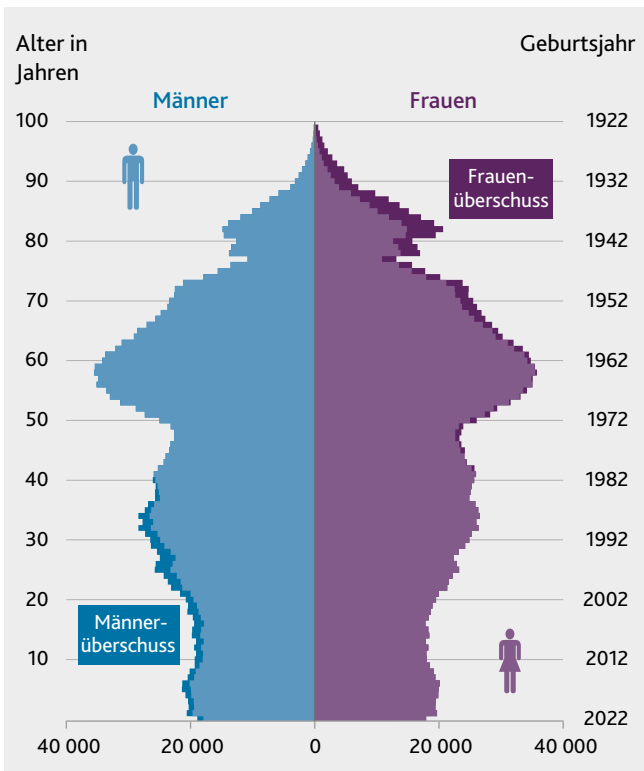
In sämtlichen kreisfreien Städten und Landkreisen starben im Jahr 2022 mehr Menschen als Kinder geboren wurden. Lediglich in der Landeshauptstadt Mainz ergab sich mit einem Geburtendefizit von –1 ein annä-

hernd ausgeglichener Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegungen. Die höchsten relativen Geburtendefizite wiesen die kreisfreie Stadt Pirmasens mit –9,9 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner und der Landkreis Cochem-Zell mit –7,9 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner auf.

Der Saldo der Wanderungen über die Kreis- bzw. Stadtgrenze fiel in allen Landkreisen und kreisfreien Städten positiv aus. Den höchsten relativen Wanderungsüberschuss verbuchte der Eifelkreis Bitburg-Prüm. Im Jahr 2022 zogen 30,9 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner mehr dorthin als den Kreis verließen. Unter den kreisfreien Städten liegt Pirmasens mit 25,3 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner vorn.

Größter Wanderungssaldo über die Kreisgrenze im Eifelkreis Bitburg-Prüm

G3 Bevölkerungspyramide 2022

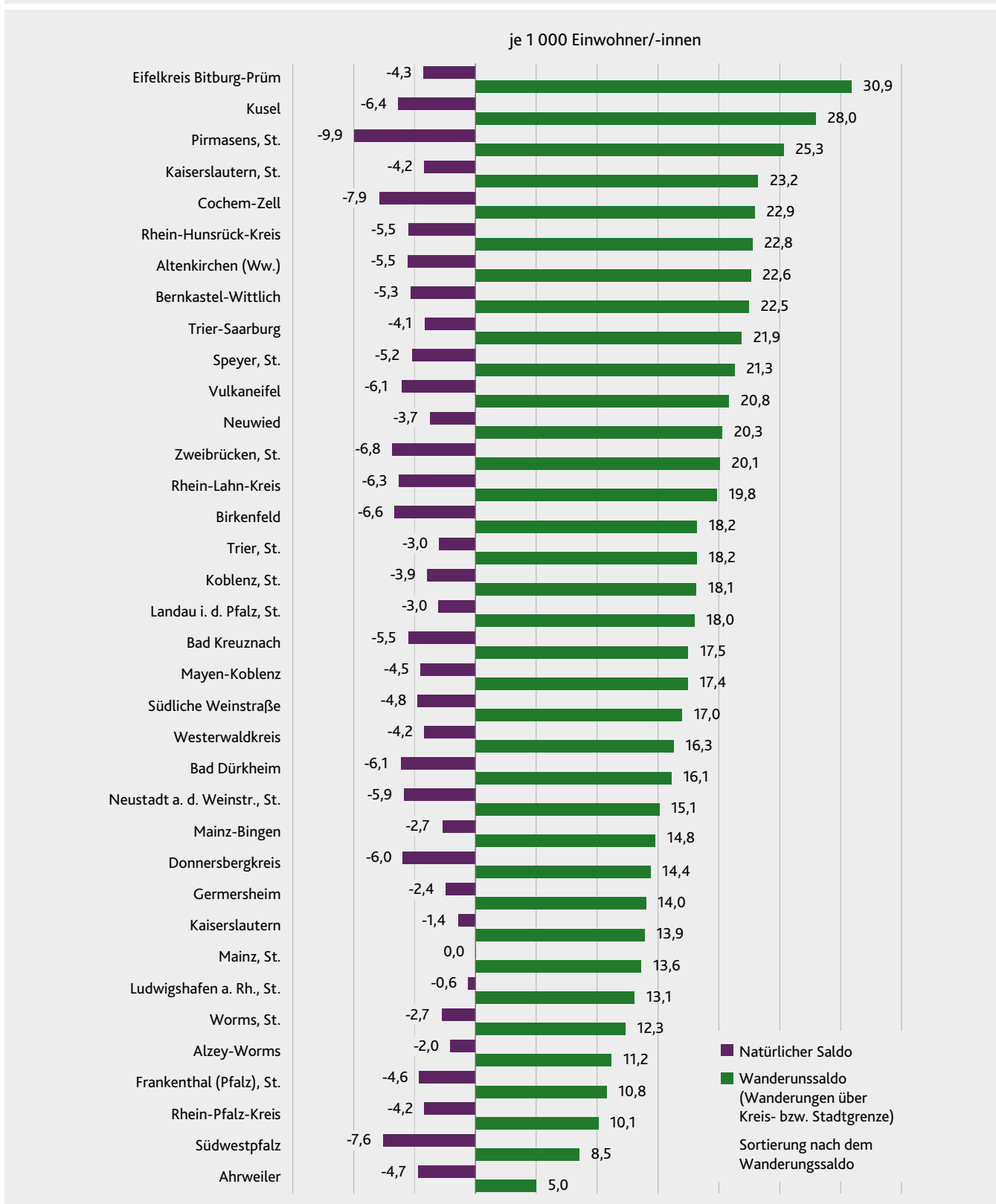


Insgesamt betrachtet wuchs die Bevölkerung im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr in allen kreisfreien Städten und Landkreisen. Unter den kreisfreien Städten verzeichnet die Stadt Mainz absolut gesehen den größten Zuwachs (+2 996 bzw. +1,4 Prozent). Der relative Zuwachs war mit 1,9 Prozent in Kaiserslautern am größten (+1936). Unter den Landkreisen zeigt der Eifelkreis Bitburg-Prüm den größten prozentualen Zuwachs (+2,7 Prozent bzw. +2 683). In absoluten Zahlen wuchs der Kreis Neuwied am stärksten. Dort erhöhte sich die Bevölkerungszahl um 3 050 Personen bzw. 1,7 Prozent. Im Landkreis Ahrweiler hat sich die Lage gegenüber dem Vorjahr zumindest etwas entspannt. Angesichts der folgenschweren Flutkatastrophe vom 14. und 15. Juli 2021 waren dort im zweiten Halbjahr 2021 in den unmittelbar von den Zerstörungen betroffenen Gemeinden zum Teil deutliche Bevölkerungsrückgänge zu verzeichnen gewesen,

Bevölkerungszunahme in kreisfreier Stadt Ludwigshafen am größten



G4 Salden der natürlichen und der räumlichen Bevölkerungsbewegungen 2022 nach Verwaltungsbezirken





die sich auch in den Kreisergebnissen niederschlugen. Im Laufe des vergangenen Jahres ist im Landkreis Ahrweiler die Bevölkerungszahl minimal gestiegen (+15). Die Entwicklung der Zahlen der Bevölkerungsfortschreibung auf Kreisebene ergibt sich aus dem jeweiligen natürlichen Saldo, dem Saldo der Wanderungen über die jeweilige Kreisgrenze sowie den für den jeweiligen Verwaltungsbezirk maßgeblichen Bestandskorrekturen.

Fazit

Im Jahr 2022 verzeichnete Rheinland-Pfalz einen deutlichen Bevölkerungszuwachs. Maßgeblich hierfür ist, dass im Laufe des Jahres erheblich mehr Personen über die Landesgrenzen zu- als fortgezogen sind. Durch diesen Wanderungsüberschuss wurde das Geburtendefizit mehr als ausgeglichen. Wie in den meisten Vorjahren ist der Zuwan-

derungsgewinn durch die positive Wanderungsbilanz von Personen mit ausschließlich ausländischer Staatsbürgerschaft bedingt. Auch die Entwicklungen der Geburtenzahl und der Altersstruktur der Bevölkerung werden durch die ausländische Bevölkerung positiv beeinflusst.

Die Zuwanderung wurde im Jahr 2022 von Menschen aus der Ukraine dominiert. Welchen Einfluss diese Bevölkerungsgruppe längerfristig auf den Bevölkerungsstand und die Bevölkerungszusammensetzung hat, ist von der weiteren Entwicklung der geopolitischen Lage im Osten Europas abhängig.

Britta Müller, Politik- und Verwaltungswissenschaftlerin M. A., leitet das Referat „Soziales, Gesundheit, Rechtspflege“.



Lebenserwartung mit und ohne Pflegebedürftigkeit im Alter

Ausgeprägte Unterschiede zwischen den Regionen und Geschlechtern



Dr. Daniel Kreft

In diesem Beitrag werden Daten der Sterbefallstatistik 2019 bis 2021 und der Pflegestatistik 2021 zusammengeführt, um regionale Unterschiede in der Lebenserwartung von Personen zu untersuchen, die entweder auf ambulante oder stationäre Pflegeunterstützung angewiesen sind oder Pflegegeld beziehen. Die Ergebnisse belegen deutliche Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen, die nicht nur auf abweichende Altersstrukturen zurückzuführen sind. Darüber hinaus treten zwischen den Geschlechtern regionale gesundheitliche Disparitäten auf. Im Vergleich der kreisfreien Städte und Landkreise weisen die Personen im Alter von 70 bis 74 Jahren im Bereich der ambulanten Pflege in Pirmasens und Cochem-Zell die höchste fernere Lebenserwartung mit Pflegebedürftigkeit auf. Im Bereich der vollstationären Pflege gilt dies für die Einwohnerinnen und Einwohner der beiden kreisfreien Städte Koblenz und Speyer.

Pflegebedürftigkeit als Herausforderung alternder Gesellschaften und Regionen

Sicherstellung von angemessener Versorgung pflegebedürftiger Menschen

Pflegebedürftigkeit ist eine besondere Form der gesundheitlichen Einschränkung der individuellen Selbstständigkeit. Sie ist in Deutschland amtlich definiert, wird mittels Kriterienkatalog medizinisch festgestellt, und die Anerkennung ist Voraussetzung für die finanzielle Unterstützung oder den Erhalt von Pflegesachleistungen durch die gesetzlichen oder privaten Pflegeversicherungen. Die Entscheidung über die Art der Versorgung wird beeinflusst von der Schwere der Pflegebedürftigkeit, der individuellen Präferenz der zu Pflegenden und ihrer Angehörigen, aber auch von der Versorgungsinfrastruktur, d. h. des Angebots und der Qualität ambulanter

und stationärer Versorgungseinrichtungen im Wohnumfeld. Es ist Aufgabe der zuständigen Entscheidungsträger, sicherzustellen, dass der Bedarf durch das Pflegeinfrastrukturangebot abgedeckt und die Angehörigen entsprechend ihrer Vorstellungen und Wünsche entlastet werden, um eine angemessene und menschenwürdige Versorgung sicherzustellen. Daher soll in dieser Analyse eine differenzierte Betrachtung der Versorgungsarten erfolgen.

Pflegebedürftigkeit in Rheinland-Pfalz und seinen Regionen 2021

Nach den Ergebnissen der Pflegestatistik, die als Vollerhebung durchgeführt wird, lag die Zahl der Pflegebedürftigen in Rheinland-



Mehrheitlich weiblich, 70 Jahre und älter und in Pflege durch Angehörige

Pfalz 2021 bei 241 400 Personen, von denen 91 600 Männer und 149 800 Frauen waren. Ein Großteil davon war 70 Jahre und älter (etwa 74 Prozent bzw. 178 600 Personen). Rund 53 Prozent bzw. 128 400 Pflegebedürftige bekamen ausschließlich Pflegegeld und Angehörigenpflege, 20 Prozent bzw. 47 300 Personen bekamen Unterstützung durch ambulante Pflegedienste und 15 Prozent bzw. 36 900 Personen wurden stationär gepflegt. Die übrigen zwölf Prozent (28 800 Pflegebedürftige) sind Personen mit Pflegegrad 1. Sie erhielten entweder teilstationäre Pflege (77 Personen) oder ausschließlich landesrechtliche bzw. keine Leistungen (28 700 Personen).

Der Pflegebedürftigkeitsbegriff

Pflegebedürftigkeit ist nach §14 Abs. 1 SGB XI festgelegt als „körperliche, kognitive oder psychische Beeinträchtigungen oder gesundheitlich bedingte Belastungen oder Anforderungen [, die nicht] selbstständig kompensiert oder bewältigt [werden] können“. Der Pflegebedürftigkeitsbegriff sowie dessen Feststellung und die Einstufung in Schweregrade ist in den §§14 und 15 SGB XI geregelt. Nach der Beantragung und im Falle einer Bestätigung des Pflegebedarfs durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) wird entschieden, ob die Betroffenen sich in ambulante, in stationäre oder in familiäre Pflege mit Bezug von Pflegegeld begeben. Die Finanzierung erfolgt durch die gesetzlichen oder privaten Pflegeversicherungen in festgelegten Größenordnungen. Zudem können die Betroffenen Unterstützung durch ambulante oder stationäre Pflegesachleistungen erhalten.

Die Personengruppen waren nicht gleichmäßig auf die zwölf kreisfreien Städte und 24 Landkreise in Rheinland-Pfalz verteilt. Die regionalen Unterschiede können vor allem durch

1. versorgungsstrukturelle Ursachen (z. B. kommunale Bemühungen zur Ansiedlung oder Gründung ambulanter Pflegedienste oder stationärer Einrichtungen),
2. medizinisch-gesundheitliche Gründe (z. B. stärkere Gesundheitsbelastungen und ein schlechterer Zugang zum Gesundheitswesen),
3. individuell-emotionale Einstellungen (z. B. der fehlende Wunsch nach Pflege durch Externe) oder
4. soziodemografische Umstände (z. B. das Fehlen einer Partnerin bzw. eines Partners, von Kindern oder anderer Angehöriger als Pflegenden)

entstanden sein.

Während die letzten beiden Aspekte als private Angelegenheiten jedes Individuums respektiert werden sollten, können (z. B. politische) Entscheidungsträger die beiden erstgenannten Ursachen so modifizieren, dass gesundheitliche und Versorgungsungleichheiten bzw. -ungerechtigkeiten abgebaut oder verringert werden. Dazu bedarf es etablierter Kennzahlen, die altersstrukturelle und geschlechtsspezifische Unterschiede des Gesundheitszustandes sowie der Sterblichkeit darstellen.

Vorgehen: Sterbetafel als Ausgangspunkt der Berechnung

Die (fernere) Lebenserwartung ist einer der ältesten und bekanntesten Indikatoren der Bevölkerungswissenschaft. Sie gibt Hinweise

Gründe regionaler Gesundheitsunterschiede



(Fernere) Lebenserwartung ist Zeichen der Gesundheits- und Gesellschaftslage

zum Gesundheitszustand, zur medizinischen Infrastruktur und zum gesellschaftlichen Entwicklungsstand von Staaten, Regionen und Bevölkerungsgruppen. Der Indikator ermöglicht es, Sterblichkeitsverhältnisse von verschiedenen Personengruppen unabhängig von ihrer Zusammensetzung in Bezug auf Alter und Geschlecht zu vergleichen. Die Berechnung der (ferneren) Lebenserwartung erfolgt über sogenannte Sterbetafeln, in denen gemeldete Sterbefälle in Sterbewahrscheinlichkeiten und -raten umgerechnet und auf eine hypothetische Bevölkerung, die Sterbetafelbevölkerung, übertragen werden. Die Werte, die sich für die Lebenserwartung ergeben, zeigen dann differenziert nach dem Geschlecht die durchschnittlich verbleibenden Lebensjahre für Menschen eines bestimmten Alters oder einer bestimmten Altersgruppe unter der Annahme, dass sich die Sterbeverhältnisse nicht ändern.

Gesunde Lebenserwartung als Indikator regionaler gesundheitlicher Versorgung Unterschiede und -bedarfe

Sullivan-Methode zur Berechnung der gesunden Lebenserwartung

Die Sterbetafeln stellen die Grundlage für die Entwicklung der gesunden Lebenserwartung (Health Expectancies) dar, in der zusätzlich zu den Sterblichkeits- auch Gesundheitsinformationen einer Bevölkerung berücksichtigt und verglichen werden können. Zur Ermittlung der gesunden Lebenserwartung hat sich die Sullivan-Methode aufgrund der einfachen Berechnungsweise und der geringen Anforderungen an die Daten durchgesetzt. Hierbei wird der Anteil von Personen mit einem ausgewählten Gesundheitszustand (z. B. mit einer Behinderung oder einer Krankheit) und in einem bestimmten Alter und Geschlechts an der Gesamtzahl der Personen dieses Alters in die Sterbetafel eingesetzt und für jedes Alter bzw. jede Alters-

gruppe die zu erwartenden Lebensjahre mit und ohne eine Erkrankung, Limitation oder Pflegebedürftigkeit berechnet. Es werden somit Sterbetafeln für die als „gesund“ und „ungesund“ definierten Personen erstellt, wobei gleiche Sterbewahrscheinlichkeiten unterstellt werden, was aber gerade bei Erkrankungen mit hoher Letalität unrealistisch ist. Als Ergebnis werden differenziert nach dem Geschlecht die durchschnittlich verbleibenden Lebensjahre für alle Altersjahre bzw. für alle Altersgruppen aufgeteilt nach der durchschnittlichen Zahl an Lebensjahren in gesundem und nicht gesundem Zustand geschätzt.

Da die absoluten Werte der fernerer Lebensjahre bei guter bzw. nicht guter Gesundheit direkt von den fernerer Lebensjahren insgesamt abhängen, wird der Anteil der gesunden Lebensjahre an der Gesamtlebenserwartung genutzt, der auch als Health Ratio bezeichnet wird. Diese Kennzahl ist unabhängig von der Höhe der Lebenserwartung und somit gut vergleichbar zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Health Ratio bietet gute Vergleichbarkeit

Besonderheiten des Indikators

Wichtig bei der Interpretation des Wertes für die sogenannte „gesunde“ Lebenserwartung ist – wie auch des Wertes für die Lebenserwartung insgesamt –, dass es sich bei dieser Maßzahl um einen Durchschnittswert handelt, der sich auf Gruppen von Personen und nicht auf das Individuum bezieht, und dass aktuelle Bedingungen der Sterblichkeit und zusätzlich der Morbidität (d. h. einer Erkrankung, Limitation oder Pflegebedarf) als konstant angenommen werden. Ebenso muss bei stark altersassoziierten Krankheitsbildern beachtet werden, dass gerade im höheren und höchsten Alter das Risiko



Fernere
Lebenser-
wartung
der älteren
Menschen
zwischen
70 und 74
Jahren aus-
sagekräftiger

zu sterben stark zunimmt, wodurch ein Teil dieser Personen niemals das Alter erreicht, um diese Krankheiten zu bekommen. Daher ist es im Falle der Pflegebedürftigkeit, welche bekanntlich stark altersassoziiert ist, aussagekräftiger, die Restlebenserwartung im höheren Alter einmal mit und einmal ohne Pflegebedarf zu betrachten. In dieser Untersuchung wurde dafür die Altersgruppe der 70- bis 74-Jährigen gewählt.

Die gesunde Lebenserwartung ist ein etablierter und einfach zu interpretierender Indikator der gesellschaftlichen Gesundheitslage. Die Europäische Union hat den Indikator in das sogenannte „Kernset europäischer Strukturindikatoren“ integriert, was die Bedeutung dieses Indikators unterstreicht.

Viele gesunde
und wenige
ungesunde
Lebensjahre
für eine Ge-
sellschaft an-
strebenswert

Zu interpretieren sind die Werte der gesunden Lebenserwartung und ihr Anteil an der Gesamtlebenserwartung so, dass höhere Werte auf eine bessere Gesundheitslage in einer Region hindeuten. Dagegen sollte der Wert für die sogenannte ungesunde Lebenserwartung als Differenz zwischen Gesamt- und gesunder Lebenserwartung bzw. ihr Anteil möglichst gering sein. Das bedeutet nicht, dass eine längere Lebenszeit mit Pflegebedarf für die betroffenen Menschen nicht auch etwas Positives ist. Und es ist ebenso möglich, dass adäquate und leicht zugängliche Pflege zu einem Anstieg der ferneren Lebenserwartung von pflegebedürftigen Personen geführt hat.

Das Aggregatmaß ist so zu interpretieren, dass die Menschen in einer Region viele Jahre mit Pflegebedarf leben und versorgt werden müssen, während gleichaltrige Menschen in anderen Regionen noch unabhängig leben und durchschnittlich erst in höheren Lebensjahren versorgungs- und pflegebedürftig

werden. Eine längere Dauer mit Pflege ist unabhängig von ihren Ursachen gleichbedeutend mit einer höheren Anzahl an gleichzeitig pflegebedürftigen Personen und damit verbunden höheren monetären, personellen und infrastrukturellen Aufwendungen der Versorgungsträger.

Die gesunde Lebenserwartung eignet sich daher je nach gewähltem Gesundheitsmaß (auch regional) zur Einschätzung der ehemaligen, derzeitigen und zukünftig zu planenden und zu finanzierenden medizinischen Versorgungssysteme. Vor allem in der Versorgungsforschung können so strukturelle gesundheitliche Ungleichheiten aufgedeckt und konkrete Pläne entwickelt werden, um diese Ungleichheiten zu reduzieren oder zu kompensieren.

Drei zentrale Datenquellen

Für die Berechnung der Sterbetafeln werden Daten der Statistik der Sterbefälle und der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes der Jahre 2019, 2020 und 2021 genutzt. Aus den Daten der drei Jahre wird ein Durchschnitt gebildet, um kurzzeitige Fluktuationen möglichst auszuschließen bzw. abzuschwächen. Eine Besonderheit ist, dass in dem Zeitraum 2019 bis 2021 die Covid-19-Pandemie begann, sich ausbreitete und kulminierte. In diesen Jahren wurden die höchsten Inzidenzen gemessen und auch eine hohe Übersterblichkeit festgestellt. Darüber hinaus führten Eindämmungsmaßnahmen wie Besuchs- und Kontaktverbote zu Änderungen in behördlichen und medizinischen Abläufen, die wiederum auf die Prozesse zur Pflegebedürftigkeitsfeststellung Einfluss genommen haben können. Die Stärke dieser Einflüsse kann allein mittels dieser Datenauswahl nicht festgestellt wer-

Coronapandemie beeinflusst Daten



den, sollte jedoch bei der Interpretation der Ergebnisse beachtet werden.

Strukturen
der Daten-
grundlagen

Die Daten liegen für alle kreisfreien Städte und Landkreise getrennt nach Geschlecht und für Altersgruppen vor, die jeweils fünf Altersjahre zusammenfassen – mit den Ausnahmen der Gruppen „unter einem Jahr“, „ein bis unter fünf Jahre“ und „85 Jahre und mehr“. Bei den Sterbefällen wird jeweils der gemeldete Wohnort zum Zeitpunkt des Todes zugrunde gelegt. Diese Daten werden kombiniert mit Daten der Pflegestatistik 2021, die alle Personen erfasst, die eine Form der ambulanten oder stationären Pflegeleistungen erhalten haben. Zudem sind alle Personen mit Pflegegrad 1, die teilstationäre Pflege oder ausschließlich landesrechtliche bzw. keine Leistungen bekommen haben, sowie alle Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger ohne ambulante oder stationäre Pflegeunterstützung in die Statistik eingegangen. Die Daten aus den Pflegeeinrichtungen und -diensten werden zum 15. Dezember und die Daten der Empfängerinnen und Empfänger von Pflegeleistungen zum 31. Dezember erhoben. Die regionale Zuordnung erfolgt bei der stationären und der ambulanten Pflege über den Sitz der Pflegeeinrichtung und bei den Pflegegeldempfängerinnen und -empfängern über den Wohnort. Dies muss bei der Auswertung der regionalisierten Ergebnisse berücksichtigt werden.

Die Ergebnisse werden getrennt nach der ferneren Lebenserwartung ohne und mit Pflegebedarf der jeweiligen Versorgungsart dargestellt. Positive Versorgungssituationen liegen dann vor, wenn die fernere Lebenserwartung ohne Pflegebedarf hoch und die mit Pflegebedarf nach jeweiliger Versorgungsart vergleichsweise kurz ist.

Ergebnisse: Die Landeshauptstadt Mainz hat die höchste generelle fernere Lebenserwartung

In Rheinland-Pfalz haben Frauen im Alter von 70 bis 74 Jahren im Zeitraum 2019 bis 2021 eine fernere Lebenserwartung von 17 Jahren und Männer von 14,6 Jahren. Im Vergleich der kreisfreien Städte und Landkreise reicht die Spanne der ferneren Lebenserwartung bei den Frauen von 16,1 Jahren in der kreisfreien Stadt Kaiserslautern bis 18,1 Jahren in Mainz und bei den Männern von 12,6 Jahren in Pirmasens bis 15,4 Jahren in Mainz.

Der geschlechtsspezifische Unterschied in der ferneren Lebenserwartung variiert zwischen moderaten 1,8 Jahren in Mainz-Bingen und hohen 3,9 Jahren in Pirmasens.

Lebenszeit ohne Pflege am höchsten in Mainz und am niedrigsten in Pirmasens und Cochem-Zell

Die erwarteten durchschnittlich verbleibenden Lebensjahre ohne jegliche Pflegeunterstützung und -einstufung betragen bei 70- bis 74-Jährigen in Rheinland-Pfalz insgesamt 11,5 Jahre bei den Frauen und 11,4 Jahre bei den Männern. Somit ist die erwartete fernere Lebenszeit ohne Pflegebedarf bei beiden Geschlechtern etwa gleich groß, obwohl die fernere Lebenserwartung der Frauen in allen Regionen höher ist als jene der Männer.

Die Health Ratio, also der Anteil pflegefreier Lebensjahre an der Gesamtlebenserwartung unterscheidet sich dagegen zwischen Männern und Frauen. Sind bei den 70- bis 74-jährigen Männern 78 Prozent der Lebensjahre ohne Pflegebedarf, sind es bei den gleichaltrigen Frauen nur 67 Prozent.

Große Unterschiede zwischen den Geschlechtern in Pirmasens

Im Landesdurchschnitt gleich lange fernere Lebenserwartung ohne Pflege bei Männern und Frauen



T1 Fernere Lebenserwartung der Frauen im Alter von 70 bis 74 Jahren 2021 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt	Ohne Pflege				Mit Pflege			
		Alle Arten	Ohne ambulante Pflege	Ohne stationäre Pflege	Ohne Pflegegeld	Alle Arten	Mit ambulanter Pflege	Mit stationärer Pflege	Nur mit Pflegegeld
Frankenthal (Pfalz), St.	17,3	12,1	16,2	16,0	15,0	5,2	1,1	1,3	2,3
Kaiserslautern, St.	16,1	11,5	15,2	14,9	14,1	4,6	0,9	1,2	2,0
Koblenz, St.	17,3	11,5	15,8	15,7	15,2	5,8	1,5	1,6	2,1
Landau i. d. Pfalz, St.	17,5	11,6	15,6	16,3	15,1	5,8	1,8	1,2	2,4
Ludwigshafen a. Rh., St.	17,0	11,5	15,9	15,9	14,3	5,4	1,1	1,1	2,7
Mainz, St.	18,1	13,4	17,1	16,9	16,2	4,7	1,1	1,2	1,9
Neustadt a. d. Weinstr., St.	17,1	12,4	16,2	16,3	14,7	4,8	1,0	0,9	2,4
Pirmasens, St.	16,6	10,1	14,3	15,4	14,2	6,5	2,2	1,1	2,4
Speyer, St.	16,7	11,4	15,7	15,1	14,5	5,3	1,0	1,6	2,2
Trier, St.	17,4	12,8	16,3	16,1	15,9	4,6	1,1	1,3	1,5
Worms, St.	17,4	11,7	15,8	16,1	15,3	5,7	1,7	1,3	2,1
Zweibrücken, St.	17,2	10,7	15,6	15,7	14,3	6,4	1,6	1,5	2,8
Ahrweiler	17,2	11,6	15,7	16,1	14,6	5,6	1,5	1,0	2,6
Altenkirchen (Ww.)	16,6	10,1	14,9	15,4	13,6	6,5	1,7	1,2	2,9
Alzey-Worms	16,7	11,5	15,3	15,8	14,3	5,2	1,4	0,9	2,4
Bad Dürkheim	16,6	11,8	15,6	15,5	14,2	4,8	0,9	1,1	2,3
Bad Kreuznach	17,0	11,8	15,8	15,9	14,7	5,2	1,2	1,1	2,3
Bernkastel-Wittlich	17,0	11,7	15,6	15,8	15,0	5,3	1,4	1,2	2,0
Birkenfeld	16,4	10,9	15,3	15,1	13,9	5,5	1,1	1,3	2,5
Cochem-Zell	16,8	9,8	14,8	15,3	14,0	7,0	2,0	1,5	2,8
Donnersbergkreis	16,7	11,4	15,9	15,4	14,1	5,3	0,8	1,3	2,6
Eifelkreis Bitburg-Prüm	17,0	11,0	15,1	15,9	14,7	6,0	1,9	1,1	2,3
Germersheim	17,0	11,3	16,3	16,0	13,6	5,7	0,7	1,1	3,4
Kaiserslautern	17,2	11,4	15,9	16,3	14,3	5,7	1,3	0,9	2,9
Kusel	16,7	10,4	15,2	15,7	13,7	6,3	1,5	1,1	3,0
Mainz-Bingen	17,2	12,5	16,4	16,1	15,1	4,7	0,8	1,2	2,1
Mayen-Koblenz	17,1	11,1	16,0	15,9	14,0	6,0	1,1	1,2	3,1
Neuwied	16,7	10,7	15,3	15,4	14,1	6,0	1,4	1,3	2,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	16,3	11,0	15,3	15,1	13,8	5,3	1,0	1,2	2,5
Rhein-Lahn-Kreis	16,8	11,3	15,6	15,7	14,3	5,5	1,3	1,1	2,5
Rhein-Pfalz-Kreis	17,1	11,9	16,1	16,1	14,4	5,2	1,0	1,0	2,7
Südliche Weinstraße	17,6	12,1	16,5	16,9	14,5	5,5	1,1	0,8	3,2
Südwestpfalz	17,4	11,1	15,8	16,6	14,0	6,3	1,6	0,8	3,4
Trier-Saarburg	17,2	12,2	16,1	15,8	15,1	5,0	1,0	1,3	2,0
Vulkaneifel	17,1	10,9	15,6	15,9	14,4	6,2	1,5	1,2	2,7
Westerwaldkreis	16,9	10,8	15,4	15,6	14,1	6,1	1,5	1,3	2,7
Rheinland-Pfalz	17,0	11,5	15,7	15,8	14,5	5,5	1,3	1,2	2,5



T2 Fernere Lebenserwartung der Männer im Alter von 70 bis 74 Jahren 2021 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt	Ohne Pflege				Mit Pflege			
		Alle Arten	Ohne ambulante Pflege	Ohne stationäre Pflege	Ohne Pflegegeld	Alle Arten	Mit ambulanter Pflege	Mit stationärer Pflege	Nur mit Pflegegeld
Frankenthal (Pfalz), St.	15,0	11,9	14,5	14,5	13,4	3,1	0,6	0,6	1,6
Kaiserslautern, St.	13,7	10,9	13,2	13,2	12,2	2,8	0,5	0,5	1,5
Koblenz, St.	14,6	11,2	13,7	13,8	13,1	3,4	0,8	0,8	1,5
Landau i. d. Pfalz, St.	14,4	11,1	13,4	13,9	12,8	3,3	1,0	0,5	1,6
Ludwigshafen a. Rh., St.	14,2	11,1	13,6	13,8	12,5	3,1	0,6	0,5	1,8
Mainz, St.	15,4	12,6	14,8	14,9	14,0	2,9	0,6	0,5	1,4
Neustadt a. d. Weinstr., St.	14,7	11,9	14,2	14,3	13,0	2,8	0,5	0,4	1,7
Pirmasens, St.	12,6	9,0	11,6	12,0	11,0	3,6	1,1	0,6	1,6
Speyer, St.	14,2	11,2	13,6	13,5	12,6	3,0	0,6	0,6	1,6
Trier, St.	14,8	12,0	14,1	14,2	13,6	2,8	0,7	0,6	1,2
Worms, St.	14,5	11,3	13,6	14,0	13,0	3,2	0,8	0,5	1,5
Zweibrücken, St.	14,7	11,1	13,8	14,2	12,8	3,6	0,9	0,5	1,9
Ahrweiler	14,9	11,6	14,0	14,4	13,2	3,3	0,9	0,5	1,6
Altenkirchen (Ww.)	14,1	10,4	13,3	13,6	12,1	3,7	0,9	0,5	2,0
Alzey-Worms	14,4	11,4	13,7	14,1	12,8	3,0	0,7	0,4	1,6
Bad Dürkheim	14,6	11,6	14,0	14,1	13,0	3,0	0,6	0,5	1,6
Bad Kreuznach	14,7	11,5	14,0	14,3	13,0	3,2	0,7	0,4	1,7
Bernkastel-Wittlich	14,8	11,7	14,1	14,2	13,4	3,1	0,7	0,6	1,4
Birkenfeld	13,6	10,5	13,1	13,1	11,9	3,1	0,6	0,5	1,7
Cochem-Zell	14,5	10,4	13,4	13,9	12,5	4,2	1,1	0,7	2,0
Donnersbergkreis	14,3	11,4	13,9	13,8	12,6	3,0	0,4	0,5	1,7
Eifelkreis Bitburg-Prüm	14,6	10,9	13,5	14,1	12,9	3,7	1,1	0,5	1,7
Germersheim	14,1	11,2	13,8	13,8	12,1	2,9	0,3	0,4	2,0
Kaiserslautern	14,8	11,5	14,2	14,3	12,9	3,2	0,6	0,5	1,8
Kusel	14,1	10,8	13,4	13,8	12,2	3,4	0,7	0,4	1,9
Mainz-Bingen	15,4	12,5	14,8	14,9	13,8	2,9	0,6	0,5	1,6
Mayen-Koblenz	14,4	11,1	13,9	13,9	12,5	3,3	0,6	0,5	2,0
Neuwied	14,7	11,2	13,9	14,2	12,9	3,5	0,8	0,6	1,9
Rhein-Hunsrück-Kreis	14,4	11,3	13,9	13,9	12,7	3,2	0,6	0,5	1,7
Rhein-Lahn-Kreis	14,3	11,3	13,6	13,8	12,6	3,0	0,6	0,4	1,7
Rhein-Pfalz-Kreis	15,0	12,0	14,4	14,6	13,1	3,0	0,5	0,4	1,8
Südliche Weinstraße	15,1	11,8	14,4	14,8	13,0	3,3	0,6	0,3	2,1
Südwestpfalz	14,6	11,0	13,8	14,2	12,5	3,5	0,8	0,3	2,1
Trier-Saarburg	14,7	11,8	14,1	14,1	13,2	2,9	0,6	0,6	1,4
Vulkaneifel	14,0	10,7	13,3	13,5	12,4	3,3	0,7	0,5	1,6
Westerwaldkreis	14,4	10,9	13,6	13,9	12,6	3,5	0,8	0,5	1,8
Rheinland-Pfalz	14,6	11,4	13,9	14,1	12,8	3,2	0,7	0,5	1,7



Bis zu fast
vier Jahre
Unterschied
zwischen den
Verwaltungs-
bezirken

In der regionalen Betrachtung zeigt sich, dass nicht nur das Niveau der pflegefreien Lebenszeit bei beiden Geschlechtern ähnlich ist, sondern auch die Spannweite der Werte (3,6 Jahre bei den Frauen und 3,5 Jahre bei den Männern). In der kreisfreien Stadt Mainz kann bei beiden Geschlechtern die längste pflegefreie Lebenszeit festgestellt werden: 13,4 Jahre bei den Frauen bzw. 74 Prozent der Gesamtlebenserwartung, 12,6 Jahre bzw. 81 Prozent bei den Männern. Die kürzeste pflegefreie Zeit ist bei den Frauen in Cochem-Zell mit 9,8 Jahren (59 Prozent) und bei den Männern in Pirmasens mit neun Jahren (72 Prozent) festzustellen. In Altkirchen, Cochem-Zell, im Landkreis Kaiserslautern, in Kusel, Mainz-Bingen, Neuwied, im Rhein-Hunsrück-Kreis, im Rhein-Pfalz-Kreis, im Westerwaldkreis und in Zweibrücken liegt die pflegefreie Lebenszeit der Frauen um bis zu 0,6 Jahre (Cochem-Zell) unter jener der Männer. In den anderen Regionen ist sie bei den Frauen um bis zu einem Jahr (Pirmasens) höher als bei den Männern. Im Land insgesamt beträgt der Unterschied zwischen den Geschlechtern nur 0,1 Jahren zugunsten der Frauen.

Frauen
müssen mit
deutlich mehr
Lebensjahren
in Pflege
rechnen als
Männer

Wird die erwartete absolute Zahl der Lebensjahre mit Pflegebedarf betrachtet, zeigt sich eine andere Reihenfolge: Bei den Frauen hat die kreisfreie Stadt Kaiserslautern den geringsten Wert (4,6 Jahre bzw. 29 Prozent der Gesamtlebenserwartung) und bei den Männern die kreisfreie Stadt Neustadt (2,8 Jahre bzw. 28 Prozent). Die geringsten Anteile an ferneren Lebensjahren hat die Stadt Mainz bei den Frauen mit 26 Prozent und den Männern mit 19 Prozent. Bei der Interpretation der Werte muss beachtet werden, dass es sich zum einen um Durchschnittswerte einer größeren Bevölkerungsgruppe handelt und zum anderen um einen

Altersbereich mit hohem Sterberisiko. In der Folge fällt der Durchschnittswert auch deshalb relativ klein aus, weil ein großer Teil der Personen bereits vor oder kurz nach dem Eintritt der Pflegebedürftigkeit verstirbt.

Die längste Lebenszeit mit Pflegebedarf kann für beide Geschlechter in Cochem-Zell ermittelt werden: sieben Jahre bzw. 41 Prozent bei den Frauen und 4,2 Jahre bzw. 29 Prozent bei den Männern. Damit beträgt die Spannweite zwischen den Regionen 2,4 (Frauen) bzw. 1,4 Jahre (Männer).

In Cochem-
Zell längste
Lebenszeit mit
Pflegebedarf

Für das Land insgesamt liegt der Wert bei 5,5 Jahren bei den Frauen (33 Prozent der Gesamtlebenserwartung) und 3,2 Jahren bei den Männern (22 Prozent). Die Lebenszeit mit Pflegebedarf ist aufgrund der höheren allgemeinen ferneren Lebenserwartung bei den Frauen durchweg höher als bei den Männern. So liegt der Unterschied der ferneren Lebenserwartung zwischen Männern und Frauen zwischen 1,8 Jahren in den kreisfreien Städten Kaiserslautern, Mainz und Trier sowie dem Landkreis Mainz-Bingen und 2,9 Jahren in der kreisfreien Stadt Pirmasens sowie den Landkreisen Kusel und Vulkaneifel. Im Landesschnitt beträgt der Geschlechterunterschied 2,3 Jahre.

Wird die Lebenserwartung von Frauen und Männern mit Pflegebedarf über alle Regionen miteinander verglichen, zeigen Korrelationsanalysen einen starken positiven statistischen Zusammenhang ($r = 0,9$).¹ Das bedeutet, Regionen, in denen Frauen viele

Starker Zu-
sammenhang
zwischen
Lebenszeit in
Pflegebedürf-
tigkeit der
Männer und
Frauen

¹ Dargestellt ist der Korrelationskoeffizient nach Bravais-Pearson. Dieser Koeffizient liegt im Bereich von minus eins, was einen vollständig negativen Zusammenhang ausweist, und plus eins, was einem vollständig positiven Zusammenhang entspricht. Werte nahe der Null zeigen geringe bis nicht vorhandene Zusammenhänge an.

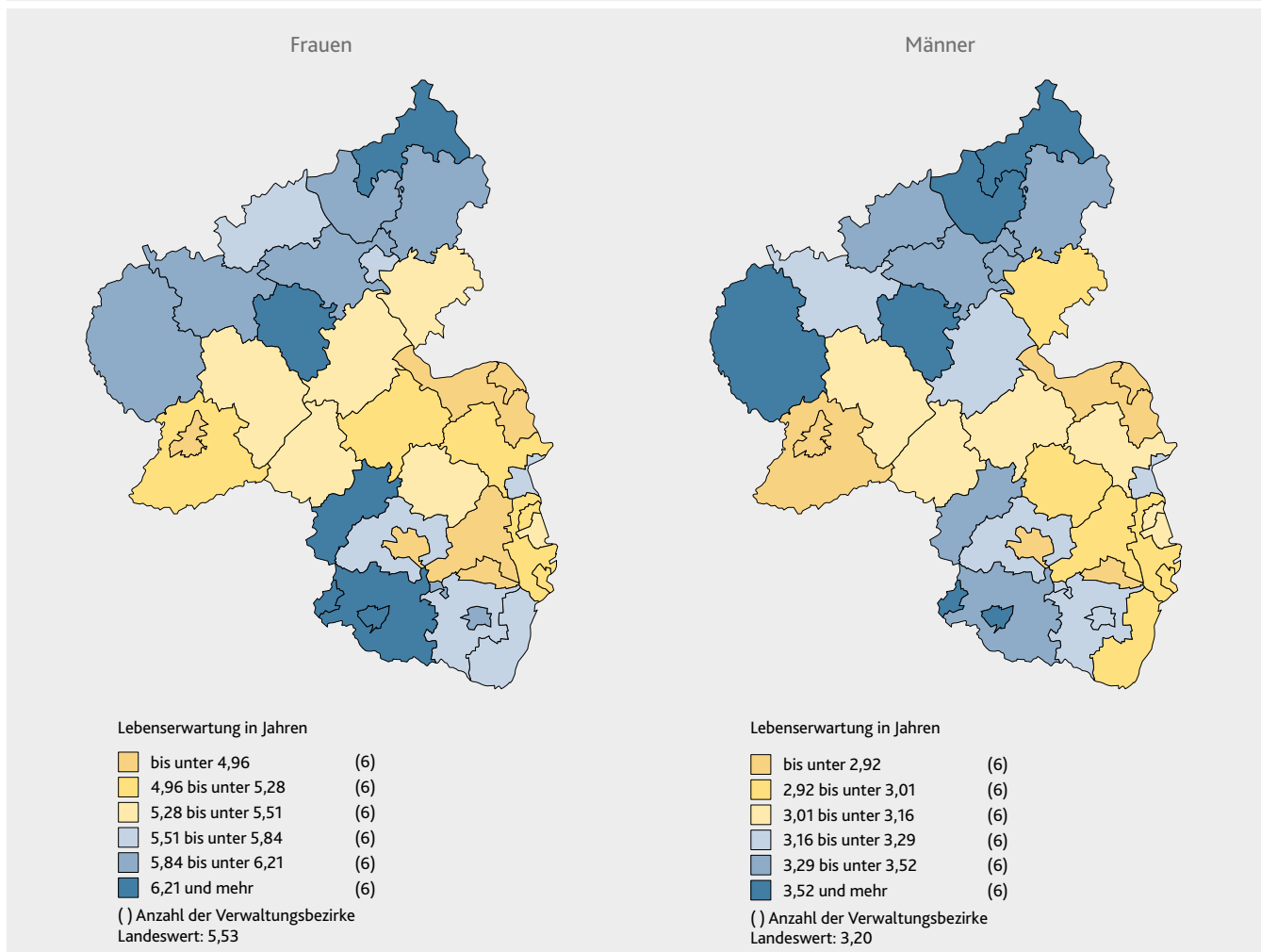


T3 Differenz der fernerer Lebenserwartung der Frauen gegenüber den Männern im Alter von 70 bis 74 Jahren 2021 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt	Ohne Pflege				Mit Pflege			
		Alle Arten	Ohne ambulante Pflege	Ohne stationäre Pflege	Ohne Pflegegeld	Alle Arten	Mit ambulanter Pflege	Mit stationärer Pflege	Nur mit Pflegegeld
Frankenthal (Pfalz), St.	2,3	0,2	1,8	1,6	1,6	2,1	0,5	0,7	0,7
Kaiserslautern, St.	2,4	0,6	2,0	1,8	1,9	1,8	0,4	0,6	0,5
Koblenz, St.	2,7	0,3	2,0	1,9	2,1	2,5	0,7	0,9	0,6
Landau i. d. Pfalz, St.	3,1	0,5	2,2	2,4	2,3	2,6	0,9	0,7	0,8
Ludwigshafen a. Rh., St.	2,7	0,4	2,3	2,1	1,9	2,3	0,5	0,7	0,9
Mainz, St.	2,7	0,8	2,2	2,0	2,2	1,8	0,4	0,6	0,5
Neustadt a. d. Weinstr., St.	2,5	0,5	2,0	2,0	1,7	2,0	0,4	0,5	0,8
Pirmasens, St.	3,9	1,0	2,8	3,4	3,2	2,9	1,2	0,5	0,8
Speyer, St.	2,5	0,3	2,1	1,5	1,9	2,3	0,4	1,0	0,6
Trier, St.	2,7	0,8	2,2	2,0	2,3	1,8	0,4	0,7	0,3
Worms, St.	2,9	0,4	2,1	2,1	2,3	2,5	0,8	0,8	0,6
Zweibrücken, St.	2,5	-0,3	1,8	1,4	1,6	2,8	0,7	1,0	0,9
Ahrweiler	2,3	0,0	1,7	1,7	1,4	2,3	0,6	0,6	0,9
Altenkirchen (Ww.)	2,4	-0,3	1,6	1,7	1,5	2,8	0,8	0,7	0,9
Alzey-Worms	2,3	0,1	1,6	1,8	1,5	2,2	0,7	0,5	0,7
Bad Dürkheim	2,0	0,1	1,6	1,4	1,3	1,9	0,4	0,6	0,7
Bad Kreuznach	2,3	0,3	1,8	1,7	1,7	2,0	0,5	0,6	0,6
Bernkastel-Wittlich	2,2	0,0	1,6	1,6	1,6	2,2	0,6	0,7	0,6
Birkenfeld	2,8	0,4	2,2	2,0	2,0	2,4	0,6	0,7	0,8
Cochem-Zell	2,3	-0,5	1,3	1,5	1,5	2,8	0,9	0,8	0,8
Donnersbergkreis	2,3	0,0	1,9	1,6	1,5	2,4	0,4	0,8	0,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	2,4	0,0	1,6	1,8	1,8	2,3	0,8	0,6	0,6
Germersheim	2,9	0,1	2,5	2,2	1,5	2,7	0,4	0,7	1,4
Kaiserslautern	2,4	-0,1	1,7	2,0	1,3	2,5	0,7	0,4	1,1
Kusel	2,6	-0,3	1,8	1,9	1,5	2,9	0,8	0,7	1,1
Mainz-Bingen	1,8	0,0	1,5	1,1	1,2	1,8	0,3	0,7	0,6
Mayen-Koblenz	2,6	0,0	2,1	1,9	1,5	2,6	0,5	0,7	1,1
Neuwied	2,0	-0,5	1,4	1,2	1,2	2,5	0,6	0,8	0,8
Rhein-Hunsrück-Kreis	1,9	-0,3	1,4	1,2	1,1	2,1	0,4	0,7	0,8
Rhein-Lahn-Kreis	2,6	0,1	1,9	1,9	1,7	2,5	0,7	0,7	0,8
Rhein-Pfalz-Kreis	2,1	-0,1	1,6	1,5	1,3	2,2	0,5	0,6	0,9
Südliche Weinstraße	2,6	0,3	2,1	2,1	1,5	2,3	0,5	0,5	1,1
Südwestpfalz	2,8	0,0	2,1	2,4	1,6	2,8	0,8	0,5	1,3
Trier-Saarburg	2,5	0,4	2,0	1,8	1,9	2,1	0,5	0,7	0,6
Vulkaneifel	3,1	0,1	2,3	2,4	2,0	2,9	0,8	0,7	1,0
Westerwaldkreis	2,5	-0,1	1,8	1,7	1,6	2,6	0,7	0,8	0,9
Rheinland-Pfalz	2,4	0,1	1,9	1,8	1,6	2,3	0,6	0,7	0,8



K1 Fernere Lebenserwartung der Frauen und Männer mit Pflegebedarf insgesamt im Alter von 70 bis 74 Jahren 2021 nach Verwaltungsbezirken



zusätzliche Lebensjahre in Pflege erleben müssen, haben auch Männer viele Jahre in Pflege zu erwarten. Ähnlich hoch ist die Korrelation zwischen den Werten der ferneren Lebenserwartung der Frauen und der Geschlechterdifferenz ($r = 0,9$). Deutlich schwächer fällt sie dagegen zwischen den Werten der ferneren Lebenserwartung der Männer und der Geschlechterdifferenz aus ($r = 0,7$). Dies zusammen indiziert, dass die Geschlechterdifferenz stärker aus der Variation der pflegebedürftigen Lebensjahre der Frauen resultiert als aus den Unterschieden der Lebensjahre in Pflege bei den Männern.

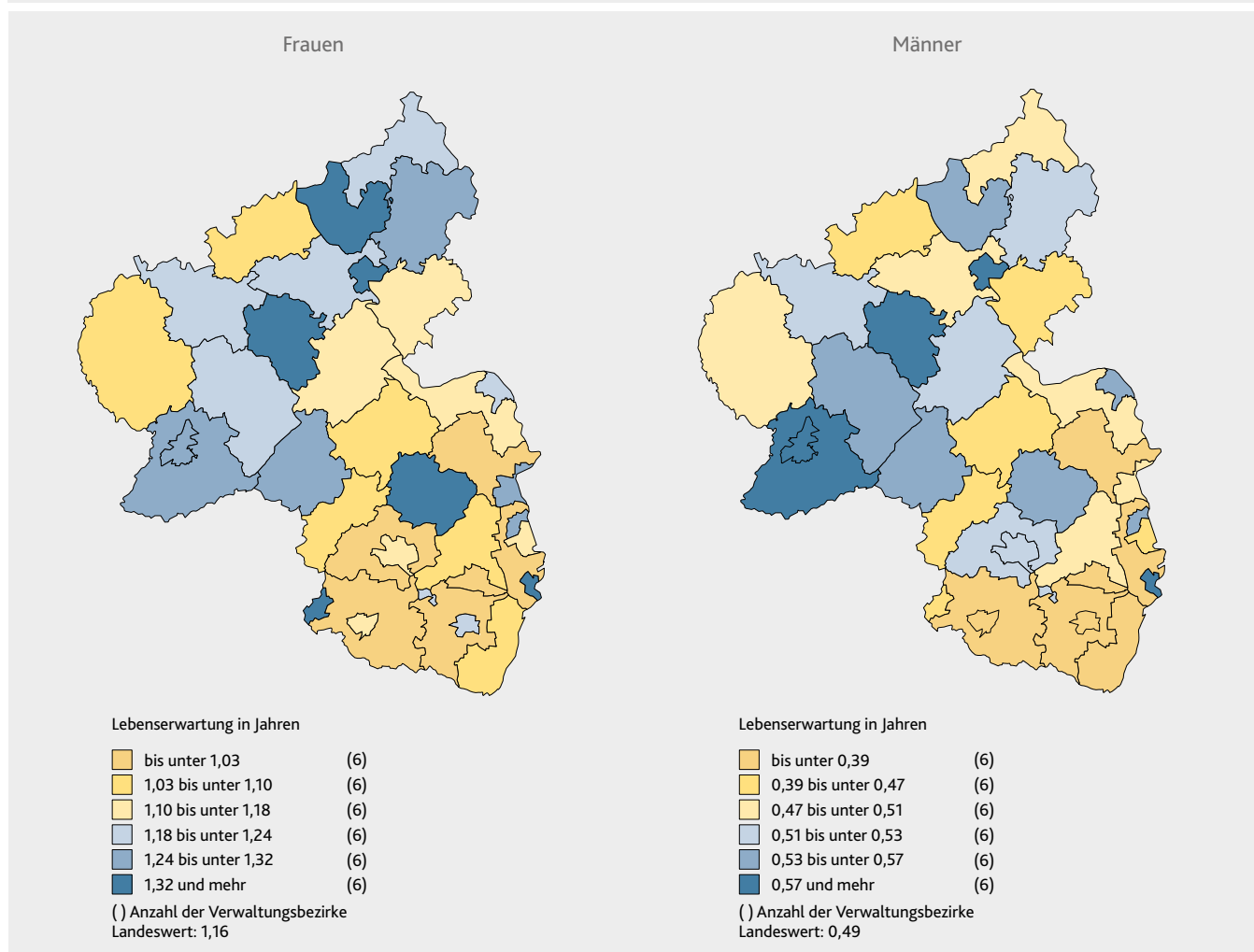
In Mainz durchschnittlich etwa drei Lebensjahre mehr ohne ambulanten Pflegebedarf als in Pirmasens

Der Unterschied zwischen den Regionen mit der höchsten und der niedrigsten verbleibenden Lebenserwartung ohne ambulante Pflege ist etwas geringer als beim Pflegebedarf insgesamt (2,7 Jahre bei den Frauen bzw. 3,3 Jahre bei den Männern). In der Landeshauptstadt Mainz beträgt die Lebenserwartung ohne ambulante Pflege bei den Frauen im Alter von 70 bis 74 Jahren 17,1 Jahre (94 Prozent der Gesamtlebenserwartung)

Geringste Geschlechterdifferenz in Cochem-Zell bei Lebensjahren ohne ambulanten Pflegebedarf



K2 Fernere Lebenserwartung der Frauen und Männer mit vollstationärem Pflegebedarf im Alter von 70 bis 74 Jahren 2021 nach Verwaltungsbezirken



und bei den Männern 14,8 Jahre (96 Prozent). In Pirmasens liegt sie bei den Frauen bei 14,3 Jahren (86 Prozent) und bei den Männern bei 11,6 Jahren (91 Prozent). Der Landesschnitt beläuft sich auf 15,7 Jahre bei den Frauen (93 Prozent) und 13,9 Jahre bei den Männern (95 Prozent). Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind deutlich größer als im Fall der Pflege insgesamt. Die größte Geschlechterdifferenz der ferneren Lebenserwartung stellt sich in Pirmasens ein (2,8 Jahre mehr bei den Frauen), die geringste in Cochem-Zell (1,4 Jahre). Landesweit können Frauen im Durchschnitt mit 1,9 Jahren

mehr Lebensjahren ohne ambulantem Pflegebedarf rechnen als Männer.

In Bezug auf die fernere Lebenserwartung mit ambulanter Pflege weist der Landkreis Germersheim für beide Geschlechter die geringsten absoluten Werte auf. Dort werden nur durchschnittlich 0,7 Jahre bei den Frauen (vier Prozent) und 0,3 Jahre bei den Männern (zwei Prozent) im Alter von 70 bis 74 Jahren in ambulanter Pflege erwartet. Auf die längste Zeit in ambulanter Pflege müssen Frauen sich dagegen in Pirmasens (2,2 Jahre; 14 Prozent) und Männer im Eifelkreis Bitburg-Prüm

Lebenserwartung mit ambulanter Pflege am höchsten in Pirmasens bei Frauen und bei Männern im Eifelkreis Bitburg-Prüm



(1,1 Jahre; acht Prozent) einstellen. Der Landeschnitt liegt bei 1,3 Jahren bei den Frauen (sieben Prozent) und 0,7 Jahren bei den Männern (fünf Prozent). Der Geschlechterunterschied beläuft sich im Landesmittel auf insgesamt 0,6 Jahre zuungunsten der Frauen. Er variiert zwischen 0,3 Jahren in Mainz-Bingen und 1,2 Jahren in Pirmasens.

Korrelationsanalysen hinsichtlich der ferneren Lebenserwartung zwischen den Geschlechtern in den Regionen ergeben ähnliche Ergebnisse wie bei der Pflegebedürftigkeit insgesamt.

Geringste Lebenszeit ohne vollstationäre Pflege in der kreisfreien Stadt Kaiserslautern bei den Frauen und in Pirmasens bei den Männern

Große
Geschlechter-
varianz bei
der ferneren
Lebenser-
wartung ohne
vollstationäre
Pflege

Die kreisfreie Stadt Mainz nimmt auch bei der verbleibenden Lebenserwartung ohne vollstationäre Pflege die Spitzenposition bei den 70- bis 74-jährigen Frauen ein (16,9 Jahre bzw. 94 Prozent der Gesamtlebenserwartung). Bei den Männern wird die Rangreihung von Mainz und vom Landkreis Mainz-Bingen angeführt (jeweils 14,9 Jahre; 96 bzw. 97 Prozent). Relativ gesehen führt der Landkreis Südliche Weinstraße mit 96 Prozent bei den Frauen und 98 Prozent bei den Männern.

Die kürzeste fernere Lebenserwartung ergibt sich bei den Frauen in den kreisfreien Städten Speyer (15,1 Jahre; 90 Prozent) und Kaiserslautern (14,9 Jahre; 93 Prozent); bei den Männern in Birkenfeld (13,1 Jahre; 96 Prozent) und in Pirmasens (zwölf Jahre, 95 Prozent). Der Landesschnitt liegt bei 15,8 Jahren bei den Frauen (93 Prozent der Gesamtlebenserwartung) und 14,1 Jahren bei den Männern (97 Prozent). Die Spanne der Werte zwischen den kreisfreien Städten und Landkrei-

sen (zwei Jahre bei den Frauen und 2,9 Jahre bei den Männern) fällt damit geringer aus als bei der ambulanten Pflege.

Auffällig ist, wie groß die Unterschiede zwischen den Geschlechtern in einigen Regionen sind. So beträgt die Differenz zugunsten der Frauen mit Blick auf die Lebenserwartung ohne vollstationäre Pflege in der Vulkaneifel, in Landau und in der Südwestpfalz jeweils 2,4 Jahre und in Pirmasens sogar 3,4 Jahre. Landesweit bewegt sich die Geschlechterdifferenz dagegen auf einem ähnlichen Niveau wie im Fall der Lebenserwartung ohne ambulante Pflege (1,8 Jahre mehr zugunsten der Frauen).

Mit Blick auf die ferneren Lebensjahre mit vollstationärer Pflege beläuft sich der Landeswert bei den Frauen auf 1,2 Jahre (sieben Prozent) und bei den Männern auf 0,5 Jahre (drei Prozent). Die Werte reichen von 0,8 Jahren bei den Frauen und 0,3 Jahren bei den Männern in den Landkreisen Südliche Weinstraße (vier Prozent bei den Frauen und zwei Prozent bei den Männern) sowie Südwestpfalz (fünf Prozent bei den Frauen und zwei Prozent bei den Männern) und bis zu 1,7 Jahren bei den Frauen (zehn Prozent) bzw. 0,8 Jahren bei den Männern in Koblenz (fünf Prozent). Die Spanne ist somit gering (0,9 Jahre bei den Frauen und 0,5 Jahre bei den Männern). Bezogen auf Rheinland-Pfalz insgesamt liegt der Geschlechterunterschied bei 0,7 Jahren; er schwankt im Vergleich der Verwaltungsbezirke zwischen 0,4 Jahren im Landkreis Kaiserslautern und einem Jahr in der kreisfreien Stadt Zweibrücken.

Bemerkenswerte Ergebnisse erbringt die Korrelationsanalyse. Die Korrelation der Werte der ferneren Lebenserwartung für Frauen und Männer beläuft sich auf $r=0,8$. Damit fällt der statistische Zusammenhang zwischen den

Höchste
Werte der
Lebensjahre
mit vollstatio-
närer Pflege
in der kreis-
freien Stadt
Koblenz



Starke Niveauunterschiede bei den Frauen als Ursache der Geschlechterdisparitäten bei vollstationärer Pflege

Werten der beiden Geschlechter schwächer aus als bei den anderen Versorgungsarten. Während die Korrelation zwischen der ferneren Lebenserwartung der Frauen in stationärer Pflege und der Geschlechterdifferenz stark positiv ausfällt ($r = 0,9$), stellt sich bei den Männern nur ein moderater Zusammenhang zwischen der ferneren Lebenserwartung und der Geschlechterdifferenz in der ferneren Lebenserwartung ein ($r = 0,5$). Dies zeigt, dass die regionalen Unterschiede der erwarteten ferneren Lebensjahre zwischen Frauen und Männern fast ausschließlich auf die Niveauunterschiede bei den Frauen zurückzuführen sind.

Mit Abstand höchste Lebenszeit ohne Pflegegeldbezug bei den Frauen und den Männern in Mainz

Große regionale Unterschiede bei der ferneren Lebenserwartung ohne alleinigen Pflegegeldbezug

Auch bei der verbleibenden Lebenserwartung ohne Pflegegeld weist Mainz die höchsten Werte im Vergleich der Regionen aus. Sie beträgt bei den Frauen 16,2 Jahre (90 Prozent der Gesamtlebenserwartung) und bei den Männern 14 Jahre (91 Prozent). Den niedrigsten Wert hat bei den Frauen der Landkreis Germersheim (13,6 Jahre bzw. 80 Prozent) und bei den Männern die kreisfreie Stadt Pirmasens (elf Jahre bzw. 87 Prozent). Damit liegt die regionale Spanne bei den Frauen bei 2,6 Jahren und bei den Männern bei 3,1 Jahren. Der Landesdurchschnitt liegt bei 14,5 Jahren bei den Frauen (85 Prozent) und bei 12,8 Jahren bei den Männern (88 Prozent). Zwischen den Geschlechtern zeigt sich der geringste Unterschied im Rhein-Hunsrück-Kreis, in dem Frauen im Durchschnitt mit 1,1 mehr zusätzlichen Lebensjahren rechnen können als Männer. Die größte Differenz zwischen Frauen und Männern stellt sich in Pirmasens ein (3,2 Jahren). Landesweit beträgt der Abstand 1,7 Jahre.

Die durchschnittliche fernere Lebenserwartung mit ausschließlichem Pflegegeldbezug ohne personelle Pflegeunterstützung ist in Trier bei den Frauen (1,5 Jahre bzw. neun Prozent) und den Männern (1,2 Jahre bzw. acht Prozent) am niedrigsten. Am höchsten fällt sie in den Landkreisen Germersheim und Südwestpfalz bei den Frauen (3,4 Jahre, 19 bzw. 20 Prozent) und in den Landkreisen Südliche Weinstraße und Südwestpfalz bei den Männern (2,1 Jahre, beide 14 Prozent) aus. Der Landesschnitt beläuft sich bei den Frauen auf 2,5 Jahre (15 Prozent) und bei den Männern auf 1,7 Jahre (zwölf Prozent). Das entspricht einem Unterschied von 0,8 Jahren zwischen den Geschlechtern. Der Geschlechterunterschied variiert zwischen den Regionen von 0,3 Jahren in Trier bis zu 1,4 Jahren im Landkreis Germersheim.

Die Korrelationsanalysen bestätigen abermals die beschriebenen Ergebnisse für die Pflegebedürftigkeit insgesamt.

Fazit

Die Ergebnisse dieser Analyse ermöglichen es, die Situation der pflegerischen Versorgung und Inanspruchnahme unterschiedlicher Versorgungsformen miteinander zu vergleichen, ohne dass die Resultate infolge regionaler Unterschiede (insbesondere aufgrund der demografischen Zusammensetzung der untersuchten Verwaltungsbezirke) verzerrt sind. Bei den regionalen Auswertungen fällt auf, dass einige kreisfreie Städte und Landkreise bei mehreren Versorgungsformen sehr günstige oder sehr ungünstige Werte mit Blick auf die noch zu erwartenden Lebensjahre aufweisen.

Bei der stationären und ambulanten Pflege können regionale Unterschiede durch die

Südwestpfalz eine der Regionen mit der höchsten ferneren Lebenserwartung mit Pflegegeld

Demografische Zusammensetzung nicht alleiniger Grund für regionale Unterschiede



Versorgungs- und Gesundheitsdisparitäten zwischen den Regionen identifiziert

infrastrukturelle Verfügbarkeit von stationären Pflegeeinrichtungen und Seniorenheimen sowie von ambulanten Pflegediensten gedeutet werden. Dies ist eine Limitation der Datengrundlage, da leider keine Informationen verfügbar sind, wo die gepflegten Personen wohnen bzw. vor dem Umzug in eine Pflegeeinrichtung gelebt haben. Bei ausschließlichem Pflegegeldbezug können regionale Unterschiede dagegen nicht vorrangig über infrastrukturelle Disparitäten zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen erklärt werden. Dass die ungleichen ferneren Lebenszeiten nicht allein auf Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten zurückzuführen sind, wird unter anderem daran ersichtlich, dass die kreisfreien Städte Mainz und Trier zumeist sehr vorteilhafte Bedingungen aufweisen, während die kreisfreie Stadt Pirmasens zumeist am Ende der Rangliste der Verwaltungsbezirke zu finden ist.

Stärkere regionale Unterschiede bei den Frauen im Vergleich zu den Männern

Darüber hinaus sind die regionalen Unterschiede zwischen den Geschlechtern bemerkenswert. A priori wäre anzunehmen, dass Regionen mit einer erhöhten Lebenserwartung mit Pflegebedarf für Frauen ebenso erhöhte Werte für Männer aufweisen, wenn auch auf geringerem Niveau, da Frauen unabhängig von der Pflegebedürftigkeit grundsätzlich eine höhere Lebenserwartung haben als Männer. Die Analysen zeigen jedoch, dass die Pflegebedürftigkeit der Frauen regional stärker variiert als bei den Männern. Demnach ist für die fernere Lebenszeit von Frauen von größerer Bedeutung, in welchen räumlichen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Umgebungen sie gelebt haben und leben als für die fernere Lebenserwartung von Männern.

Welche Rolle bei den regionalen Unterschieden direkt oder indirekt die Covid-19-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung spielen, kann mit den präsentierten Ergebnissen nicht eindeutig gesagt werden. Mögliche Effekte könnten vorliegen, sollte die Covid-19-Sterblichkeit in den Regionen deutlich unterschiedlich ausgefallen sein. Auch könnten regional unterschiedliche Maßnahmen zur Eindämmung und deren (langfristige) Akzeptanz in der Bevölkerung Auswirkungen auf behördliche Prozesse, medizinische Maßnahmen oder individuelle Verhaltensweisen gehabt haben. Sie könnten dann wiederum die Inanspruchnahme von Leistungen der Pflegeversicherung regional- und geschlechtsspezifisch beeinflusst haben. Dazu bedarf es weiterer, wichtiger Untersuchungen.

Aus den Ergebnissen können Schlussfolgerungen für Versorgungsbedarfe gezogen werden, da die zunehmende allgemeine Lebenserwartung die ohnehin höhere Lebenszeit der Frauen noch weiter erhöhen wird und somit auch die Gesamtzahl und -dauer der zu Pflegenden regional unterschiedlich stark ansteigen wird. Zu erwarten ist somit auch, dass die infrastrukturellen Herausforderungen nicht gleichmäßig zunehmen werden und deshalb Konzepte entwickelt werden müssen, um eine angemessene und gerecht verteilte Versorgung in allen rheinland-pfälzischen Regionen sicherzustellen.

Weitere Zunahme der regionalen Unterschiede ist zu erwarten

Dr. Daniel Kreft ist Referent im Referat „Analysen Staat, Soziales“.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

520	129 131	130 933	128 144
5 752	134 121	128 093	127 942
126 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	113 523
157 811	157 827	111 776	110 138
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 144
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	125 677	103 807	69 144
	27 027		



Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

Bevölkerung	Einheit	2021	2022			2023				
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 103 ^{1,2}	4 133 ^{1,2}	4 134	4 143	4 148	4 162	4 163	4 163	4 164
darunter Ausländer/-innen ³	1 000	493 ^{1,2}	534 ^{1,2}	533	543	549	571	573	575	576

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 544	1 703	861	1 416	2 084	554	1 204	1 125	2 199
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 221	3 061	2 703	2 779	3 211	2 631	2 784	2 698	2 991
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	9,4	8,9	7,7	8,2	9,1	8,2	7,9	7,9	8,5
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	4 214	4 495	4 707	4 403	4 192	4 186	4 678	4 140	4 051
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	12,3	13,0	13,4	12,9	11,9	13,1	13,2	12,1	11,5
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	10	11	9	14	11	5	10	6	9
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,0	3,5	3,3	5,0	3,4	1,9	3,6	2,2	3,0
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-994	-1 434	-2 004	-1 624	-981	-1 555	-1 894	-1 442	-1 060
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-2,9	-4,2	-5,7	-4,8	-2,8	-4,9	-5,4	-4,2	-3,0

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 297	16 539	37 284	21 455	15 922	11 930	13 083	11 744	12 158
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 369	10 570	31 867	15 278	10 326	7 083	7 418	6 340	7 042
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 612	10 684	9 473	10 238	10 125	9 225	10 190	9 755	9 798
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 918	4 982	4 150	4 486	5 111	4 520	4 941	4 679	4 962
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 685	5 855	27 811	11 217	5 797	2 705	2 893	1 989	2 360
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	13 300	14 277	13 319	14 929	14 546	13 570	14 426	13 577	13 974

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

	Einheit	2019	2020	2021			2022			
				30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 435	1 429	1 454	1 478	1 471	1 474	1 480	1 500	1 485
* Frauen	1 000	667	667	677	689	689	689	691	700	696

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.



noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1, 2, 3}

Beschäftigte ^{1, 2, 3}	Einheit	2019	2020	2021			2022			
		30.06.			30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Ausländer/-innen	1 000	170	174	190	195	193	200	208	214	208
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	422	423	434	439	442	444	448	450	449
* darunter Frauen	1 000	342	343	350	354	356	357	360	361	361
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	14	15	15	12	14	16	17	12
* produzierendes Gewerbe	1 000	442	436	436	443	439	440	440	446	441
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	319	316	319	326	325	323	326	330	328
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	225	223	233	237	236	238	239	242	240
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	435	440	450	457	460	459	458	463	464

Arbeitsmarkt⁵

Arbeitsmarkt ⁵	Einheit	2021	2022			2023				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Arbeitslose	Anzahl	112 137	102 515	106 231	109 573	105 405	108 405	110 213	115 171	112 272
* Frauen	Anzahl	50 284	47 178	50 678	52 758	50 186	49 549	50 849	53 908	52 109
Männer	Anzahl	61 853	55 337	55 552	56 815	55 219	58 856	59 364	61 263	60 163
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	48 647	40 333	39 818	41 443	38 828	41 465	42 978	45 113	42 852
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	63 490	62 182	66 413	68 130	66 577	66 940	67 235	70 058	69 420
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,0	4,6	4,7	4,9	4,7	4,8	4,9	5,1	5,0
* Frauen	%	4,7	4,5	4,8	5,0	4,8	4,6	4,8	5,1	4,9
* Männer	%	5,2	4,6	4,7	4,8	4,6	4,9	5,0	5,1	5,0
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,3	3,8	4,2	4,8	4,2	4,0	4,4	5,2	4,7
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	3,3	3,8	5,1	4,3	3,2	3,4	5,0	4,6
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,9	4,5	4,6	4,6	4,5	4,7	4,7	4,8	4,8
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,5	5,1	5,1	5,1	5,1	5,2	5,2	5,3	5,3
* Ausländer/-innen ⁹	%	12,1	11,9	13,2	13,8	13,3	12,6	12,8	13,5	13,4
Deutsche	%	4,0	3,5	3,5	3,6	3,5	3,6	3,7	3,8	3,7
* Kurzarbeiter/-innen ¹⁰	Anzahl	66 290	14 748	3 161	2 862	4 348
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹¹	Anzahl	37 337	45 781	47 713	48 151	48 098	42 598	42 129	41 826	41 359

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹²

Soziales Leistungsbezug nach SGB II ¹²		Einheit	2021	2022			2023			
			Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	221 882	220 686	204 709	229 255	231 279	234 978	234 879	234 082	...
* darunter Frauen	Anzahl	110 346	112 509	101 951	118 556	119 848	120 347	120 113	119 578	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-										
berechtigte	Anzahl	149 423	146 892	136 992	152 207	153 428	156 900	156 954	156 511	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-										
berechtigte	Anzahl	59 122	61 133	55 140	64 288	65 202	65 415	65 370	64 968	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	57 242	59 377	53 348	62 516	63 458	63 667	63 619	63 208	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab September 2021 werden Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit nun zu den Ausländern gezählt und nicht mehr unter "keine Angabe" erfasst. – 10 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 11 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 12 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

**Bautätigkeit****(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	628	536	609	547	576	292	285	311	374
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	551	459	516	484	498	251	225	255	318
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	2	-	4	2	4	-	3	3
Unternehmen	Anzahl	66	75	81	48	94	34	38	51	79
private Haushalte	Anzahl	558	459	528	495	480	254	247	257	292
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 319	1 237	1 370	1 080	1 216	968	1 200	850	840
* Umbauter Raum	1 000 m ³	822	728	868	688	730	457	663	518	483
* Wohnfläche	1 000 m ²	154	137	158	127	137	80	117	94	922
Wohnräume	Anzahl	5 968	5 346	6 128	5 146	5 392	3 280	4 275	3 558	3 550
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	305	305	368	285	311	223	300	238	209

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	121	130	140	134	149	119	143	147	136
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	14	11	13	18	10	18	21	15
Unternehmen	Anzahl	76	69	83	74	77	64	75	67	80
private Haushalte	Anzahl	32	47	46	47	54	45	50	59	41
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	25	31	8	41	4	12	35	36	9
* Umbauter Raum	1 000 m ³	846	862	864	722	696	783	600	943	740
* Nutzfläche	1 000 m ²	117	181	139	99	85	96	82	95	109
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	127	152	121	110	81	121	132	91	138

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 575	1 498	1 570	1 353	1 520	1 318	1 397	1 130	1 141
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	7 038	6 389	7 145	6 234	6 576	4 507	5 179	4 530	4 490



Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 053	10 436	9 808	9 743	10 037	9 785	10 033	8 989	8 948
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 376	1 239	1 042	932	1 016	1 036	1 083	1 012	929
darunter										
* Kälber	t	7	6	5	4	1	5	5	3	4
* Jungrinder	t	9	8	3	2	2	6	5	2	2
* Schweine	t	9 640	9 164	8 734	8 784	8 978	8 707	8 921	7 925	7 988
* Eierzeugung ²	1 000	21 737	22 974	23 083	21 621	22 452	20 568	19 702	21 678	21 766

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³

* Betriebe	Anzahl	1 021	1 022	1 026	1 025	1 025	1 022	1 021	1 021	1 025
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	255 993	258 732	257 906	258 057	258 675	261 083	260 712	261 014	261 559
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 790	31 939	32 937	31 152	31 590	29 906	31 666	31 597	31 753
* Entgelte	Mill. EUR	1 157	1 248	1 600	1 263	1 151	1 307	1 563	1 320	1 234
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	8 263	9 646	9 918	10 311	9 273	8 188	8 929	9 192	8 445
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	4 549	5 531	6 011	5 812	5 617	4 534	4 768	4 852	4 370
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 276	2 398	2 357	2 255	2 307	2 347	2 635	2 800	2 576
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	86	101	103	106	98	92	107	131	113
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 352	1 615	1 447	2 138	1 251	1 216	1 418	1 409	1 386
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 543	3 041	3 358	3 196	3 140	2 303	2 392	2 419	2 163
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 106	1 076	965	970	916	977	1 169	1 285	1 093
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 658	5 297	5 534	5 687	5 173	4 628	4 979	5 047	4 704
Exportquote ⁶	%	56,4	54,9	55,8	55,2	55,8	56,5	55,8	54,9	55,7
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	125,4	110,3	106,7	121,3	93,1	73,7	86,4	88,7	83,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	115,8	101,9	114,9	104,5	95,5	76,1	80,4	82,9	76,6
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	132,2	107,4	92,9	100,9	93,2	70,6	94,4	91,2	89,7

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

**noch: Produzierendes
Gewerbe****Verarbeitendes Gewerbe
sowie Bergbau und Ge-
winnung von Steinen und
Erden¹**

Einheit	2021	2022			2023			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli

Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	200,3	232,9	261,9	240,9	218,1	229,2	246,9	298,3	299,5
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	133,0	145,3	113,6	256,0	73,8	64,0	69,1	87,1	74,8
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	113,4	95,2	114,9	97,5	89,9	68,4	69,9	70,7	69,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	140,3	105,5	94,9	101,8	86,8	59,3	94,0	83,9	93,1

**Energie- und Wasserver-
sorgung, Abwasser- und
Abfallentsorgung, Beseiti-
gung von Umweltver-
schmutzungen²**

* Betriebe ³	Anzahl	170	171	171	171	171	171	171	170	170
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	10 083	10 229	10 142	10 146	10 125	10 298	10 319	10 336	10 298
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 246	1 245	1 282	1 181	1 213	1 166	1 251	1 250	1 268
* Entgelte ³	Mill. EUR	49	51	53	47	49	55	59	55	56

**Stromerzeugung der Kraftwerke
für die allgemeine Versorgung⁵**

* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	311	302	279	286	223	227	187	184	165
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	296	286	265	262	209	213	172	170	149

**Baugewerbe
Bauhauptgewerbe⁶**

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	23 927	24 296	24 425	24 387	24 388	24 723	24 725	24 948	24 833
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 384	2 394	2 671	2 554	2 523	2 363	2 603	2 624	2 565
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	432	452	497	480	480	402	444	430	428
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	831	815	888	853	836	832	934	918	908
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 121	1 127	1 286	1 221	1 208	1 129	1 225	1 277	1 228
darunter Straßenbau	1 000 h	596	611	707	679	672	608	679	683	668
* Entgelte	Mill. EUR	85	91	94	95	91	92	100	99	94

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.



noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe¹

Einheit	2021	2022				2023			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Mill. EUR	363	397	407	425	426	362	424	454	456
Mill. EUR	68	82	84	87	86	64	83	74	73
Mill. EUR	135	140	140	159	151	137	151	178	165
Mill. EUR	160	176	183	179	189	160	190	202	217
Mill. EUR	83	93	100	96	101	81	102	110	120

Ausbaugewerbe

(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³

Einheit	2021	2022	2021	2022				2023	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Anzahl	485	497	480	499	499	496	495	525	524
Anzahl	18 926	19 764	18 985	19 750	19 555	20 000	19 751	20 247	20 689
1 000 h	5 610	5 687	5 571	5 745	5 611	5 754	5 637	6 080	6 019
Mill. EUR	170	184	184	171	181	184	198	187	198
Mill. EUR	588	662	747	506	637	653	853	595	734

Handel⁵Großhandel^{P, 6}

Einheit	2021	2022				2023			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
2015=100	103,2	105,4	104,2	104,9	104,9	106,0	106,1	106,4	106,9
2015=100	117,7	134,1	137,9	140,9	140,6	131,6	132,7	138,2	144,1
2015=100	107,8	108,6	110,5	113,6	112,8	105,0	104,9	109,9	116,0

Einzelhandel^{P, 8}

* Beschäftigte	2015=100	106,2	108,2	107,4	107,9	107,6	108,3	108,3	108,2	108,0
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	117,2	129,6	134,4	129,7	132,8	131,3	138,1	138,1	134,7
* Umsatz real ⁷	2015=100	108,8	110,2	115,0	110,4	112,1	104,9	110,5	110,6	108,2

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

**noch: Handel¹****Kfz-Handel^{1, 2}**

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli		April	Mai	Juni	Juli
* Beschäftigte	2015=100	106,1	106,0	105,2	104,8	104,6	105,9	105,7	105,6	105,6
* Umsatz nominal ³	2015=100	120,6	128,7	130,6	126,7	128,6	129,1	147,6	149,0	142,0
* Umsatz real ³	2015=100	109,8	108,1	110,7	107,1	107,5	101,3	115,1	115,2	109,2

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2015=100	80,4	91,7	99,4	95,1	97,3	98,0	99,4	101,8	102,0
* Umsatz nominal ³	2015=100	75,7	112,7	135,7	123,1	132,1	113,8	126,2	131,1	159,2
* Umsatz real ³	2015=100	65,2	90,9	111,0	99,8	105,5	86,1	95,0	97,8	118,2

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	408	659	843	903	965	731	940	930	966
* darunter von Auslandsgästen	1 000	57	123	146	162	238	129	172	180	248
* Gästeübernachtungen	1 000	1 184	1 755	2 142	2 346	2 594	1 897	2 411	2 379	2 605
* darunter von Auslandsgästen	1 000	177	366	423	450	740	354	477	505	765

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni		März	April	Mai	Juni
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 517	1 663	1 541	1 952	1 903	1 459	1 477	1 816	1 951
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 017	1 139	1 000	1 474	1 413	933	966	1 336	1 468
* Getötete Personen	Anzahl	10	12	10	12	23	6	3	17	17
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	4	5	3	3	15	3	1	5	4
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	3	4	5	-	2	8	7
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	1	1	1	-	2	3
Fußgänger	Anzahl	2	2	1	3	2	1	-	1	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 278	1 438	1 233	1 834	1 782	1 195	1 284	1 718	1 848

1 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.



noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
schwer verletzte Personen	Anzahl	227	234	211	302	322	167	205	256	310
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	93	93	73	93	97	93	87	87	88
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	57	55	65	92	88	15	53	81	104
Radfahrer	Anzahl	46	52	50	92	80	35	39	64	76
Fußgänger	Anzahl	20	19	17	15	12	16	16	12	15

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 070	11 417	11 146	11 374	11 174	10 143	12 106	13 298	12 125
darunter										
Krafträder	Anzahl	882	1 057	1 327	1 260	1 468	1 299	1 391	1 478	1 364
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	8 680	8 992	8 546	8 761	8 279	7 506	9 123	10 138	9 324
* Lastkraftwagen	Anzahl	975	869	744	828	809	775	1 014	1 098	943
Zugmaschinen	Anzahl	413	395	456	435	481	471	443	504	419

Personenbeförderung

	Einheit	2021	2022	2021	2022				2023	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	53 808	63 196	56 046	61 922	58 585	71 740	60 536	60 859	59 951
Personenkilometer ³	Mill.	546	626	595	625	644	615	620	657	658

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Güterempfang	1 000 t	1 001	960	1 053	1 151	1 035	1 011	981	1 041	885
* Güterversand	1 000 t	823	695	760	790	782	850	704	702	749

Außenhandel⁴

Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

* Insgesamt	Mill. EUR	4 558	5 069	4 998	5 447	5 241	5 665	4 841	5 108	5 368
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	341	378	343	393	406	422	417	454	464
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	4 183	4 640	4 604	5 004	4 783	5 170	4 327	4 531	4 737

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

**noch: Außenhandel¹****Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2021	2022			2023				
			Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
*	Rohstoffe	Mill. EUR	32	38	38	41	39	36	34	43	31
*	Halbwaren	Mill. EUR	172	206	243	248	230	184	167	160	158
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 979	4 396	4 324	4 715	4 513	4 951	4 126	4 328	4 548
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 126	1 318	1 402	1 418	1 432	1 308	1 089	1 087	1 123
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 853	3 078	2 922	3 297	3 081	3 643	3 037	3 241	3 424
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	3 159	3 454	3 459	3 733	3 654	3 780	3 391	3 470	3 732
darunter in/nach											
	EU-Länder (27)	Mill. EUR	2 559	2 895	2 928	3 173	3 072	3 136	2 889	2 906	3 139
	Belgien	Mill. EUR	241	273	314	320	283	266	225	222	234
	Luxemburg	Mill. EUR	55	57	61	65	57	57	58	58	60
	Dänemark	Mill. EUR	50	56	55	62	56	68	50	49	56
	Finnland	Mill. EUR	32	37	36	38	38	51	38	36	36
	Frankreich	Mill. EUR	437	503	495	568	516	553	510	506	570
	Griechenland	Mill. EUR	79	97	66	64	171	50	91	65	88
	Irland	Mill. EUR	27	30	24	38	30	38	27	38	19
	Italien	Mill. EUR	271	311	314	363	327	336	287	322	339
	Niederlande	Mill. EUR	275	334	327	366	365	317	415	346	418
	Österreich	Mill. EUR	193	204	220	213	221	210	183	190	208
	Schweden	Mill. EUR	71	79	84	85	89	93	76	88	89
	Spanien	Mill. EUR	195	221	229	245	220	265	225	234	259
	Portugal	Mill. EUR	39	33	28	38	30	48	41	44	48
	Großbritannien	Mill. EUR	194	217	205	229	234	236	185	218	233
*	Afrika	Mill. EUR	105	138	123	147	133	162	119	146	142
*	Amerika	Mill. EUR	608	761	752	818	750	874	629	714	755
	darunter nach USA	Mill. EUR	407	518	516	545	507	622	420	509	534
*	Asien	Mill. EUR	631	655	610	669	642	787	642	710	675
	darunter nach China	Mill. EUR	198	181	188	184	178	193	161	179	160
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	54	60	53	79	62	62	59	67	63

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	3 517	4 028	3 944	4 498	4 258	4 099	3 849	4 031	4 129
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	333	399	344	417	518	371	428	526	430
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 021	3 461	3 432	3 896	3 556	3 451	3 157	3 187	3 305
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	41	51	55	63	67	38	39	38	47
* Halbwaren	Mill. EUR	243	353	353	413	406	342	365	423	307
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 737	3 057	3 025	3 420	3 082	3 070	2 752	2 726	2 951

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.



noch: Außenhandel¹

Einfuhr (Generalhandel)²

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2021	2022			2023				
			Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	641	786	809	925	839	716	707	649	626
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 096	2 271	2 216	2 495	2 244	2 354	2 046	2 076	2 325
davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	2 492	2 784	2 875	3 065	2 923	2 969	2 712	2 761	2 863
darunter aus											
	EU-Ländern (27)	Mill. EUR	2 148	2 438	2 547	2 704	2 603	2 556	2 400	2 452	2 497
	Belgien	Mill. EUR	251	329	359	332	340	309	326	332	295
	Luxemburg	Mill. EUR	44	54	56	55	58	61	63	62	55
	Dänemark	Mill. EUR	47	40	36	35	37	43	33	33	33
	Finnland	Mill. EUR	13	17	13	17	15	19	14	14	15
	Frankreich	Mill. EUR	310	350	360	369	382	379	347	301	385
	Griechenland	Mill. EUR	20	25	12	30	31	41	23	20	20
	Irland	Mill. EUR	62	48	102	44	55	28	18	32	26
	Italien	Mill. EUR	248	256	267	312	296	283	265	274	273
	Niederlande	Mill. EUR	262	329	342	373	345	344	302	335	291
	Österreich	Mill. EUR	157	158	168	205	153	133	127	127	174
	Schweden	Mill. EUR	34	30	31	40	29	39	41	35	41
	Spanien	Mill. EUR	166	170	159	174	166	176	183	186	201
	Portugal	Mill. EUR	28	36	37	42	36	37	35	49	43
	Großbritannien	Mill. EUR	74	73	60	74	64	87	65	61	108
*	Afrika	Mill. EUR	58	93	100	153	123	74	80	109	49
*	Amerika	Mill. EUR	291	352	271	379	408	320	385	407	352
	darunter aus USA	Mill. EUR	220	268	202	277	258	243	329	341	274
*	Asien	Mill. EUR	667	787	689	892	794	725	658	733	847
	darunter aus China	Mill. EUR	344	417	364	428	421	335	313	369	375
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	7	9	7	7	7	7	10	16	12

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 800	2 624	2 423	2 659	2 423	2 418	2 878	2 860	2 874
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	463	415	444	462	443	361	372	402	393
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 827	1 739	1 556	1 750	1 567	1 686	2 033	2 007	2 017
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 305	2 282	1 926	2 058	1 999	1 911	2 247	2 254	2 190
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	341	323	307	306	310	210	299	269	271
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 448	1 510	1 240	1 339	1 287	1 340	1 523	1 568	1 506

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

**Insolvenzen**

Insolvenzen		Einheit	2021	2022			2023				
			Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Insgesamt		Anzahl	452	397	420	401	402	359	475	408	406
davon											
* Unternehmen	Anzahl	42	50	55	57	57	48	60	60	68	
* Verbraucher	Anzahl	294	244	255	236	263	212	272	244	216	
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	97	86	99	88	69	88	117	88	96	
* sonstige natürliche Personen, ¹											
Nachlässe	Anzahl	20	17	11	20	13	11	26	16	26	
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	81	89	149	45	58	62	163	86	60	

Handwerk²

Handwerk ²	Einheit	2021	2022	2021	2022				2023	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Beschäftigte ³	2020=100 ⁴	98,6	...	98,4	97,8	97,4	98,9	97,3	96,4	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2020=100 ⁶	101,2	...	117,9	93,9	107,8	114,4	124,7	101,5	...

Preise

Preise	Einheit	2021	2022			2023				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2020=100	103,0	109,8	109,9	110,8	112,3	116,3	116,6	117,0	117,4
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2020=100	100,7	102,8	103,1	103,1	103,1	104,3	104,4	104,5	104,6

Verdienste⁷**Monatlicher
Nominallohnindex⁸**

Monatlicher Nominallohnindex ⁸	Einheit	2021	2022				2023			
		Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Monatlicher Nominallohnindex ⁸	2022=100	...	106,9	99,0	95,9	94,0	109,6	108,6	100,9	...

**Vierteljährlicher
Nominallohnindex^{8,9}**

Vierteljährlicher Nominallohnindex ^{8,9}	Einheit	2021	2022	2021	2022				2023	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Vierteljährlicher Nominallohnindex ^{8,9}	2022=100	95,8	100	105,7	92,5	99,9	93,1	114,5	95,9	105,3
* Frauen	2022=100	96,1	(100)	108,0	(92,8)	(97,5)	(93,7)	(116,1)	96,8	103,8
* Männer	2022=100	95,6	(100)	104,5	(92,4)	(101,2)	(92,8)	(113,6)	95,5	106,1
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2022=100	...	(100)	...	(96,6)	(96,5)	(97,3)	(109,5)	100,9	101,6
* Produzierendes Gewerbe	2022=100	97,1	(100)	107,5	(92,3)	(106,3)	(92,6)	(108,8)	96,2	110,4
* Dienstleistungsbereich	2022=100	94,9	(100)	104,6	(92,6)	(96,6)	(93,3)	(117,4)	95,7	102,7

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafer. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Bis 2021: im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich; ab 2022: in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. – 8 Nominallohnindex: Grundlage der Berechnung des Index sind die Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. – 9 Der vierteljährliche Nominallohnindex errechnet sich nicht aus den monatlichen Nominallohnindizes, da bei der vierteljährlichen Berechnung auch Dateneingänge berücksichtigt werden, die zum jeweiligen Monatsabschluss noch nicht vorlagen.

**Geld und Kredit¹**

Einheit	2020	2021		2022				2023	
	Durchschnitt	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	

Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	120 254	125 993	127 965	130 771	133 534	148 827	154 395	155 394	156 498
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	7 893	7 646	7 268	8 279	8 960	11 093	10 931	11 226	10 851
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	7 715	7 500	7 165	7 282	7 289	10 187	11 795	12 038	12 229
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	104 646	110 847	113 532	115 210	117 285	127 547	131 669	132 130	133 418
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	117 565	123 160	125 171	127 715	130 486	142 886	146 110	146 973	147 670
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	109 870	115 551	117 688	120 128	122 766	134 918	138 126	138 763	139 653
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	7 695	7 608	7 483	7 587	7 720	7 968	7 984	8 210	8 017
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	2 689	2 833	2 794	3 056	3 048	5 941	8 285	8 421	8 828
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	129 485	136 413	138 529	139 990	140 220	141 975	143 161	140 024	138 526
Sichteinlagen	Mill. EUR	87 046	94 508	96 165	97 267	97 619	99 498	99 480	94 385	90 351
Termineinlagen	Mill. EUR	15 329	15 117	15 662	16 062	16 211	16 332	17 768	20 061	22 340
Sparbriefe	Mill. EUR	1 907	1 503	1 410	1 422	1 438	1 582	1 952	3 110	4 647
Spareinlagen	Mill. EUR	25 203	25 285	25 292	25 239	24 952	24 563	23 961	22 468	21 188
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	127 638	134 492	136 322	137 789	137 907	139 614	141 025	137 953	136 530
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	123 943	130 373	131 609	133 238	133 312	135 023	136 426	133 505	132 392
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 695	4 120	4 713	4 551	4 595	4 591	4 599	4 448	4 138
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 847	1 920	2 207	2 201	2 313	2 361	2 136	2 071	1 996

Steuern

Einheit	2021	2022			2023			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	5 354	6 516	11 528	5 815	6 376	6 063	6 129	5 925	6 393
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 820	1 730	3 011	1 277	1 366	1 158	2 363	1 441	1 788
Lohnsteuer	Mill. EUR	1 023	1 067	1 044	853	1 478	1 373	1 049	905	1 536
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	200	209	-	-	686	502	-	-	699
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	268	271	714	11	-6	-38	669	10	-11
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	220	146	477	481	52	62	306	507	62

**noch: Steuern**

Einheit	2021	2022				2023			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.		Mai	Juni	Juli	Aug.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	32	27	-3	5	41	72	-4	10	64
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	23	21	-	-	36	67	-	-	57
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	277	219	779	-72	-200	-311	343	11	136
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-18	-72	-	-	-108	-99	-	-	127
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	3 534	4 785	8 518	4 537	5 011	4 905	3 766	4 484	4 605
Umsatzsteuer	Mill. EUR	579	493	527	-78	731	754	149	740	802
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 955	4 292	7 991	4 616	4 280	4 151	3 617	3 744	3 803

Zölle

Mill. EUR	254	327	310	301	305	237	265	277	274
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

darunter										
Verbrauchssteuern										
(ohne Biersteuer)	Mill. EUR	2	3	-13	-1	1	10	-9	6	12
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	46	43	92	14	9	8	66	19	16

Landessteuern

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	25	40	27	20	28	36	102	23	36
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	64	56	55	55	63	37	36	37	47
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	16	22	64	13	15	14	27	15	14
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	3	2	2	2	2	2	2	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	3	3	2	0	5	3	2

Einheit	2021	2022	2021	2022				2023	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.

Gemeindesteuern

Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	5	6	4	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	151	162	140	151	162	181	152	159	185
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	785	994	1 407	1 369	859	861	888	897	537
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	14	22	19	21	21	25	23	26	26

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.



noch: Steuern

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeinde- verbände

Einheit	2021	2022	2021	2022				2023	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.

Mill. EUR	1 475	1 677	2 668	1 544	1 545	1 606	2 013	1 123	1 368
Mill. EUR	730	877	1 299	1 295	718	775	721	892	451
Mill. EUR	484	527	1 007	72	554	540	940	42	637
Mill. EUR	91	85	199	1	84	80	173	-	63

Einheit	2021	2022				2023			
	Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.

Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	1 386	1 343	2 003	1 041	1 184	920	2 189	1 230	1 456
Landessteuern	Mill. EUR	110	123	151	92	110	89	171	79	101
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	725	674	1 293	493	458	353	959	555	706
Lohnsteuer	Mill. EUR	348	366	363	282	514	449	353	292	557
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	114	115	304	5	-2	-16	284	4	-5
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	110	72	239	240	28	44	152	250	57
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	14	12	-1	2	18	32	-2	4	28
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	139	110	389	-36	-100	-156	172	5	68
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	541	524	559	409	613	478	1 055	568	649
Umsatzsteuer	Mill. EUR	374	287	482	-50	463	424	839	417	452
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	167	237	77	458	150	53	216	152	197
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	8	16	-	34	2	0	3	19	0
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	7	-	14	1	0	1	8	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 631	3 262	5 855	3 030	3 095	2 998	3 084	2 980	3 145
Bundessteuern	Mill. EUR	49	47	79	12	11	18	57	24	28
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	811	762	1 373	573	569	474	1 052	651	775
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 764	2 437	4 403	2 411	2 513	2 507	1 972	2 286	2 343
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	8	16	-	34	2	0	3	19	0

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.



Neuerscheinungen im September 2023

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Nutzung der Bodenfläche zum 31. Dezember 2022 – Ergebnisse der Flächenerhebung (tatsächliche Nutzung)

Kennziffer: A5013 202200

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 2023 (vorläufiges Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung)

Kennziffer: C1013 202300

Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eierzeugung 2023

Kennziffer: C3053 202342

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Juli 2023

Kennziffer: D1023 202207

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Juli 2023 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

Kennziffer: E1023 202307

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Juli 2023

Kennziffer: E1033 202307

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Juli 2023

Kennziffer: E1113 202307

Ausbaugewerbe im 2. Vierteljahr 2023 (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe) – Ergebnisse der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Kennziffer: E3023 202342

Elektrizitäts- und Wärmezeugung der Kraftwerke im Juni 2023

Kennziffer: E4023 202306

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Juli 2023

Kennziffer: F2033 202307

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel, Gastgewerbe und Dienstleistungsbereich Juni 2023

Kennziffer: G1073 202306

Aus- und Einfuhr im Juli 2023

Kennziffer: G3023 202307

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 2. Vierteljahr 2023 – Kassenergebnisse

Kennziffer: L2023 202342

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Juni 2023

Kennziffer: Z1013 202306

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe September 2023
Kennziffer: Z2201 202309

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich –
Ausgabe 2023 – Tabellenband
Kennziffer: B1015E202300

Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich –
Ausgabe 2023 – Tabellenband (Excel)
Kennziffer: B1015F202300

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel
Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz
Titelfoto: © anatoliycherkas – stock.adobe.com
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte